
Geschäftsbericht 2017



Inhalt

Vorwort des Vorstandes	4
Grußwort des Aufsichtsratsvorsitzenden	6
Organe der Öffentlichen Versicherungen Braunschweig	10
Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig	13
Lagebericht	14
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017	26
Gewinn- und Verlustrechnung	28
Anhang	29
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	50
Bericht des Aufsichtsrates	54
Bericht der Trägerversammlung	55
Weitere Teile des Lageberichtes	56
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	57
Lagebericht	58
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017	70
Gewinn- und Verlustrechnung	72
Anhang	73
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	82
Bericht des Aufsichtsrates	87
Bericht der Trägerversammlung	88
Weitere Teile des Lageberichtes	89
Impressum	90

Vorwort des Vorstandes

Liebe Leserinnen und Leser,

auch im abgelaufenen Jahr hat das Team der Öffentlichen kräftig zugepackt: Die Konsequenzen der anhaltenden Niedrigzinsphase und die Schäden, die die Stürme „Paul“, „Alfred“ und „Xavier“ verursacht haben, haben uns alle kräftig gefordert.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig erzielte einen Gewinn in Höhe von 28,8 Millionen Euro nach Steuern (Vorjahr: 27,5 Millionen Euro) - ein Ergebnis leicht über dem Vorjahresniveau trotz der Extremwetterereignisse, der niedrigen Zinsen, der Zuführungen zur Zinszusatzreserve sowie der hohen Investitionen in die Digitalisierung.

Zu dem Ergebnis trug, wie auch in den Vorjahren, das hohe Kapitalanlageergebnis bei. Mit einer Nettorendite in Höhe von 3,6 Prozent bei der Öffentlichen Sachversicherung und 5,1 Prozent bei der Öffentlichen Lebensversicherung liegen die Ergebnisse erneut auf einem beachtlichen Niveau. Wie schon 2016 konnte die Öffentliche Sachversicherung darüber hinaus ein positives versicherungstechnisches Ergebnis erzielen.

Darauf können wir uns als Unternehmen mit besonderer Verantwortung für die Menschen und die Region aber natürlich nicht ausruhen: Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft sowie neue, preisaggressiv auftretende digitale Wettbewerber stellen die gesamte Branche vor anspruchsvolle Herausforderungen und neue gesetzlich vorgeschriebene Dokumentations- und Berichtspflichten verursachen dauerhaft Kosten. So haben wir unter anderem auch die Voraussetzungen für die Umsetzung der Vermittlerrichtlinie IDD (Insurance Distribution Directive) und die kommende EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) geschaffen.

Unsere Zukunftsstrategie „Offensive 2030“ ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. In über 80 Maßnahmen arbeiten wir gezielt daran, die Digitalisierung voranzutreiben und die wirtschaftlichen Ziele, die wir uns langfristig gesetzt haben, zu erreichen. Die Service-Strategie der Öffentlichen sowie die Vertriebs- und IT-Strategie werden systematisch weiterentwickelt. So

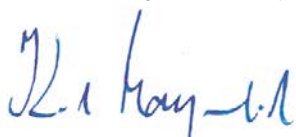
gehen wir in die Offensive, um für die Öffentliche eine bessere Zukunft zu gestalten.

Die Ergebnisse unserer aktuellen Kundenzufriedenheitserhebung zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. So sind zum Beispiel die Cross-Selling- und die Weiterempfehlungsbereitschaft überdurchschnittlich stark gestiegen. Auch unsere Schadenbearbeitung erhält von den Kunden gute Noten. Insbesondere die unkomplizierte und schnelle Abwicklung der Schadenfälle werden von den Kunden, die wir 2017 zum ersten Mal online befragt haben, positiv hervorgehoben. Die Arbeit der Vertriebspartner vor Ort in unseren rund 160 Geschäftsstellen wird von den Kunden überdurchschnittlich gut bewertet: Nahezu jeder Befragte gibt an, seinem Berater voll und ganz zu vertrauen.

Nach zwanzig Jahren erfolgreicher Tätigkeit für unser Haus schied unser Vorstandsvorsitzender Michael Doering zum Jahresende 2017 aus dem Unternehmen aus. Neuer Vorstandsvorsitzender ist Knud Maywald, der bereits seit zehn Jahren als Vorstand und seit zwei Jahren als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Öffentlichen tätig ist. Den dreiköpfigen Vorstand der Öffentlichen komplettiert seit 1. Januar 2018 Dirk Gronert, der bisherige Chief Transformation Officer IT des AXA-Konzerns.

Zum ersten Mal finden Sie ergänzend zum Geschäftsbericht dieses Jahr auch unsere CSR-Berichte (Corporate Social Responsibility, also unternehmerische Gesellschaftsverantwortung), mit deren Hilfe Sie sich auch über die nicht-finanziellen, nachhaltigen Aspekte unseres Geschäftsjahres informieren können: Als öffentlich-rechtliches, ausschließlich regional agierendes Unternehmen haben die Lebensqualität vor Ort sowie eine faire Behandlung unserer Mitarbeiter - und natürlich auch unserer Kunden - für uns höchste Priorität. Was wir in diesen und vielen weiteren Bereichen investieren und wie wir diese Verantwortung weit über reine Pflichten hinaus mit Leben füllen, können Sie im CSR-Bericht ausführlich nachlesen.

Vielen Dank für Ihr Interesse an den Aktivitäten der Öffentlichen Versicherung Braunschweig.



Knud Maywald
stellvertretender Vorstandsvorsitzender



Michael Doering
Vorstandsvorsitzender



Dr. Stefan Hanekopf
Vorstandsmitglied



„Sturmfest“

Christoph Schulz, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden der Öffentlichen Versicherung Braunschweig,

ein guter Bekannter von mir versteht die ganze Aufregung um den Klimawandel nicht: „Vollgelaufene Keller gab's früher schon. Und Stürme auch – wir leben schließlich in Niedersachsen.“ Ich würde ihm gerne Recht geben. Allein mir fehlt der Glaube. Denn an so viele heftige Stürme und Starkregen wie im letzten Jahr kann ich mich nicht erinnern. Aktuelle Statistiken belegen mein subjektives Empfinden. Wer also den Klimawandel leugnet, verbreitet Fake News.

Nun gehört es zu unserer Branche, diese Entwicklung erstmal monetär zu bewerten: 135 Milliarden Dollar, so haben die Kollegen von MunichRe ermittelt, mussten Versicherer 2017 weltweit für die Folgen von Naturkatastrophen und Extremwetter zahlen – so viel wie nie zuvor. Auch wir hier vor Ort haben das zu spüren bekommen: Das heftige Juli-Hochwasser hat unser Ergebnis ebenso belastet wie die schweren Stürme Herwart und Xavier im Oktober und auch das Jahr 2018 ist mit Friederike stürmisch gestartet.

So schwer diese Schäden für die Betroffenen auch sind, so zeigt sich daran doch die Bedeutung und Sinnhaftigkeit unseres Produkts „Versicherung“. Das ist für mich die entscheidende Bilanz: Die Öffentliche Versicherung Braunschweig hat 2017 vielen Menschen nach einem Schicksalsschlag helfen können. Unsere Produkte gaben Sicherheit und eröffneten den Betroffenen neue Perspektiven.

Glaubt man den Prognosen der Klimaforscher, werden Extremwetter weiter zunehmen. Wir werden also auch in Zukunft gefordert sein, Menschen mit unseren Produkten zu schützen oder ihnen nach einem Schadenfall neue Zuversicht zu geben. Diese Erkenntnis sollte uns für zukünftige Aufgaben weiter motivieren.

Eine dieser Aufgaben wird die Digitalisierung sein. An ihr entscheidet sich unsere Zukunftsfähigkeit: Nur wenn es uns gelingt, alle Geschäftsprozesse für unsere Kunden kompromisslos smart zu gestalten, werden wir langfristig erfolgreich sein können.

Die passenden Lösungen dafür werden selten in den Ledersesseln der Chefetage entwickelt. Sie kommen vielmehr von den Menschen, die sich tagtäglich mit diesen Prozessen befassen oder im direkten Kundenkontakt stehen. Deshalb haben wir 2017 ein neues Ideenmanagement aufgesetzt. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können damit ihre Vorschläge direkt beim Vorstand einreichen. Wir sind begeistert von der Resonanz und den exzellenten Ideen aus der Belegschaft. Denn beides beweist: Die Mitarbeiter stehen hinter dem Unternehmen und der gemeinsame Erfolg liegt ihnen am Herzen. Das ist für mich ein wichtiges Zeichen lebendiger Unternehmenskultur.

Dass wir hier eine solche Unternehmenskultur haben, ist auch das Verdienst vom Vorstandsvorsitzenden Michael Doering, der nun nach 20 Jahren in den Ruhestand gegangen ist. Er hat dieses Unternehmen entscheidend geprägt. Unsere Zusammenarbeit war stets von Werten geprägt, wie sie heute nicht mehr selbstverständlich sind: Vertrauen, Offenheit und Geradlinigkeit. Ich bin sehr dankbar für diese konstruktive Zusammenarbeit. Und ich weiß ganz sicher, dass die genannten Werte auch weiterhin von dem neuen Vorsitzenden des Vorstandes, Knud Maywald, und seinen Kollegen Dr. Stefan Hanekopf und Dirk Gronert gelebt werden – auch wenn uns der Wind mal etwas kräftiger ins Gesicht wehen sollte. Denn mit diesen Werten bleibt die Öffentliche Versicherung Braunschweig erdverwachsen. Und sturmfest.

Ihr
Christoph Schulz
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der Öffentlichen Versicherung Braunschweig





Lagebericht und Jahresabschluss

Organe der Öffentlichen Versicherung Braunschweig

Aufsichtsrat

Christoph Schulz

Vorsitzender
Vorstandsmitglied der
Norddeutschen Landesbank
Hannover

Günter Distelrath

Stellvertretender Vorsitzender
Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes
Niedersachsen
Hannover,
bis 31. Dezember 2017

Guido Mönnecke

Stellvertretender Vorsitzender
Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes
Niedersachsen
Hannover,
ab 01. Januar 2018

Uwe Daut

1. Stellvertreter der Vorsitzenden
des Personalrates der Öffentlichen
Versicherung Braunschweig
Braunschweig

Prof. Dr. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Salzgitter AG
Salzgitter

Gerhard Glogowski

Ministerpräsident a. D.
Braunschweig

Jan Goldschmidt

Versicherungsangestellter der
Öffentlichen Versicherung
Braunschweig
Braunschweig

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Hesselbach

Präsident a.D. der Technischen
Universität Carolo-Wilhelmina zu
Braunschweig
Braunschweig

Hanns-Heinrich Kehr

Geschäftsführender Gesellschafter
der Richard Kehr GmbH & Co. KG
Braunschweig

Frank Klingebiel

Oberbürgermeister der Stadt
Salzgitter
Salzgitter

Doris Nordmann

Staatssekretärin im Niedersäch-
sischen Finanzministerium
Hannover

Freddy Pedersen

Gewerkschaftssekretär der
Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft ver.di
Braunschweig

Nina-Isabel Popanda

Vorsitzende des Personalrates der
Öffentlichen Versicherung
Braunschweig
Braunschweig

Dr. Wolf-Michael Schmid

Geschäftsführender Gesellschafter
der Dr. W.-M. Schmid GmbH
Helmstedt

Dipl.-Ing. Helmut Streiff

Gesellschafter der
Firmengruppe Streiff
Braunschweig

Thomas Voigt

Versicherungsangestellter der
Öffentlichen Versicherung
Braunschweig
Braunschweig

Stellvertretende Aufsichtsratsmitglieder

Ulrich Böckmann

Ministerialrat im Niedersächsischen
Finanzministerium
Hannover

Henning Ellenberg

Stellvertretender Abteilungsdirektor
des Sparkassenverbandes
Niedersachsen
Hannover

Werner Schilli

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstandes der Braunschweigischen
Landessparkasse
Braunschweig

Mitglieder der Trägerversammlung

Ulrich Böckmann

Vorsitzender
Ministerialrat im Niedersächsischen
Finanzministerium
Hannover

Dr. Ulf Meier

Generalbevollmächtigter der
Norddeutschen Landesbank
Hannover

Marc Schwammbach

Bankdirektor der
Norddeutschen Landesbank
Hannover

Jürgen Löcke

Geschäftsführer des Sparkassen-
verbandes Niedersachsen
Hannover

Axel Richter

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
Braunschweigischen Stiftung
Braunschweig

Vorstand

Michael Doering

Vorsitzender
Braunschweig,
bis 31. Dezember 2017

Knud Maywald

Stellvertretender Vorsitzender,
bis 31. Dezember 2017
Vorsitzender,
ab 01. Januar 2018
Wendeburg

Dr. Stefan Hanekopf

Lehrte

Dirk Gronert

Braunschweig,
ab 01. Januar 2018

Allgemeiner Beirat

Christoph Schulz

Vorsitzender
Vorstandsmitglied der
Norddeutschen Landesbank
Hannover

Paul Anfang

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstandes der BSIENERGY
Braunschweiger Versorgungs-
AG & Co. KG
Braunschweig

Claudia Block

Geschäftsführende Gesellschafterin
der Autohaus Block am Ring
GmbH & Co. KG
Braunschweig

Dr. Bernd-Peter Brose

Mitglied der Zentralen Geschäftsfüh-
rung der Schnellecke Group
Wolfsburg

Reinhold Dirk

Geschäftsführender Gesellschafter
der Voets Automobilholding GmbH
Braunschweig

Prof. Dr. Marc Gürtler

Technische Universität Carolo-
Wilhelmina zu Braunschweig
Institut für Finanzwirtschaft
Braunschweig

Uta-Christine Heiber

Geschäftsführende Gesellschafterin
der CHOCOLATA Betriebs-
gesellschaft mbH
Braunschweig

Prof. Dr. Rosemarie Karger

Präsidentin der Ostfalia Hochschule
für angewandte Wissenschaften
Wolfenbüttel

Klaus Kroschke

Geschäftsführender Gesellschafter
der Klaus Kroschke Holding
GmbH & Co. KG
Braunschweig

Carl-Otto Künnecke

Geschäftsführender Gesellschafter
der Otto Künnecke GmbH
Holzminden

Carsten Lackert

Prokurist der Meisterbäckerei
Steinecke GmbH & Co. KG
Mariental

Maic Laubrich

Vorstand der Kanada Bau AG
Braunschweig

Ulrich Lühr

1. Vorsitzender des Landvolkes
Braunschweiger Land e. V.
Braunschweig

Doris Masurek

Geschäftsführerin der
Oskar Kämmer Schule
Braunschweig

Dr. Bernd Meier

Hauptgeschäftsführer der Industrie-
und Handelskammer Braunschweig
Braunschweig

Rembert-Hubertus Freiherr von Münchhausen

Freiherr von Münchhausen'sche
Verwaltung
Groß Vahlberg

Frauke Oeding-Blumenberg

Geschäftsführende Gesellschafterin
der Oeding Print GmbH
Braunschweig

Michael Pientka

Polizeipräsident der
Polizeidirektion Braunschweig
Braunschweig

Prof. Dr. Susanne Robra-Bissantz

Vizepräsidentin der Technischen
Universität Braunschweig
Braunschweig

Bernd Rosemeyer

Sprecher des Vorstandes der
ISR Information Products AG
Braunschweig

Werner Schilli

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstandes der Braunschweigischen
Landessparkasse
Braunschweig

Dr. Götz-Stefan Seiler

Rechtsanwalt und Notar
Appelhagen Rechtsanwälte
Steuerberater GmbH
Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig

94. Geschäftsjahr

Lagebericht Öffentliche Lebensversicherung

Wirtschaftliches Umfeld

Gesamtkonjunktur

Der globale Aufschwung des Vorjahres setzte sich im gesamten Jahr 2017 fort. Unter den Industrieländern entwickelte sich die Konjunktur in den USA und im Euroraum schwungvoll. Insgesamt hat die globale Konjunktur im Vergleich zum Vorjahr an Breite gewonnen.

Für das Jahr 2017 wurde für die EU-28 (+2,3 Prozent) sowie die Eurozone (+2,2 Prozent) ein Wirtschaftswachstum erwartet, das auf dem Niveau der USA (+2,2 Prozent) liegt. Das wirtschaftliche Wachstum der EU-28 sowie der Eurozone liegt im Jahr 2017 über dem Vorjahr.

Die konjunkturelle Lage Deutschlands war im Jahr 2017 durch einen äußerst stabilen Aufschwung ohne große Schwankungen geprägt. Das deutsche Wirtschaftswachstum wird mit 2,2 Prozent und somit stärker als im Vorjahr prognostiziert. Damit liegt das deutsche Wirtschaftswachstum auf dem Niveau der USA sowie der Eurozone.

Aufgrund der im Allgemeinen ausgezeichneten Stimmungslage der Wirtschaft bleiben die Wachstumserwartungen auch für das Jahr 2018 optimistisch. Vor dem Hintergrund der bereits hohen Erwerbstätigkeit könnte sich zunehmend ein Fachkräftemangel als Wachstumsbremse erweisen. Dennoch wird für das Jahr 2018 erneut ein Wirtschaftswachstum oberhalb von 2 Prozent erwartet.

Entwicklungen der Kapitalmärkte

Anfang 2017 bewegte der Amtsantritt des neuen US-Präsidenten kurzzeitig die Märkte, über das Jahr gesehen war der Einfluss Trumps auf die Kapitalmärkte jedoch eher gering. Diverse Wahlergebnisse in Europa (u. a. Italien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien), sehr gute Konjunkturdaten, gute Unternehmensergebnisse sowie die anhaltende Niedrigzinsperiode beflügelten das weltweite Wirtschaftswachstum im Jahr 2017. So erhöhte die US-Notenbank (FED) den Leitzins im Jahresverlauf in drei Schritten von 0,5 Prozent bis 0,75 Prozent auf nun 1,25 Prozent bis 1,50 Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ dagegen ihren Leitzins unverändert, kündigte aber im Oktober den vorsichtigen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik an und wird diesen zunächst über eine Reduktion der monatlichen Anleihekäufe ab 2018 umsetzen.

In diesem Umfeld stiegen die Renditen der Euro-Swap-Kurve in nahezu allen Laufzeitenbereichen bis zu 26 Basispunkte (30 Jahre). Die US-Staatsanleihen-Kurve verflachte dagegen im Jahresverlauf erheblich. Während es in den kurzen Laufzeiten infolge der Leitzinsanhebungen zu Anstiegen zwischen 71 Basispunkten (2 Jahre) und 24 Basispunkten (5 Jahre) kam, sanken die Zinsen in den langen Laufzeiten bis zu 26 Basispunkte (20 Jahre). In Verbindung mit rückläufigen Kreditrisikoaufschlägen, ins-

besondere in den schwächeren Bonitäten, entwickelten sich die weltweiten Rentenmärkte positiv (+1,3 Prozent in lokaler Währung). Die europäischen und nordamerikanischen Renten konnten auf Jahressicht um 0,4 Prozent bzw. 2,5 Prozent (in lokaler Währung) zulegen.

Im Kontext guter Konjunkturdaten und des anhaltenden Niedrigzinsniveaus vollzogen die globalen Aktienmärkte eine sehr positive Entwicklung. Der währungsungesicherte Euro-Investor musste allerdings durch den deutlich gestärkten Euro größere Performanceeinbußen hinnehmen. Die weltweiten Aktienmärkte verzeichneten Anstiege von 7,5 Prozent (in Euro). Die Emerging Markets konnten mit 20,6 Prozent (in Euro) am stärksten zulegen, gefolgt von Europa mit 13,4 Prozent, den Aktien der Pazifischen Region mit 9,5 Prozent (in Euro) und den nordamerikanischen Aktien mit 6,2 Prozent (in Euro). Auch der DAX steigerte mit 12,5 Prozent seinen Wert und erreichte in 2017 einen neuen Höchststand von 13.479 Punkten. Der Ölpreis stieg auf Jahressicht um 12,5 Prozent auf 60,42 US-Dollar/Barrel.

Angaben zur Branchenstruktur und -konjunktur

Für das Geschäftsjahr 2017 stellt der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) um 1,7 Prozent gestiegene Beitragseinnahmen von 197,7 Milliarden Euro und damit eine über der ursprünglichen Prognose liegende Entwicklung fest.

Die Lebensversicherung verzeichnete einen minimalen Beitragsrückgang in Höhe von 0,1 Prozent auf 90,7 Milliarden Euro. Diese ergaben sich aus laufenden Beiträgen in Höhe von 64,3 Milliarden Euro (-0,2 Prozent) sowie Einmalbeiträgen in Höhe von 26,4 Milliarden Euro (+0,2 Prozent). Trotz der Herausforderungen der niedrigen Zinsen und der demografischen Entwicklung ist das Ergebnis der Lebensversicherer als positiv zu bewerten. Einen weiter wachsenden Anteil in der Lebensversicherung machen Produkte mit alternativen Garantiekonzepten aus. Im Neugeschäft entfallen darauf inzwischen knapp 50 Prozent. Die Stornoquote erwartet der GDV wie im Vorjahr bei 2,8 Prozent.

Der GDV erwartet für die Lebensversicherung im kommenden Jahr 2018 einen Beitragsrückgang in Höhe von 0,3 Prozent.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig im Verband der öffentlichen Versicherer

Die Öffentliche Versicherung ist seit Jahrzehnten im Verband der öffentlichen Versicherer (VöV) integriert und organisiert. Hier werden mit großem Erfolg die Aktivitäten der öffentlichen Versicherer gebündelt, für die sich ein gemeinschaftliches Vorgehen anbietet. Neben den etablierten Gemeinschaftsunternehmen für die Rück-, Kranken-, Rechtsschutz- und Reiseversicherung gibt es weitere gemeinsame Aktivitäten wie beispielsweise für die Schaden-

verhütung und -forschung, das baV-Geschäft oder aber auch die Internetgestaltung. In dieser Form der Zusammenarbeit werden kontinuierlich erhebliche Synergieeffekte realisiert.

Die Entwicklungen der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig im Geschäftsjahr 2017 werden im Folgenden ausführlich dargestellt.

Das Geschäftsjahr bei der Öffentlichen Lebensversicherung

Geschäftsentwicklung

Der durch die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig erzielte Überschuss - nach Verrechnung der direkten Gewinnbeteiligungen der Versicherungsnehmer - vor Steuern lag im Geschäftsjahr mit 20,8 Millionen Euro um 7,0 Prozent unter dem Vorjahr.

Die gesamte Bruttobeitragseinnahme sank vorwiegend aufgrund geringerer Einmalbeiträge um 13,4 Prozent auf 145,4 Millionen Euro. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen mit 172,4 Millionen Euro (Vorjahr 175,2 Millionen Euro) aufgrund von Abläufen des Produktes TopZins-Tresor mit mindestens fünfjähriger Vertragsdauer auch in 2017 auf einem hohen Niveau. Die Erhöhung der Deckungsrückstellung fiel im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer aus, wobei diese überwiegend aus der Zuführung der Zinszusatzreserve von 29,6 Millionen Euro bestand. Die Zinszusatzreserve erreichte per 31. Dezember 2017 einen Gesamtwert von 110,0 Millionen Euro und somit einen Anteil an der gesamten Brutto-Deckungsrückstellung von 6,3 Prozent. Das Kapitalanlageergebnis ist um 2,2 Prozent auf 96,2 Millionen Euro gesunken. Aus dem Kapitalanlageergebnis ergab sich eine Netrendite in Höhe von 5,1 Prozent.

Aus dem Geschäftsergebnis soll im Geschäftsjahr 2017 ein Betrag in Höhe von 17,5 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Der verbleibende Jahresüberschuss soll in voller Höhe zur Stärkung der Sicherheitsrücklage verwendet werden.

Unsere Kunden

Am 31. Dezember 2017 umfasste der Gesamtkundenbestand der Öffentlichen Versicherung (Lebens- und Sachversicherung) 353.670 Kunden, davon 323.610 Privatkunden.

Personal

Der Personalbestand im Innendienst der Öffentlichen Lebensversicherung verringerte sich leicht auf 47 (Vorjahr 48) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, während er sich im angestellten Außendienst auf 41 (Vorjahr 53) Personen reduzierte.

In 2017 wurde gemäß den Vorgaben nach Solvency II die aktuell angewendete Vergütungssystematik erneut geprüft und bestätigt.

Die Fluktuationsquote für das Jahr 2017 ist so gut wie nicht existent. So ist nur eine Kündigung durch einen Arbeitnehmer festzuhalten.

Im Jahr 2017 wurde die Öffentliche Versicherung erfolgreich mit der dauerhaften Zertifizierung der berufundfamilie gGmbH ausgezeichnet. Besonders hervorzuheben sind die weiterhin positive Entwicklung der Telearbeitsplätze, das Angebot der Krippenplätze sowie die Kinderferienbetreuung. Unter dem Schlagwort „mobiles Arbeiten“ wurden in 2017 erste Prüfungen zum Einsatz weiterer, flexibler Arbeitsmöglichkeiten vorgenommen. Diese werden im kommenden Jahr weiter verfolgt.

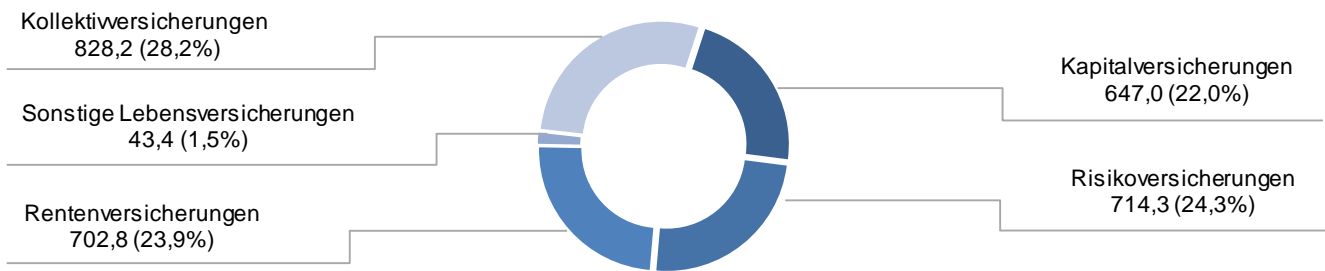
Das betriebliche Gesundheitsmanagement setzte in 2017 die ersten Grundsteine für eine bedarfsgerechtere Ausrichtung der Angebote. Die Befragung zur psychischen Belastungsanalyse wurde in elf Abteilungen des Hauses durchgeführt.

Weitere Daten zum Personalbestand sind auf Seite 38 im Anhang aufgeführt.

IT-Entwicklung

In der Öffentlichen Lebensversicherung hat sich das hier eingesetzte System "Life Factory" nach dem in 2015 durchgeführten Architekturwechsel im laufenden Betrieb weiterhin als stabil erwiesen. Neue Fachkonzepte und Prozessoptimierungen konnten weitgehend in agiler Methodik umgesetzt werden. Für den Austausch von Rückversicherungsdaten mit dem Verband Öffentlicher Versicherer wurde ein eigenes Bestandsführungssystem entwickelt. Umfangreiche Projektarbeiten bereiten den für 2018 geplanten Relaunch aller Verkaufsfrentends in unserer neuen serviceorientierten Architektur vor.

Zusammensetzung des Versicherungsbestandes in Millionen Euro (Prozentanteil)



Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Versicherungsbestand

Die Vertragsstückzahl ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent auf 125.644 Stück gesunken. Der Bestand an Versicherungssumme lag mit 2,9 Milliarden Euro (-1,2 Prozent) ebenfalls unter dem Vorjahr.

Das ausgefertigte Neugeschäft umfasste im Geschäftsjahr 7.117 eingelöste Versicherungen mit 209,2 Millionen Euro Versicherungssumme einschließlich der Summenerhöhungen.

Der höchste Anteil am Neugeschäft gegen laufenden Beitrag entfiel im Geschäftsjahr 2017 auf die Rentenversicherungen mit 1,3 Millionen Euro Jahresbeitrag, gefolgt von den Kollektivversicherungen mit 1,2 Millionen Euro, Risikoversicherungen mit 0,9 Millionen Euro, sonstigen Lebensversicherungen mit 0,7 Millionen Euro sowie den Kapitalversicherungen mit 0,6 Millionen Euro.

Der gesamte Zugang an Versicherungssumme belief sich auf 227,1 Millionen Euro, die Gesamtbeitragssumme des Neugeschäftes sank infolge der Reduzierung des Einmalbeitragsgeschäfts auf 188,6 Millionen Euro (-11,9 Prozent).

Der gesamte summenmäßige Abgang ist um 4,1 Prozent auf 263,5 Millionen Euro gesunken. Davon entfielen auf Abläufe 165,4 Millionen Euro und auf Todes- bzw. Heiratsfälle 13,0 Millionen Euro. Durch Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen sind 67,4 Millionen Euro abgegangen. Der sonstige vorzeitige und übrige Abgang betrug 17,7 Millionen Euro.

Der Stornosatz - das Verhältnis des Beitrags aus Rückkauf, Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen und sonstigem vorzeitigem Abgang zum mittleren Beitragsbestand - betrug 2,9 Prozent (Vorjahr 3,0 Prozent) und ist somit auch im vergangenen Geschäftsjahr weiter gesunken. Dieses erneut gute Ergebnis bestätigt auch im Jahr 2017 die überdurchschnittlich hohe Kundentreue zur Öffentlichen Lebensversicherung.

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes ist auf den Seiten 24 und 25 dargestellt.

Beiträge

Die Gesamtbeitragseinnahme verringerte sich von 167,9 Millionen Euro auf 145,4 Millionen Euro (-13,4 Prozent). Die hierin enthaltenen Einmalbeiträge sanken um 21,2 Millionen Euro auf 69,2 Millionen Euro, die laufenden Beiträge verringerten sich erneut leicht um 1,3 Millionen Euro auf 75,9 Millionen Euro. Der Anteil der laufenden Beiträge am Gesamtbeitragsvolumen lag mit 52,4 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert (46,2 Prozent). Die Beitragseinnahmen aus dem übernommenen Geschäft blieben mit 0,3 Millionen Euro nahezu konstant.

Entwicklung der Beitragseinnahmen in Millionen Euro



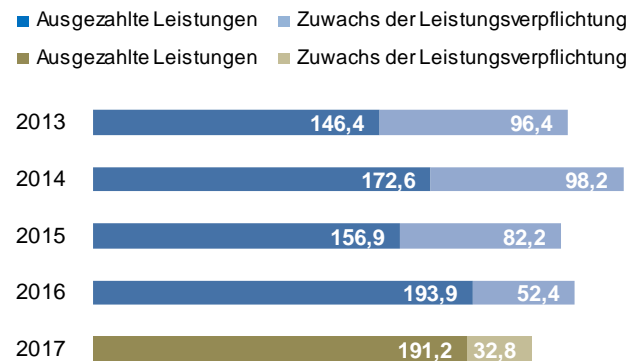
Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung betragen 2,9 Millionen Euro (Vorjahr 3,5 Millionen Euro).

Versicherungsleistungen

Die ausgezahlten Leistungen (einschließlich der Zahlungen bei Rückkauf und der Gewinnanteile) sind der Entwicklung der Versicherungsfälle und Rückkäufe folgend um 1,4 Prozent auf 191,2 Millionen Euro gesunken. Der Zuwachs der Leistungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern verringerte sich infolge der geringeren Zuführung zur Deckungsrückstellung auf insgesamt 32,8 Millionen Euro (Vorjahr 52,4 Millionen Euro).

Zugunsten der Versicherungsnehmer wurden damit Leistungen in Höhe von 224,0 Millionen Euro (Vorjahr 246,3 Millionen Euro) erbracht.

Entwicklung der Versicherungsleistungen in Millionen Euro



Bei weiterhin niedrigem Kapitalmarktzinsniveau wird die im Jahr 2011 eingeführte Zinszusatzreserve innerhalb der Deckungsrückstellung auch in den folgenden Jahren weiter zu erhöhen sein. Dabei bleibt abzuwarten, ob bereits in 2018 neue Regelungen zur Berechnung der Zinszusatzreserve geschaffen werden.

Kosten

Der Verwaltungskostensatz - die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, soweit sie nicht Abschlusskosten betreffen, im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen - lag für das selbst abgeschlossene Geschäft infolge der Beitragsentwicklung mit 2,9 Prozent über dem Vorjahr (2,6 Prozent). Der Verwaltungsaufwand konnte dabei um 3,8 Prozent reduziert werden.

Die Abschlusskosten betragen im Geschäftsjahr 5,2 Prozent der Beitragssumme des Neugeschäftes (Vorjahr 5,5 Prozent). Der Abschlussaufwand lag auch infolge geringerer ausgezahlter Provisionen mit 16,5 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert.

Die gesamten Kosten der Öffentlichen Lebensversicherung betragen im Geschäftsjahr 2017 22,6 Millionen Euro (Vorjahr 23,4 Millionen Euro).

Kapitalanlagen

Der Buchwert der Kapitalanlagen inklusive Depotforderungen ist von 1.874,6 Millionen Euro per 31. Dezember 2016 um 2,2 Prozent auf 1.916,0 Millionen Euro per 31. Dezember 2017 gestiegen. Der Kurswert sämtlicher Kapitalanlagen hat sich von 2.207,0 Millionen Euro leicht um -0,2 Prozent auf 2.202,5 Millionen Euro vermindert. Die Kapitalanlagereserven (inkl. Agio-/Disagio-Beträge) belaufen sich auf 285,6 Millionen Euro (bzw. 14,9 Prozent des Gesamtbuchwertes der Kapitalanlagen) und liegen um 46,0 Millio-

nen Euro unterhalb des Vorjahreswertes von 331,6 Millionen Euro. Der Schwerpunkt der Reserven liegt mit 181,7 Millionen Euro bei den direkt gehaltenen Rentenpapieren.

Die Buch- und Zeitwerte sowie Reserven der zu Anschaffungskosten respektive zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen sind entsprechend der jeweiligen Bilanzposition der Seite 33 zu entnehmen.

Entwicklung der Kapitalanlagen in Millionen Euro

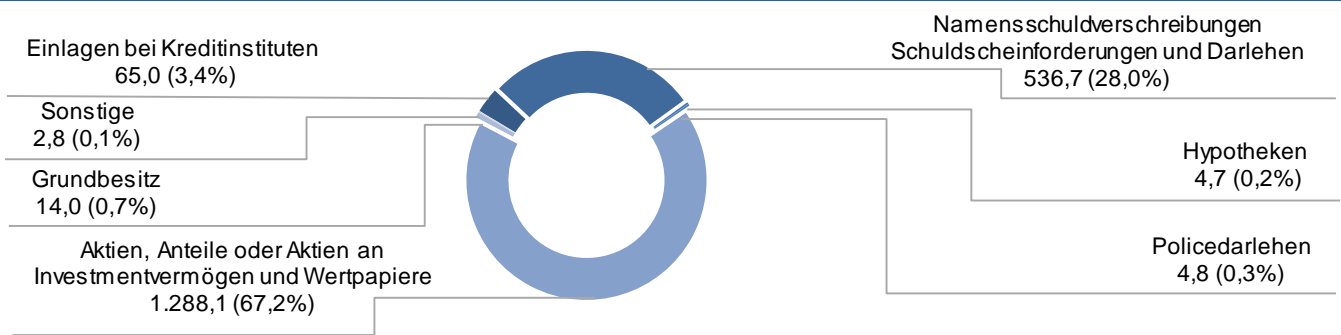


Bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen zu Buchwerten stellen die direkt gehaltenen Rentenpapiere und Investmentanteile mit 46,2 Prozent bzw. 46,1 Prozent (Vorjahr 46,5 Prozent bzw. 49,5 Prozent) nahezu gleichermaßen die größten Anteile. Dabei wird der Schwerpunkt der Investmentanteile durch das Rendite-Risikoportfolio in Form eines Masterfonds gebildet, in dem systematisch und hoch diversifiziert insbesondere in internationale Aktien-, Zins-, Credit- und Währungsrisiken sowie in alternative Anlagen (z. B. Immobilien, Infrastruktur) investiert wird. Der Buchwertanteil der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen ist von 29,1 Prozent auf 28,0 Prozent gesunken. Der Anteil der Inhaberschuldverschreibungen erhöhte sich von 17,5 Prozent auf 18,2 Prozent.

Der Buchwert der Grundstücke und grundstückgleichen Rechte ist durch die Anwachsung der Öffentliche Facility Management Leben GmbH & Co. KG auf die Öffentliche Lebensversicherung und die Übertragung der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte per 01. Januar 2017 geprägt und beträgt per 31. Dezember 2017 14,0 Millionen Euro (0,7 Prozent der Kapitalanlagen).

Vor dem Hintergrund des Asset-Liability-Managements (ALM) wurde im Geschäftsjahr 2017 freie Liquidität in Höhe von 111,5 Millionen Euro in Papiere des Renditedirektbestands höchster Bonität und mit Restlaufzeiten zwischen 20 und 49 Jahren investiert. Dabei wurde eine gewichtete mittlere Kaufrendite von 1,6 Prozent erzielt. Die zum Jahresende verbleibende Liquidität (3,4 Prozent des Gesamtbuchwertes der Kapitalanlagen) wurde temporär in Tagesgeldern disponiert.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Millionen Euro (Prozentanteil)



Der OELB-Masterfonds weist per Jahresultimo 2017 einen Buchwert von 877,9 Millionen Euro auf (Vorjahr 925,2 Millionen Euro). Diese Entwicklung ist auf die Änderung des Investmentsteuergesetzes und eine damit verbundene Übertragung eines Investitionsvehikels aus dem Masterfonds in den Direktbestand zurückzuführen. Der Masterfonds OELB weist per 31. Dezember 2017 eine Reserve in Höhe von 99,7 Millionen Euro auf. Die Risikopositionen der Fonds wurden auch im Geschäftsjahr 2017 durchgehend aufrechterhalten, da hinreichend Risikotragfähigkeiten zur Verfügung standen.

Die ungesicherte Aktienquote der Öffentlichen Lebensversicherung erhöhte sich im Jahresverlauf von 11,4 Prozent auf 11,7 Prozent. Infolge der expansiven Geldpolitik der Zentralbanken und der weltweit positiven Konjunkturerwartungen erzielte der Masterfonds OELB im Geschäftsjahr 2017 insgesamt eine positive Performance von 5,0 Prozent. Die globalen Aktienfonds verzeichneten deutliche Wertsteigerungen von 8,5 Prozent. Emerging-Marktes-Aktien konnten sogar um 20,7 Prozent zulegen. Die globalen Rentenfonds entwickelten sich ebenfalls positiv mit bis zu 3,8 Prozent, das Staatsanleihenportfolio mit Credit-Overlay hat im ersten vollständigen Geschäftsjahr 1,6 Prozent gewonnen. Europäische Renten erreichten Wertsteigerungen von 1,1 Prozent. Emerging-Markets- und High-Yield-Renten gewannen 3,5 Prozent bzw. 4,9 Prozent. Die Immobilien- und Infrastrukturfonds haben im gewichteten Durchschnitt eine Performance von 3,6 Prozent erreicht. Das Private Equity-Vehikel der Öffentlichen Lebensversicherung gewann auf Jahressicht 11,7 Prozent.

Im Rentendirektbestand der Öffentlichen Lebensversicherung werden traditionell keine Risikoinvestments getätigt. Zum Kaufzeitpunkt der Wertpapiere wurden stets die unternehmensinternen Anforderungen an die Bonität von mindestens AA und an gesonderte Deckungsmassen erfüllt. Per Jahresultimo 2017 befindet sich nur noch eine Staatsanleihe von Portugal mit einem Rating unter AA und einem Kurswertvolumen in Höhe von 11,9 Millionen Euro im Direktbestand (0,5 Prozent der gesamten Kapitalanlage). Das gesamte Exposure aus Investitionen in PIIGS-

Staatsanleihen beträgt ca. 4,6 Prozent der gesamten Kapitalanlage.

Im Ergebnis liegen die Erträge aus Kapitalanlagen in 2017 bei 99,9 Millionen Euro, die Aufwendungen (inkl. Abschreibungen) betragen insgesamt 3,6 Millionen Euro. Das Nettoergebnis der Kapitalanlage ergibt sich zu 96,2 Millionen Euro, was einer Nettorendite von 5,1 Prozent entspricht. Die durchschnittliche Nettorendite der letzten 12 Jahre beträgt 4,7 Prozent. Die laufende Rendite aus Kapitalanlagen (berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode) beträgt 2,9 Prozent.

Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über ein unternehmensweites Risikosteuerungssystem auf Basis der Solvency II-Standardformel. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen über ein dezentrales Risikomesssystem gesteuert. Dabei steht beim rechnungslegungsorientierten Risikocontrolling die Bedeckung der bilanziellen Risiken im Fokus und beim betriebswirtschaftlichen Risikocontrolling (ALM-Kontext) das ökonomische Eigenkapital (Nettovermögen). Das aufsichtsrechtliche Risikocontrolling fokussiert sich auf die Bedeckung des Sicherungsvermögens. Diese risikoadjustierte Portfoliosteuerung hat sich wie in den Vorjahren bewährt. Detaillierte Ausführungen hierzu finden sich bei den „Risiken der zukünftigen Entwicklung“. Die Öffentliche Lebensversicherung ist damit auch bei wiederkehrenden Krisensituationen am Kapitalmarkt langfristig in der Lage, die gegenüber den Lebensversicherungskunden eingegangenen Verpflichtungen sicher zu erfüllen.

Zusammengefasst strebt die Öffentliche Lebensversicherung für ihre Kapitalanlagen ein optimales Rendite-Risiko-Profil im Rahmen der verfügbaren Risikotragfähigkeiten und nach den Grundsätzen der Mischung und Streuung an. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden hierbei stets eingehalten und durch strengere interne Anlagerichtlinien konkretisiert. Die risikoadjustierte Portfoliosteuerung bewertet Exposures über einen Value-at-Risk-Ansatz und bringt eingegangene Marktrisiken mit verfügbaren Risikotragfähigkeiten in Einklang.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 32 dargestellt.

Liquiditätslage

Durch die Steuerung über das Liquiditätsmanagement in Verbindung mit der Aktiv-/Passivsteuerung ist die Liquidität auch in ungewöhnlichen Situationen jederzeit gewährleistet.

Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres nach Steuern belief sich auf 20,5 Millionen Euro (Vorjahr 21,5 Millionen Euro).

Davon sollen 17,5 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und die Einlage des stillen Gesellschafters vertragsgemäß mit 1,1 Millionen Euro weiter aufgefüllt werden.

Der Ertrag der Kapitalanlagen übertraf die garantierten Verzinsungserfordernisse sowie die notwendige Bildung der Zinszusatzreserve, sodass ein Gewinn im Kapitalanlageergebnis von 21,3 Millionen Euro entstand.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle fielen günstiger aus, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 10,0 Millionen Euro.

Gewinnbeteiligung

Für Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung wurden neben der Direktgutschrift in Höhe von 4,8 Millionen Euro 14,6 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind für Ausschüttungen im Folgejahr sowie für Schlussüberschussanteile und die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven 60,3 Millionen Euro gebunden.

Die Einzelheiten der Überschussbeteiligung ergeben sich aus dem Abschnitt „Überschussverteilung in der Lebensversicherung im Jahre 2018“ dieses Geschäftsberichtes.

Trotz der nach wie vor geringen Kapitalmarktrenditen und der Finanzierungserfordernisse für die Zinszusatzreserve wurde die deklarierte Gesamtverzinsung der Versicherungsguthaben von 2,5 Prozent auf 2,4 Prozent für 2018 nur leicht abgesenkt, soweit der garantierte Rechnungszins des betreffenden Vertrages nicht unterschritten wird.

Die Überschussbeteiligung der Öffentlichen Lebensversicherung bleibt somit in Summe auch im Jahr 2018 auf einem im Marktvergleich attraktiven Niveau.

Hinweise zu den in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen sind auf Seite 34 im Anhang aufgeführt.

Gesamtbewertung

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Öffentlichen Lebensversicherung ist auch im Geschäftsjahr 2017 als gut zu bewerten. Der Rückgang der Beitragseinnahme spiegelt u.a. eine Reduzierung des Geschäfts gegen Einmalbeitrag wider. Zudem lagen die Leistungen infolge der Abläufe des TopZins-Tresors erwartungsgemäß auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die notwendige Zuführung zur Zinszusatzreserve machte darüber hinaus ein erneut hohes Kapitalanlageergebnis erforderlich.

Ausblick und Chancen

Chancen

Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Versicherung beschränkt sich auf das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Braunschweig. Die Fokussierung auf dieses Geschäftsgebiet führt zu einem hohen Identifikationsgrad und einer starken Marktdurchdringung. Dies gilt für die Bürger, das Gewerbe, die Kommunen, die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft und die Feuerwehren gleichermaßen. Die regionale Verwurzelung ermöglicht es, die Kundenbedürfnisse durch die Bereitstellung eines umfassenden, sorgfältig ausgewählten Angebots finanzieller Dienstleistungen bedarfsgerecht zu bedienen. Darüber hinaus zeigt die Öffentliche Versicherung Engagement für die Region: das Unternehmen fördert u. a. den Fußballverein Eintracht Braunschweig, das Basketballteam der Basketball Löwen Braunschweig, das Braunschweigische Staatstheater, die Feuerwehren, Schulen und Universitäten/Hochschulen der Region. Zudem ermöglicht ein Servicenetz mit rund 160 Geschäftsstellen eine besonders vorteilhafte Kundennähe. Mit dem Konzept der Zukunftsberatung, mit der breiten um Produkte der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) vervollständigten Produktpalette und der Eröffnung zahlreicher Finanzcenter hat der Finanzdienstleister es geschafft, den Wandel vom erfolgreichen Versicherungsvertrieb zu einem professionellen Finanzdienstleister zu vollziehen. Die Offensive Kooperation mit der BLSK trägt dazu bei, zusätzliche Wachstumspotenziale am Markt zu nutzen, um die derzeitige Marktstellung weiter auszubauen. Durch die Offensive Kooperation werden die jeweiligen Kundenstämme mit den Produkten beider Häuser umfassend versorgt.

Mit der Überarbeitung der LöwenRente Invest Mitte 2017 entwickelte die Öffentliche Lebensversicherung die auf den Kundenbedarf zugeschnittene Drei-Produkt-Linie weiter. Unsere Kunden haben die Freiheit, exakt diejenige Vorsorgelösung zu wählen, die zu ihren Wünschen und Vorstellungen passt. Die LöwenRente Invest ermöglicht unseren Kunden, die Vorteile einer Rentenversicherung mit denen einer kostengünstigen und breit gestreuten Kapitalanlage zu verbinden, um von einer flexiblen Altersvorsorge mit Chancen auf hohe Renditen zu profitieren.

Um insgesamt zur Rentabilität der Öffentlichen Versicherung beizutragen, werden die regionalen Wachstumspotenziale konsequent ausgeschöpft. Darüber hinaus prägen auch in Zeiten niedriger Zinsen die Kapitalanlageergebnisse das Gesamtergebnis des Unternehmens. Mit der strategischen Ausrichtung wird ein adäquater Weg aufgezeigt, der letztlich auch den Bedürfnissen der Region in Richtung Sicherheit und Stabilität des Wirtschaftsfaktors Öffentliche Versicherung entspricht.

Durch die Zusammenarbeit mit den Partnern im öffentlich-rechtlichen Verbund ist die Öffentliche Versicherung in der Lage, ihren Kunden Lösungen für alle Fragen in Bezug auf die wirtschaftliche Sicherheit zu bieten. Hieraus resultiert das Selbstverständnis als regionaler Rund-um-Service-Versicherer.

Ableich Vorjahresausblick

Die Beitragseinnahme der Öffentlichen Lebensversicherung liegt unter dem Niveau des Vorjahres und des Planwertes. Während die laufende Beitragseinnahme über Plan liegt, fallen die Einmalbeitragseinnahmen sowohl im Vorjahresvergleich, als auch im Planvergleich geringer aus.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle liegen aufgrund geringerer Abläufe leicht unter dem Planniveau.

Die Zuführung zur Deckungsrückstellung liegt aufgrund der geringeren Beitragseinnahme deutlich unter dem Planniveau. Die Zuführung zur Zinszusatzreserve liegt leicht unter Plan.

Das Kapitalanlageergebnis liegt auf Planniveau, so dass in Summe ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnverwendung knapp unter dem Vorjahr und deutlicher über Plan resultiert.

Ausblick

Die Öffentliche Lebensversicherung rechnet für das Geschäftsjahr 2018 mit deutlich steigenden Beitragseinnahmen. Auch in den Folgejahren ergibt sich sowohl bei der Einmalbeitragseinnahme, als auch bei den laufenden Beiträgen ein kontinuierliches Beitragswachstum.

Die Abschlusskostenquote (in Prozent der verdienten Beiträge) wird in 2018 und 2019 vor dem Hintergrund der erwarteten Beitragsentwicklung leicht über dem Niveau des Jahres 2017 erwartet. Nach dem beitragsbedingt deutlichen Anstieg in 2017 wird die Verwaltungskostenquote in 2018 voraussichtlich wieder bei 2,6 Prozent liegen.

Die Versicherungsleistungen werden sich in 2018 auf Basis der Bestandsentwicklung und der daraus resultierenden planmäßigen Abläufe deutlich über den Leistungen des Jahres 2017 bewegen. Diese Entwicklung wird noch verstärkt in 2019 erwartet.

Die Entwicklung der Zinszusatzreserve wurde für die Folgejahre in Fortführung des derzeitigen Zinsniveaus prognostiziert. Die enormen Belastungen, die sich hieraus weiterhin ergeben, werden durch die geplanten Geschäftsergebnisse tragbar sein.

Das versicherungstechnische Ergebnis der Öffentlichen Lebensversicherung wird grundsätzlich positiv erwartet. Den wesentlichen Ergebnisanteil wird auch in 2018 und 2019 das Kapitalanlageergebnis ausmachen. In der Planung der Kapitalanlagen werden Nettoerrenditen von 5,1 Prozent bzw. 4,6 Prozent angenommen, die aufgrund der guten Reservesituation darstellbar sind.

Die deklarierte Überschussbeteiligung trägt der Gewinnerwartung über einen 5-Jahreszeitraum Rechnung, mit der auch eine angemessene Dotierung der Sicherheitsrücklage verbunden ist.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Organisation des Risikomanagements

Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über eine Risikostrategie, die aus der Geschäftsstrategie des Unternehmens abgeleitet ist. Diese beschreibt die risikostrategischen Rahmenbedingungen nach denen die operative Risikosteuerung erfolgt. Die Risikostrategie wird jährlich durch den Vorstand überprüft und wenn nötig an ein verändertes Risikoprofil angepasst.

In diesem Rahmen hat die Öffentliche Lebensversicherung in den letzten Jahren ein effektives Risikomanagementsystem etabliert, welches in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Hierzu gehören angemessene Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren, die dazu dienen, die möglichen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.

Mit dem Risikofrüherkennungssystem sind Risiken, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken frühzeitig erkennbar und steuerbar. Die Identifikation und Bewertung aller bestehenden und künftigen Risiken erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung dezentral durch die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Geschäftsbereiche. Als Risikoverantwortliche gelten der Vorstand, sowie die Bereichsleiter, Stabsabteilungsleiter und die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften. Jeder Risikoverantwortliche ist dabei für die Beobachtung der in seinem Geschäftsbereich vorhandenen und künftig entstehenden Risiken verantwortlich. Das Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig von der Internen Revision und den Jahresabschlussprüfern geprüft.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess dient der regelmäßigen Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von aktuellen und künftigen Risiken und umfasst die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand.

Einmal im Kalenderjahr wird bei der Öffentlichen Lebensversicherung die Risikoinventur durchgeführt. Hierbei erfolgt eine Abfrage durch die Risikomanagementfunktion an die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Geschäftsbereiche ihre aktuellen und künftigen Risiken zu identifizieren und zu bewerten. Maßnahmen zur Risikoreduzierung sind ebenfalls durch die Risikoverantwortlichen zu erfassen. Die gemeldeten Risiken werden durch die Risikomanagementfunktion validiert und die Ergebnisse der Risikoinventur an den Vorstand berichtet.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken ergeben sich durch die Möglichkeit, dass die für das Versicherungsgeschäft wesentlichen Zahlungsströme von ihrem mit vorsichtigen Annahmen kalkulierten Erwartungswert abweichen und damit die Versicherungsleistungen die eingenommenen Beitragseinnahmen übersteigen.

Für die Öffentliche Lebensversicherung gilt, dass die Rechnungsgrundlagen für die Lebensversicherungstarife Sicherheitsmargen für zukünftige biometrische, Kapitalertrags- und Kostenverlaufsrisiken enthalten. Die vom verantwortlichen Aktuar verwendeten Rechnungsgrundlagen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind das Ergebnis über Annahmen künftiger Verläufe und tragen somit auch dem Änderungsrisiko Rechnung. Projektionsrechnungen liefern die Basis für Entscheidungen zukünftiger Deklarationen der Überschussanteile.

Im Übrigen sind die Risiken teilweise durch Rückversicherungslösungen risikoorientiert und wirtschaftlich sinnvoll abgesichert. Die Entwicklung der versicherungstechnischen Risiken wird quantitativ durch das Limitsystem überwacht.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen (Kreditrisiken)

Forderungsausfälle können insbesondere aus der Zahlungsunfähigkeit von Versicherungsnehmern, Vermittlern oder Rückversicherern entstehen. Bei der Öffentlichen Lebensversicherung bestehen erfahrungsgemäß jedoch keine wesentlichen Risiken aus dem Ausfall solcher Forderungen. Zur Verringerung der Ausfallrisiken von Rückversicherern wird grundsätzlich auf eine gute Bonität geachtet und nur mit Rückversicherern, die mindestens ein A-Rating aufweisen, zusammengearbeitet. Aus Ausfällen von Forderungen ist zurzeit kein erhöhtes Risiko für die Öffentliche Lebensversicherung gegeben.

Risiken aus Kapitalanlagen (Marktrisiken)

Die Öffentliche Lebensversicherung konnte durch ihre bestehende langfristige Rentenanlage mit Papieren allerhöchster Bonität sowie der strategischen Anlage in Rendite-Risikoinvestments im sehr freundlichen Aktienmarktumfeld eine gute Wertentwicklung vollziehen. Im Zuge der Geschäftsjahresergebnissteuerung wurden sowohl im Rentendirektbestand als auch im Rendite-/Risikoportfolio Reserven realisiert. Aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase ist - wie in der gesamten Branche - die Wiederanlage von Geldern weiterhin problematisch.

Die Kapitalanlagepolitik der Öffentlichen Lebensversicherung beruht auf der Erkenntnis, dass ein Konzept der risikoorientierten Portfoliosteuerung mit integrierter Steuerung der Aktiv-Passiv-Position ein essentieller Erfolgsfaktor im Kapitalanlagemanagement ist. Darüber hinaus ist ein Großteil des Anlageerfolges das Ergebnis einer strategischen Asset Allocation. Ziel dabei ist es, eine Nettorendite zu erwirtschaften, die über der geschäftsplanmäßigen Verzinsung der Versicherungsansprüche liegt.

Neben der risikoarmen Rentendirektanlage erfordert dies Investitionen in internationale Aktien-, Zins-, Credit- und Währungsrisiken sowie die Beimischung alternativer Investments. Diese (Marktpreis-) Risiken werden mehrdimensional über ein Ampelsystem gesteuert. Im Vordergrund steht hierbei die unternehmensweite Risikosteuerung auf Basis der Solvency II-Standardformel. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen ergänzend über ein mehrdimensionales dezentrales Risikosteuerungssystem gemessen, geplant, gesteuert und kontrolliert (rechnungsliegungsorientierte und betriebswirtschaftliche Risikosteuerung sowie Bedeckung des Sicherungsvermögens vor und nach Risiko). Aufgrund des laufenden mehrdimensionalen Risikocontrollings (regelmäßige Limitprüfungen, zzgl. aktuellen Informationen aus täglichen/wöchentlichen/monatlichen ausführlichen Risikoberichten der Kapitalanlage) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen sehr zeitnah erkenntlich und der Geschäftsleitung kommuniziert.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Die Bewertung der operationellen Risiken auf Basis der Solvency II-Standardformel wird regelmäßig durchgeführt und im Limitsystem abgebildet. Exponierte Einzelrisiken mit einem hohen Schadenerwartungswert werden bei Überschreiten eines definierten Schwellenwertes nach einem festgelegten Verfahren dem aus Solvency II folgenden Wert der operationellen Risiken hinzugerechnet. Derzeit werden keine exponierten Einzelrisiken bei der Öffentlichen Lebensversicherung gesehen. Im Rahmen der Risikoinven-

tur wurden die aktuellen und künftigen operationellen Risiken der Öffentlichen Lebensversicherung identifiziert und bewertet. Folgende Risiken können exemplarisch aufgeführt werden.

IT-Risiken: Die ständig zunehmende Technikabhängigkeit führt zu Risiken, die durch den Ausfall von Systemen entstehen. IT-Risiken gewinnen daher immer mehr an Bedeutung. Aufgrund entsprechender Vorsichtsmaßnahmen und existierender Notfallpläne werden jedoch wesentliche negative Einflüsse auf die Öffentliche Lebensversicherung nicht erwartet.

Risiken aufgrund Veränderung äußerer Rahmenbedingungen: Auf Risiken aus der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen - z. B. an wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und/oder sozialen Einflüssen - wird durch ständige Beobachtung des relevanten Umfeldes und durch aktive Einbindung in die Verbandstätigkeiten (GDV und VöV) zeitnah reagiert. Zusätzlich werden regelmäßig etwaige Risiken, die z. B. aus der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen entstehen erfasst und dokumentiert. Auch hier sind Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Lebensversicherung mit realistischer Eintrittswahrscheinlichkeit nicht erkennbar. Risiken aufgrund der ständigen Veränderung fiskalpolitischer und aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen sind jedoch nicht gänzlich vermeidbar.

Projektrisiken: Zur Risikosteuerung von Projektrisiken existiert ein detailliertes prospektiv ausgerichtetes Verfahren zur unternehmensweiten Großprojektsteuerung. Dieses Verfahren bildet zum einen den aktuellen Status der Großprojekte ab, zum anderen werden die Planung von Kapazitäten und Priorisierungen für das nächste Geschäftsjahr unterstützt.

Terror-Risiken: Die Öffentliche Lebensversicherung sieht sich nicht als potenzielles Ziel eines Terroranschlages, allgemeine Sicherheitsvorkehrungen (z. B. Notfallpläne, Gebäudeversicherungen) wurden jedoch getroffen.

Sonstige Risiken: Als sonstige Risiken wurden bei der Öffentlichen Lebensversicherung strategische Risiken und Reputationsrisiken identifiziert.

Strategische Risiken können durch externe in der Regel nicht zu beeinflussende Entwicklungen des Versicherungsmarktes entstehen und die strategische Positionierung des Unternehmens mittel- bis langfristig beeinflussen. Aufgrund der demographischen Veränderung und der zunehmenden Digitalisierung hat die Öffentliche Lebensversicherung die in 2015 fixierte Strategie „Offensive 2030“ und die sich daraus ergebenden Maßnahmen in 2016 und 2017 weiter verfolgt.

Des Weiteren ist der Versicherungsmarkt der Öffentlichen Lebensversicherung vor allem durch das begrenzte Geschäftsgebiet einem starken Preiskampf und Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Die Öffentliche Lebensversicherung hat sich jedoch dazu entschieden als Serviceversicherer am Markt zu fungieren und zeichnet sich durch eine serviceorientierte Beratung und Betreuung ihrer Kunden, sowie ein gut ausgebautes Filialnetz aus. Strategische Risiken sind derzeit für die Öffentliche Lebensversicherung nicht erkennbar.

Reputationsrisiken ergeben sich vor allem aus einer negativen Wahrnehmung des Unternehmens in der Öffentlichkeit und können einen nachhaltigen Imageverlust zur Folge haben. Aufgrund des begrenzten Geschäftsgebietes der Öffentlichen Lebensversicherung und der starken Zugehörigkeit in der Region bekommen Reputationsrisiken eine hohe Bedeutung. So werden sowohl primäre als auch sekundäre, sich aus dem Eintritt anderer Risiken ergebende Reputationsrisiken im Rahmen der Risikoinventur besonders beobachtet. Als Steuerungsmaßnahmen existieren das laufende Monitoring z. B. der Medien und des Marktes und ein effektives Krisenmanagementkonzept. Auch ein offenes Beschwerdemanagement empfängt und behandelt die Anliegen der Kunden schnell und effektiv. Wesentliche Auswirkungen möglicher Reputationsrisiken werden für die Öffentliche Lebensversicherung derzeit nicht gesehen.

Abschließend ist festzuhalten, dass es derzeit keine Risiken in der Öffentlichen Lebensversicherung gibt, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens bedrohen.

Bestandsbewegung

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2017

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	Nur Hauptversicherungen	Haupt- und Zusatzversicherungen	Nur Hauptversicherungen	Einzelversicherungen		
				Kapitalversicherungen (einschl. VWL-Versicher.) ohne Risiko- und sonstige Lebensversicherungen		
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Einmalbeitrag TEUR	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	128.485	76.945		2.972.003	31.223	22.932
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a. Eingelöste Versicherungsscheine	7.117	3.541	63.401	189.377	721	241
b. Erhöhungen der Versicherungssummen (o. Pos. 2.)		1.021	5.805	19.848	0	392
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile			0	2.568		
3. Übriger Zugang	234	194	0	15.326	25	9
4. Gesamter Zugang	7.351	4.756	69.206	227.119	746	641
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	781	219		13.017	285	110
2. Ablauf der Versicherung/beitragsfrei	5.878	3.021		165.390	1.627	1.745
3. Rückkauf und Umwandlung	3.079	2.140		67.396	492	370
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	234	110		8.081	0	0
5. Übriger Abgang	220	156		9.588	5	19
6. Gesamter Abgang	10.192	5.646		263.471	2.409	2.244
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	125.644	76.055		2.935.651	29.560	21.329

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	128.485	2.972.003	31.223	692.118
davon beitragsfrei	34.569	746.235	4.533	57.540
II. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	125.644	2.935.651	29.560	646.960
davon beitragsfrei	33.906	736.584	4.477	56.164

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	23.831	1.940.496	3.251	96.802
II. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	22.687	1.931.045	2.844	86.972

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen

	Versicherungssumme TEUR
I. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres	36.009
II. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres	30.000

						Kollektivversicherungen	
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR
22.992	9.360	44.455	25.256	1.037	716	28.778	18.682
2.629	765	1.373	935	639	642	1.755	958
0	98	0	315	0	12	0	205
4	3	87	70	0	3	118	110
2.633	865	1.460	1.321	639	657	1.873	1.272
46	28	196	48	2	1	252	33
1.887	243	1.007	430	4	13	1.353	590
1.207	263	943	926	66	56	371	524
172	92	21	6	0	0	41	12
7	20	1	41	0	7	207	69
3.319	646	2.168	1.452	72	77	2.224	1.228
22.306	9.579	43.747	25.125	1.604	1.296	28.427	18.726

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
22.992	703.823	44.455	711.626	1.037	20.942	28.778	843.495
8.336	93.262	11.001	274.560	259	2.464	10.440	318.409
22.306	714.269	43.747	702.836	1.604	43.429	28.427	828.157
7.513	91.830	10.938	268.009	286	3.704	10.692	316.877

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR		
15.863	1.676.920	4.647	163.824	70	2.951		
15.705	1.694.818	4.068	146.313	70	2.942		

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. entgeltlich erworbene Lizenzen				5,00	5,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		13.989.443,00			0,00
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00				19.029.500,00
2. Beteiligungen	67.857,37				67.857,37
		67.857,37			19.097.357,37
III. sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	939.240.789,10				927.462.183,53
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	348.816.882,40				327.264.467,54
3. Hypotheken-, Grundschul- und Renten- schuldforderungen	4.676.204,29				5.899.261,78
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	266.950.673,62				306.404.255,06
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	269.702.702,17				238.948.581,34
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	4.758.577,45				5.444.123,86
d) übrige Ausleihungen	2.663.379,43				2.091.121,83
		544.075.332,67			552.888.082,09
5. Einlagen bei Kreditinstituten	65.000.000,00				42.000.000,00
		1.901.809.208,46			1.855.513.994,94
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft					
		107.347,44			24.830,58
			1.915.973.856,27		1.874.636.182,89
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice					
			13.472.486,81		11.610.153,84
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	524.247,82				837.645,77
b) noch nicht fällige Ansprüche	1.958.706,22				2.276.064,85
		2.482.954,04			3.113.710,62
2. Versicherungsvermittler					
	491,94				0,00
		2.483.445,98			3.113.710,62
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft					
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht: EUR 4.469,62 (Vorjahr EUR 0,00)		4.469,62			621,53
III. Sonstige Forderungen					
davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 598.859,42)		1.525.868,80			1.653.452,10
			4.013.784,40		4.767.784,25
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte					
		9.409,15			3.752,35
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand					
		1.013.460,70			1.935.570,16
			1.022.869,85		1.939.322,51
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten					
		14.485.582,00			16.132.756,68
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten					
		1.369.062,44			1.371.064,00
			15.854.644,44		17.503.820,68
			1.950.337.646,77		1.910.457.269,17

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II.1. und C.I.1. nach RechVersVFB 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f des HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 08.01.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Braunschweig, 28. Februar 2018

Der verantwortliche Aktuar
Gutacker

Passiva	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		2.000.000,00		2.000.000,00
II. Einlage des stillen Gesellschafters		24.648.134,60		23.579.072,10
III. Gewinnrücklagen				
1. Sicherheitsrücklage		17.317.462,82		15.817.462,82
IV. Jahresüberschuss		2.000.000,00		1.500.000,00
			45.965.597,42	42.896.534,92
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	5.191.209,27			5.374.920,27
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>0,00</u>			<u>53.743,75</u>
		5.191.209,27		5.321.176,52
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.732.055.965,34			1.704.789.106,43
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>3.321.765,01</u>			<u>17.058.862,05</u>
		1.728.734.200,33		1.687.730.244,38
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	4.057.010,81			3.221.844,68
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>0,00</u>			<u>22.809,50</u>
		4.057.010,81		3.199.035,18
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	90.551.702,73			87.696.407,40
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>0,00</u>			<u>0,00</u>
		90.551.702,73		87.696.407,40
			1.828.534.123,14	1.783.946.863,48
C. Versicherungstechn. Rückstellungen im Bereich der Lebensvers., soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	13.044.469,64			11.217.450,98
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>0,00</u>			<u>112.174,51</u>
		13.044.469,64		11.105.276,47
II. übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	496.071,53			411.768,59
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>68.054,36</u>			<u>23.183,42</u>
		428.017,17		388.585,17
			13.472.486,81	11.493.861,64
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		22.645.260,00		20.354.426,00
II. Steuerrückstellungen		539.792,00		631.641,44
III. Sonstige Rückstellungen		2.952.686,29		2.204.170,25
			26.137.738,29	23.190.237,69
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
			3.321.765,01	17.228.898,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	29.199.369,34			28.485.948,68
2. Versicherungsvermittlern	<u>951.668,04</u>			<u>1.752.748,40</u>
		30.151.037,38		30.238.697,08
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungs- geschäft, davon an Unternehmen mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 74.220,41)				
		175.754,48		212.117,77
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon:		2.220.348,24		680.159,84
gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 21.015,72)			32.547.140,10	31.130.974,69
aus Steuern: EUR 1.316.927,07 (Vorjahr EUR 277.512,94)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 10.347,32 (Vorjahr EUR 14.204,43)				
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
			358.796,00	569.898,75
			1.950.337.646,77	1.910.457.269,17

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Gesamtes Versicherungsgeschäft	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Brutto-Beiträge	145.433.276,83			167.883.029,56
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>2.225.444,52</u>	143.207.832,31		3.964.354,53
c) Veränderung der Brutto-Beitragsüberträge	183.711,00			-528.516,14
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Brutto-Beitragsüberträgen	<u>53.743,75</u>	<u>129.967,25</u>		<u>18.955,73</u>
			143.337.799,56	163.371.203,16
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			2.937.443,59	3.457.719,63
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		0,00		643.859,42
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 598.859,42)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	1.644.673,56			0,00
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>57.467.233,39</u>	59.111.906,95		57.912.701,78
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.195,29		2.411,75
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>40.760.886,46</u>		<u>42.304.607,77</u>
			99.873.988,70	100.863.580,72
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			625.738,92	182.452,10
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			17.334.899,29	8.455.136,12
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	171.612.591,00			174.959.409,49
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>744.185,36</u>			<u>1.984.268,30</u>
		170.868.405,64		172.975.141,19
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	835.166,13			190.895,05
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-22.809,50</u>			<u>-45.010,36</u>
		857.975,63		235.905,41
			171.726.381,27	173.211.046,60
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	29.093.877,57			47.235.125,61
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-13.849.271,55</u>			<u>-7.848.882,72</u>
		42.943.149,12		55.084.008,33
b) sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		<u>39.432,00</u>		<u>19.812,67</u>
			42.982.581,12	55.103.821,00
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			17.477.630,09	18.975.977,62
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	9.836.302,91			11.779.224,91
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>4.369.792,11</u>			<u>4.576.619,77</u>
		14.206.095,02		16.355.844,68
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.392.864,12</u>		<u>2.321.673,32</u>
			12.813.230,90	14.034.171,36
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		3.121.275,05		2.358.957,23
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		510.123,30		2.826,45
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>9.705,40</u>		<u>69.635,57</u>
			3.641.103,75	2.431.419,25
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			7.786,79	61.826,15
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			9.222.982,21	7.261.992,53
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			6.238.173,93	5.249.837,22
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		915.148,41		1.349.865,58
2. Sonstige Aufwendungen		<u>3.838.214,39</u>		<u>3.227.007,20</u>
			-2.923.065,98	-1.877.141,62
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.315.107,95	3.372.695,60
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		188.258,60		799.444,78
5. Sonstige Steuern		<u>57.786,85</u>		<u>4.188,32</u>
			246.045,45	803.633,10
6. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			-1.069.062,50	-1.069.062,50
7. Jahresüberschuss			2.000.000,00	1.500.000,00

Grundlagen der Gesellschaft

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig hat ihren Sitz in Braunschweig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig unter HRA 8876 eingetragen.

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Aktiva

Grundstücke und Gebäude wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend den auch steuerlichen Sätzen bewertet.

Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Ein **Investmentfonds** sowie Aktien wurden anders als die übrigen Fonds (inkl. des Dispositionsstocks der fondsgebundenen Lebensversicherung) nicht nach den Vorschriften für das Umlaufvermögen, sondern gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen bilanziert.

Der **NORD/LB AM OELB-Fonds** stellt ein strategisches Investment dar. Er dient dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und ist daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Investitionsschwerpunkte sind Renten und Aktien. Eine Beschränkung in der täglichen Rückgabe der Anteile besteht nicht. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktwert 977.645.600,91 Euro und der Buchwert (= historische Anschaffungskosten) 877.907.949,82 Euro, sodass eine stille Reserve in Höhe von 99.737.651,09 Euro resultierte. Für 2017 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von 25.510.352,58 Euro.

Die Anteile an der **Brunswick GPE SICAV-SIF** stellen ebenfalls ein strategisches Investment dar. Sie dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und sind daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Investitionsschwerpunkt ist Private Equity. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktwert 55.864.106,25 Euro und der Buchwert (= historische Anschaffungskosten) 55.797.110,34 Euro, sodass eine stille Reserve in Höhe von 66.995,91 Euro resultierte.

Inhaberschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von mindestens acht Jahren sowie sieben Anleihen mit kürzeren Laufzeiten wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen bilanziert. Andere festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Hypothekenforderungen sowie übrige Ausleihungen wurden in Höhe des noch ausstehenden Forderungsbetrages ausgewiesen.

Namenschuldverschreibungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agio- und Disagioträge werden mittels der linearen Methode über die Laufzeit aufgelöst.

Festgelder, Termingelder, Tagesgelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten wurden ebenso wie **Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** mit Nominalbeträgen angesetzt. Das Gleiche gilt für die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft**, für **Kassenbestände, laufende Guthaben bei Kreditinstituten** sowie **Zins- und Mietforderungen**. Zum Teil wurden hier Pauschalwertberichtigungen, zum Teil Einzelwertberichtigungen abgesetzt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen befinden sich im Anlagestock, dessen Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die **noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer** ergeben sich im Wesentlichen aus Risikoversicherungen und Zusatzversicherungen des Neubestandes, die mit maximal 25 Promille, für Tarifwerke vor TW2015 mit maximal 40 Promille, der Beitragssumme geillmert sind.

Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden gemäß §253 Abs. 3 Satz 1 HGB zu den Anschaffungskosten, vermindert um die gemäß § 253 Abs. 3 Satz 2 HGB vorgenommenen Abschreibungen, ausgewiesen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter von 150,01 Euro bis 1.000,00 Euro netto wurden in einen Sammelposten eingestellt, der im Jahr der Anschaffung und in den darauffolgenden vier Jahren gleichmäßig mit jeweils 1/5 abgeschrieben wird.

Vorräte wurden zu Einstandspreisen bewertet.

Nicht erwähnte Posten der Aktiva wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um die zulässigen Abschreibungen und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Grundlagen der Fremdwährungsberechnung

Fremdwährungspositionen sind mit dem Devisenmittelkurs zum Bilanzstichtag, bei unterjährigen Transaktionen zum Tageskurs der Transaktion umgerechnet worden.

Passiva

Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Der koordinierte Ländererlass vom 09. März 1973 wird berücksichtigt. Anteile des Rückversicherers wurden aus dessen Berechnungen übernommen.

Die **Deckungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene Geschäft mit Ausnahme bei Fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen und der Kapitaleffizienten Rentenversicherung einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung und die Forderungen an Versicherungsnehmer (Aktiva = E I 1. nach RechVersV FB 1) sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Die Deckungsrückstellung bei Fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen errechnet sich nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Anteileneinheiten der einzelnen Versicherungen, die am Bilanzstichtag zum Zeitwert berechnet werden. Die Deckungsrückstellung der Kapitaleffizienten Rentenversicherung errechnet sich ebenfalls nach retrospektiver Methode. Die Depotverbindlichkeiten sind nach Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes wurden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1924/26 und 1960/62 mit einem Rechnungszins von 3 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafeln 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 35 Promille der Versicherungssumme
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 Prozent und einem Zillmersatz von 5 Prozent der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV in 2015 empfohlenen Interpolationsverfahren die Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 Prozent sowie ein Referenzzins von 2,21 Prozent gemäß § 5 Absatz 3 DeckRV als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes wurden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln DAV 1994 T mit einem Rechnungszins von 4 Prozent, 3,25 Prozent,

2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent und ein Zillmersatz von 40 Promille der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 1994 T bzw. eine Mischtafel auf Basis der DAV 2008 T mit einem Rechnungszins von 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent bzw. 0,9 Prozent ohne Zillmerung

- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel DAV 1994 R mit einem Rechnungszins von 4 Prozent, 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent und ein Zillmersatz von 10 Promille der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 2004 R mit einem Rechnungszins von 2,75 Prozent bzw. 2,25 Prozent und ein Zillmersatz von 10 Promille der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 2004 R bzw. eine Mischtafel auf Basis der DAV 2004 R mit einem Rechnungszins von 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent, 0,9 Prozent bzw. 0,5 Prozent ohne Zillmerung sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV in 2017 empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 mit dem jeweils verwendeten Rechnungszinssatz sowie ein Referenzzins von 2,21 Prozent gemäß § 5 Abs. 3 DeckRV als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Für ab dem 21. Dezember 2012 neu begründete Versicherungsverhältnisse werden für Kapitalversicherungen geschlechtsunabhängige Mischtafeln auf Basis der DAV 2008 T und für Rentenversicherungen geschlechtsunabhängige Mischtafeln auf Basis der DAV 2004 R verwendet.

Zusätzlich wurden bei der Berechnung der biometrischen Auffüllungsbeträge Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten (sowie Verwaltungskosten) gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVFM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin / Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern der DGVFM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de.

Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt zu Zeitwerten.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden individuell ermittelt, Anteile des Rückversicherers wurden aus dessen Berechnungen übernommen. Rückstellungen für Schadenregulierungskosten wurden pauschal in steuerlich zulässiger Höhe gebildet.

Der in der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** enthaltene Schlussüberschussanteilfonds setzt sich zusammen aus Rückstellungen für Schlussüberschüsse und für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt worden.

Für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/ EWG zum VAG wurde der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf Schlussüberschüsse und auf Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven entfällt, als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung mit einem Gesamtdiskontsatz von 6 Prozent berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wurde mit Gesamtdiskontsätzen nach dem in § 28 Absatz 7e RechVersV beschriebenen Verfahren berechnet. Der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf Schlussüberschüsse und auf Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven, letzteres mit Ausnahme des Tarifwerks 2008, entfällt, wurde als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung mit einem Gesamtdiskontsatz von 6 Prozent, abhängig davon, ob eine Leistung auch bei Rückkauf fällig wird, anderenfalls 7 Prozent berechnet. Der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven für das Tarifwerk 2008 entfällt, wurde als Barwert mit einem Diskontsatz von 4,5 Prozent berechnet.

Pensionsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 3,68 Prozent, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,0 Prozent sowie Rentenanpassungen von 1,0 bis 3,25 Prozent.

Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,8 Prozent, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,0 Prozent sowie Rentenanpassungen von 1,0 bis 3,25 Prozent.

Rückstellungen für Krankheitsbeihilfen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,8 Prozent und zu erwartender Kostensteigerungen von 2,0 Prozent.

Eine **Rückstellung für Aufbewahrungskosten** wurde auf Grundlage der per 31. Dezember 2017 gültigen Abzinsungssätze und zu erwartender Kostensteigerungen von 2,0 Prozent bewertet.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, soweit es hierfür Anhaltspunkte gibt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr werden nicht abgezinst.

Die **Depotverbindlichkeiten** sind nach Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie aus dem Rückversicherungsgeschäft wurden mit Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Nicht erwähnte Posten der Passiva wurden mit Erfüllungswerten angesetzt.

Angaben zur Bilanz

A. Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte
	2016 TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2017 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. entgeltlich erworbene Lizenzen	0	0	0	0	0	0	0
Summe A.	0	0	0	0	0	0	0
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	0	14.494	0	0	0	505	13.989
Summe B. I.	0	14.494	0	0	0	505	13.989
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.030	0	0	19.030	0	0	0
2. Beteiligungen	68	0	0	0	0	0	68
Summe B. II.	19.097	0	0	19.030	0	0	68
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	927.462	61.729	0	49.946	1	6	939.241
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	327.264	65.971	0	44.418	0	0	348.817
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	5.899	0	0	1.223	0	0	4.676
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	306.404	20.671	0	60.125	0	0	266.951
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	238.949	31.066	0	312	0	0	269.703
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	5.444	891	0	1.576	0	0	4.759
d) übrige Ausleihungen	2.091	647	0	75	0	0	2.663
5. Einlagen bei Kreditinstituten	42.000	230.000	0	207.000	0	0	65.000
Summe B. III.	1.855.514	410.974	0	364.675	1	6	1.901.809
Insgesamt	1.874.611	425.469	0	383.704	1	510	1.915.867

Beteiligungen der Öffentlichen Lebensversicherung

Gesellschaft	Anteil		Ergebnis EUR	Eigenkapital EUR	Buchwert EUR
B.I.2. Beteiligungen					
USPF III Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	42,86%	in 2016 :	140.248,62	172.784,93	1,00
Protektor Lebensversicherungs-AG	0,19%	in 2016 :	12.512.000,00	105.412.000,00	67.856,37

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Buchwert	Agio/Disagio	Zeitwert	Saldierte Reserven	darin enthaltene unterlassene Abschreibungen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	13.989.443		17.850.000	3.860.557	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
2. Beteiligungen	67.857		75.213	7.356	
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	939.240.789		1.039.141.666	99.900.877	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	348.816.882		451.843.145	103.026.263	
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	4.676.204		4.676.204	0	
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	266.950.674	1.071.823	305.709.822	37.687.325	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	269.702.702	0	310.718.277	41.015.575	
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	4.758.577		4.758.577	0	
d) übrige Ausleihungen	2.663.379		2.725.958	62.579	
5. Einlagen bei Kreditinstituten	65.000.000		65.000.000	0	
Summe	1.915.866.509	1.071.823	2.202.498.862	285.560.530	

Erläuterung zu den Bewertungsverfahren der Kapitalanlagen

Immobilien Zur Zeitwertermittlung der Immobilien werden die Verkehrswertgutachten des Jahres 2013 herangezogen. Die Bewertung erfolgte mittels der Ertragswertmethode.

Aktien Die Zeitwertermittlung eines Private-Equity-Investments in der Rechtsform einer SICAV-SIF erfolgt anhand des Net-Asset-Values.

Investmentfonds (bzw. Dispositionsstock) Als Zeitwert werden die durch die Investmentgesellschaften bzw. die Verwahrstelle zugelieferten Rücknahmepreise übernommen.

Nicht börsennotierte Papiere des Direktbestands Die Bewertung von Namenspapieren und Schuldscheindarlehen wird anhand der Zinskurve (Swap) unter Berücksichtigung eines individuellen Spreads vorgenommen. Die Spreadauswahl erfolgt unter Zuhilfenahme der Informationsquelle Bloomberg.

Börsennotierte Wertpapiere des Direktbestands Zur Bewertung werden Börsenkurse aus Bloomberg herangezogen.

Beteiligungen Der Zeitwert stellt den Substanzwert bzw. den Buchwert dar.

Policedarlehen Aufgrund des jederzeitigen Kündigungsrechts durch den Darlehensnehmer besitzen Policedarlehen einen Zeitwert sehr nahe bei 100 Prozent. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wird daher bei der Zeitwertermittlung der Policedarlehen auf den Nennwertansatz abgestellt. Für die Policedarlehen wird regelmäßig eine Prüfung der Zeitwertermittlung vorgenommen.

Hypothekendarlehen; übrige Ausleihungen Eine Bewertung der Hypotheken und übrigen Ausleihungen (grundpfandrechlich gesicherte Darlehen) findet nicht statt. Als Zeitwert wird der Buchwert zugrunde gelegt.

Einlagen bei Kreditinstituten Bei Tages- und Termingeldern (Restlaufzeit in der Regel kürzer 6 Monate) erfolgt als Zeitwert ein Nennwertansatz.

Erläuterung weiterer Aktivposten

Forderungen Es bestehen Forderungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr in Höhe von 2.055.078,18 Euro und von mehr als einem Jahr in Höhe von 1.958.706,22 Euro. Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind Agioeträge in Höhe von 1.368.785,54 Euro (Vorjahr 1.370.945,00 Euro) enthalten.

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen

Überschussverteilung Mit der Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) sind Lebensversicherungsunternehmen nach den Vorschriften des § 153 VVG ab dem 01. Januar 2008 verpflichtet, Versicherungsnehmer an den saldierten Bewertungsreserven der Kapitalanlagen zu beteiligen. Zur Quantifizierung der Bewertungsreserven nach VVG ist die Höhe sämtlicher Kapitalanlagereserven nach Abzug der stillen Lasten zu ermitteln. In der Begründung zum § 153 Abs. 3 VVG wird verdeutlicht, dass sich die Ermittlung der Bewertungsreserven nach § 54 RechVersV ergibt.

Aufgrund der Neufassung von § 56 a VAG im Zuge des Lebensversicherungsreformgesetzes werden die auszusüttenden Bewertungsreserven seit 01. September 2014 um den Sicherungsbedarf gemindert.

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung werden sämtliche Reserven der unter Punkt B der Bilanz aufgeführten Kapitalanlagen in die Überschussbeteiligung einbezogen und anhand des vom GDV vorgeschlagenen verursachungsorientierten Verfahrens auf den einzelnen anspruchsberechtigten Versicherungsvertrag rechnerisch zugeordnet.

Bei Vertragsbeendigung bzw. bei Rentenübergang wird der für diesen Zeitpunkt zu ermittelnde Betrag, sofern positiv, zur Hälfte zugeteilt und erhöht die Versicherungsleistung bzw. den Rückkaufswert.

Da die bislang im aktuellen Fondsgeschäftsjahr aufgelaufenen ordentlichen Nettoerträge der Investmentfonds Bestandteil des Marktwertes sind, erfolgt ein Abzug dieser Größe von der aktuell festgestellten Kapitalanlagereserve, weil diese Erträge am Fondsgeschäftsjahresende ausgeschüttet und somit Bestandteil der Überschussbeteiligung werden. Per 31. Dezember 2017 ergibt sich mit diesem Ansatz eine VVG-Bewertungsreserve von 50,3 Millionen Euro.

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 1.906,7 Millionen Euro. Bei einem Zeitwert selbiger Kapitalanlagen in Höhe von 2.202,5 Millionen Euro ergibt sich ein Saldo von 295,8 Millionen Euro.

Zu C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Anteile am	ISIN	Stück	Buchwert
		31.12.2017	31.12.2017
EUR			
ETF REITs Glob	IE00B1FZS350	6030,51568	132.490
ETF Infra Glob	IE00B1FZS467	5027,27951	110.801
ETF PE Global	IE00B1TXHL60	8679,92975	151.769
ETF EU Govt DM	IE00B3DKXQ41	3276,63209	399.454
ETF Aktien DM	IE00B4L5Y983	6874,81261	311.567
ETF HY Renten	IE00B74DQ490	929,43761	77.320
ETF Renten EM	IE00B9M6RS56	769,95989	79.067
ETF Corp DWEM	IE00B9M6SJ31	3779,52271	400.251
ETF Aktien EM	IE00BKM4GZ66	3541,64248	89.179
STRUKTUR: 2 ERT	LU0109011469	13893,96543	606.472
STRUKTUR: 2 WAC	LU0109011626	44424,40456	1.755.208
STRUKTUR: 2 CHA	LU0109012194	71979,82957	3.240.532
STRUKTUR: 2 CHAN	LU0109012277	64408,69831	3.133.483
SWISSCANTO GREE	LU0136171559	6029,57796	926.324
European Specia	LU0154234636	3571,38881	151.570
JP MORGAN FOCUS	LU0168341575	2301,67119	85.323
STRUKTUR: 4 ERT	LU0185900262	210,72892	9.458
STRUKTUR: 4 ERTR	LU0185900692	341,74268	15.980
STRUKTUR: 4 WAC	LU0185900775	808,02158	40.668
STRUKTUR: 4 CHA	LU0185901070	738,2698	56.013
STRUKTUR: 4 CHAN	LU0185901153	701,23639	74.121
Deka-LiquiPlan	LU0249486092	21,83872	21.133
STRUKTUR: V ERT	LU0278674642	862,97465	81.051
STRUKTUR: V ERTR	LU0278675029	1145,63166	109.385
STRUKTUR: V WAC	LU0278675292	2635,61891	259.266
STRUKTUR: V CHA	LU0278675532	1048,3474	114.081
STRUKTUR: V CHAN	LU0278675706	1284,00303	184.177
ZielGarant 2018	LU0287948607	1412,75908	148.749
ZielGarant 2022	LU0287948946	2428,87354	265.136
ZielGarant 2026	LU0287949084	2801,04429	310.132
ZielGarant 2030	LU0287949324	426,03837	45.254
ZielGarant 2034	LU0287949837	361,57538	37.195
ZielGarant 2038	LU0287949910	231,24379	23.381
ZielGarant 2042	LU0287950256	116,79536	11.798
ZielGarant 2046	LU0287950413	85,25368	8.720
ZielGarant 2050	LU0287950686	67,83777	5.981
Gesamtbuchwert			13.472.487

B. Passiva

Entwicklung der Sicherheitsrücklage

	2017 EUR	2016 EUR
Stand am 1.1.	15.817.462,82	14.489.042,82
Einstellung aus dem Jahresüberschuss des Vorjahres	1.500.000,00	1.328.420,00
Stand am 31.12.	17.317.462,82	15.817.462,82

Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2017 EUR	2016 EUR
31.12. Vorjahr	87.696.407,40	85.905.592,14
Entnahmen	14.622.334,76	17.185.162,36
Zuführungen	17.477.630,09	18.975.977,62
31.12. Geschäftsjahr	90.551.702,73	87.696.407,40

Von der Rückstellung Ende des Geschäftsjahres entfallen auf

	2017 EUR	2016 EUR
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte:		
a) laufende Überschussanteile	6.567.266,22	7.555.501,14
b) Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	2.251.709,06	2.288.627,53
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	4.310.489,80	4.458.219,85
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	440.042,53	29.546,82
	13.569.507,61	14.331.895,34
den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der zurückgestellt wird für die Finanzierung:		
e) von Gewinnrenten	0,00	0,00
f) von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen	22.240.875,34	22.064.772,47
g) der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	24.467.160,99	25.183.994,97
	46.708.036,33	47.248.767,44
h) den ungebundenen Teil	30.274.158,79	26.115.744,62
	90.551.702,73	87.696.407,40

Pensionsrückstellungen Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 4,0 Millionen Euro. Dem für die Ausschüttung gesperrten Unterschiedsbetrag stehen freie Rücklagen in ausreichender Höhe entgegen.

Verbindlichkeiten Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern in Form verzinslich angesammelter Überschussanteile bestehen in Höhe von 28.292.390,76 Euro. Es bestehen Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr in Höhe von 4.087.384,22 Euro, von mehr als einem Jahr in Höhe von 157.017,80 Euro und von mehr als fünf Jahren in Höhe von 31.624.503,09 Euro.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte gesichert sind, bestehen nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind abgegrenzte Disagiobeträge in Höhe von 296.962,15 Euro (Vorjahr 566.152,77 Euro) enthalten.

Haftungsverhältnisse Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter mehrerer öffentlich-rechtlicher Versicherungsunternehmen und deren Servicegesellschaften verpflichtet sich die Öffentliche Lebensversicherung gesamtschuldnerisch mit der Öffentlichen Sachversicherung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 12 Millionen Euro zu befriedigen.

Gegenüber einem Kooperationspartner besteht eine gegenseitige uneingeschränkte Haftungsfreistellungsvereinbarung für die Vermittlungstätigkeit.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen Das Unternehmen ist Mitglied im Verband Öffentlicher Versicherer mit einem satzungsmäßigen Anteil von 182.000,00 Euro am bisher nicht eingezahlten Stammkapital.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1,0 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Da per 31. Dezember 2017 ein Sicherungsvermögen in eben dieser Höhe erreicht ist, bestehen keine regulären Verpflichtungen für 2017. Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1,7 Millionen Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 Prozent der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der obengenannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 14,8 Millionen Euro.

Gegenüber einem Beteiligungsunternehmen des Direktbestandes besteht eine Nachzahlungsverpflichtung in Höhe von 0,4 Millionen Euro.

Hinweise auf Inanspruchnahmen der Verpflichtungen liegen nicht vor.

Aus Commitments des Masterfonds resultieren noch ausstehende Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von ca. 33,6 Millionen Euro (Immobilien 5,0 Millionen Euro und Infrastruktur 28,6 Millionen Euro). Zusätzlich bestehen im Direktbestand Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von ca. 19,8 Millionen Euro (Private Equity).

Finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen bis zum Ablauf der Verträge bestehen im betriebsüblichen Umfang.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Bruttobeiträge	2017 EUR	2016 EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft		
Einzelversicherungen	87.238.924,01	107.351.881,83
Kollektivversicherungen	57.869.927,68	60.186.210,24
	145.108.851,69	167.538.092,07
davon		
laufende Beiträge	75.903.307,14	77.179.394,43
Einmalbeiträge	69.205.544,55	90.358.697,64
	145.108.851,69	167.538.092,07
Diese Beiträge entfallen vollständig auf inländische Versicherungsverträge mit Gewinnbeteiligung.		
Übernommenes Geschäft	324.425,14	344.937,49
Gesamtes Versicherungsgeschäft	145.433.276,83	167.883.029,56
Hierin sind Beiträge für Verträge, bei denen der Versicherungsnehmer das Kapitalrisiko trägt, in Höhe von 2.419.366,18 Euro enthalten.		
Direktgutschrift		
zur Erhöhung der Deckungsrückstellung	0,00	0,00
für verzinslich angesammelte Überschussanteile	0,00	0,00
für Sofortgewinn und Bardividende	4.814.932,75	4.758.877,37
Insgesamt	4.814.932,75	4.758.877,37

Die rechnungsmäßigen Zinsen betragen 74,0 Millionen Euro (Vorjahr 74,4 Millionen Euro).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 b RechVersV beträgt -14.014.219,84 Euro (Vorjahr -7.571.261,72 Euro).

Im Berichtsjahr sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 HGB in Höhe von 5.500,88 Euro angefallen.

Die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen belaufen sich auf 0,00 Euro. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 855.791,00 Euro.

In den sonstigen Aufwendungen sind 1,2 Millionen Euro aus der Änderung des Rechnungszinses für die Pensionsrückstellung enthalten.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

Die Einkommen- und Ertragsteuern resultieren aus dem ordentlichen Ergebnis des Geschäftsjahres und der Vorjahre sowie Erträgen aus der beendeten Betriebsprüfung.

Passive latente Steuern aus dem handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansatz von Immobilien wurden mit aktiven latenten Steuern auf die abweichenden Wertansätze der Pensionsrückstellungen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274

Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 31,56 Prozent angewendet.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Überschuss des Geschäftsjahres nach Steuern belief sich auf 20,5 Millionen Euro (Vorjahr 21,5 Millionen Euro).

Davon sollen 17,5 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und die Einlage des stillen Gesellschafters vertragsgemäß mit 1,1 Millionen Euro weiter aufgefüllt werden.

Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat und der Trägerversammlung vorschlagen, den Jahresüberschuss in Höhe von 2,0 Millionen Euro in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Personelles

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2017 TEUR	2016 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	4.287	5.067
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	5.815	6.090
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	931	1.238
5. Aufwendungen für Altersversorgung	764	569
6. Aufwendungen insgesamt	11.797	12.964

Während des Geschäftsjahres waren in den Fachabteilungen durchschnittlich 47 Mitarbeiter beschäftigt. Weiterhin wurden im Innendienst durchschnittlich 193 Mitarbeiter sowie 31 Auszubildende gemeinsam mit der Öffentlichen Sachversicherung beschäftigt.

Im Außendienst beschäftigte das Unternehmen gemeinsam mit der Öffentlichen Sachversicherung durchschnittlich 41 Mitarbeiter.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes des Unternehmens beliefen sich auf 378.033,23 Euro, die ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 127.938,58 Euro.

Für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene wurden Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.820.903,00 Euro gebildet.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates und des Beirates bestanden am 31. Dezember 2017 nicht.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in Höhe von 46.925,51 Euro gezahlt.

Vergütungen an die Mitglieder des Beirates wurden in Höhe von 11.880,00 Euro gezahlt.

Die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Trägerversammlung sowie des Beirates sind auf den Seiten 10 bis 12 genannt.

Sonstige Angaben

Das Unternehmen ist nicht verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen.

Außerbilanzielle Geschäfte oder marktunübliche Geschäfte mit Related Parties wurden nicht getätigt.

Bestehende Verpflichtungen aus der Wandlung von Entgelt und ähnlichen Ansprüchen in Arbeitnehmerzeitwertkonten in Höhe von 186.622,07 Euro werden mit dem Zeitwert der Fondsanteile als Erfüllungsbetrag bilanziert. Diese sind durch einen Treuhänder vertraglich insolvenzgesichert und die entsprechenden Vermögensgegenstände sind dem Zugriff aller anderen Gläubiger entzogen. Eine Saldierung der Verpflichtungen mit den zugrundeliegenden Fondsanteilen gemäß § 246 Abs. 2 HGB erfolgt nicht, da die Ansprüche der Mitarbeiter auch zu weiteren Zwecken als der Altersversorgung oder ähnlichen langfristigen Verpflichtungen verwendet werden können. Die Fondsanteile werden nach den Grundsätzen des Umlaufvermögens bewertet. Ihr Zeitwert entspricht der ausgewiesenen Verpflichtung.

Honorar des Abschlussprüfers	2017 EUR ohne MwSt.
Abschlussprüfungsleistungen	146.570,00
andere Bestätigungsleistungen	0,00
Steuerberatungsleistungen	0,00
Sonstige Leistungen	0,00
Gesamt	146.570,00

Aus der Abwicklung der Rückstellung für Abschlussprüfungsleistungen für das Vorjahr ergab sich ein Ertrag in Höhe von 1.100,64 Euro.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Öffentlichen Lebensversicherung von besonderer Bedeutung gewesen wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Überschussverteilung in der Lebensversicherung im Jahre 2018

Im Jahre 2018 werden sämtliche Gewinne aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen. Hiervon ausgenommen sind nur die Gewinne, die zu einer sofortigen Beitragsreduzierung führen (Abschnitt 2 und 4.1). Diese werden als Direktgutschrift fällig.

In () Vorjahreswerte, zur Information, falls geändert.

1. Kapitalbildende Einzel-, Sammel-, Firmengruppen- und vermögenswirksame Versicherungen

1.1 Versicherungen mit laufender Beitragszahlung nach Altem Tarif, Tarif 68 und Tarif 87

1.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

- Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar 0,00 Prozent für Versicherungen mit 3,00 Prozent Rechnungszins bzw. 0,00 Prozent für Versicherungen mit 3,50 Prozent Rechnungszins zuzüglich
- Summengewinn in Promille der Versicherungssumme, und zwar für

	Tarif 68 / Alter Tarif	Tarif 87
Versicherungen nach Einzeltarifen (ohne Vermögenswirksame)	2,5 ‰	2,0 ‰
Gruppenversicherungen nach Sondertarifen und Vermögenswirksame	1,5 ‰	1,2 ‰

Die vorstehenden Promillesätze erhöhen sich jeweils um 0,1 Promille für jedes Jahr, das der Versicherte bei Vertragsabschluss versicherungsmathematisch älter als 25 Jahre ist, höchstens um 2,0 Promille.

Zusätzlich werden bei Verträgen für weibliche Versicherte nach Tarif 68 und Altem Tarif bzw. für verbundene Versicherte 0,5 Promille fällig.

Der laufende Überschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des zweiten Versicherungsjahres, zugeteilt und, soweit nicht Bardividende vereinbart ist, bei Tarif 68 und Tarif 87 als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungssumme (Bonus) verwendet bzw. beim Alten Tarif verzinslich angesammelt.

Der erreichte Bonus bzw. die verzinslich angesammelten Überschussanteile werden bei Fälligkeit der Versiche-

rungssumme durch Tod, Heirat oder Ablauf der Versicherungsdauer gezahlt; bei sonstiger Vertragsbeendigung - insbesondere auch bei Rückkauf - werden das Deckungskapital des erreichten Bonus bzw. die verzinslich angesammelten Überschussanteile fällig. Der Bonus ist wie eine beitragsfreie Versicherung selbst gewinnberechtigt (s. 1.3).

1.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod, Heirat oder Ablauf der Versicherungsdauer wird für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr mit Ausnahme des ersten Versicherungsjahres für Tarif 87 bzw. höchstens der ersten fünf Versicherungsjahre für Tarif 68 ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung gezahlt.

Bei sonstiger Vertragsbeendigung - insbesondere auch bei Rückkauf, soweit mehr als ein Drittel der Versicherungsdauer oder mehr als 10 Jahre zurückgelegt sind - wird der jeweilige Barwert fällig.

Für das am Versicherungsjahrestag 2018 endende Versicherungsjahr gelten für Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung die folgenden Sätze in Promille der Versicherungssumme:

Alter Tarif	für Einzelversicherungen	0,0
	für Gruppenversicherungen/VML	0,0
Tarif 68	für Einzelversicherungen	
	ab 2. Versicherungsjahr	0,0
	ab 21. Versicherungsjahr	0,0
	für Gruppenversicherungen/VML	
	ab 2. Versicherungsjahr	0,0
	ab 21. Versicherungsjahr	0,0
Tarif 87	für Einzelversicherungen	0,0
	ab 2. Versicherungsjahr	
	ab 21. Versicherungsjahr	0,0
	für Gruppenversicherungen/VML	
	ab 2. Versicherungsjahr	0,0
	ab 21. Versicherungsjahr	0,0

Die Sockelbeteiligung beträgt jeweils 70 Prozent der oben genannten Sätze.

1.1.3 Mindestgewinnbeteiligung

Für Versicherungen nach Tarif 68 und Tarif 87 wird ab Versicherungsbeginn bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der Schlussüberschussanteile ein Gewinnanteil von mindestens 10 Prozent - für versicherte Frauen nach Tarif 68 15 Prozent - der Versicherungssumme gezahlt. Das gilt nicht, wenn Bardividende vereinbart ist und nicht bei Versicherungen mit niedrigen Anfangsbeiträgen (NZ Tarife).

1.1.4 Zuzahlungsdividende

Soweit zu einer Versicherung mit Zuzahlungsrecht eine freiwillige Zuzahlung geleistet wurde, wird für das ab Versicherungsjahrestag 2018 endende Versicherungsjahr eine Dividende in Prozent der Zuzahlung gewährt und verzinslich angesammelt, und zwar 0,00 Prozent bei einem Rechnungszins von 3,00 Prozent, 0,00 Prozent bei einem Rechnungszins von 3,50 Prozent.

1.2 Versicherungen mit laufender Beitragszahlung nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 und Tarif 2017

1.2.1 Laufender Überschussanteil

Für das 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zugeteilt:

- a) Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,00 (0,00) %	3,25 %
Tarif 2004	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2007	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2008	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2012	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2013	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,90 %

- b) Summengewinn in Promille der gewinnberechtigten Versicherungssumme, und zwar 1 Promille für Tarife 94 und 2000 bzw. 0,5 Promille für Tarife 2004, 2007, 2008 und 2012. Tarif 2013, 2015 und 2017 erhält 0,0 Promille.

- c) Beitragsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags, und zwar

	Einzel-/Sammelvers.	Gruppen-/VML-Vers.
Tarif 94	0,0 (3,0) %	0,0 (2,0) %
Tarif 2000	0,0 (3,0) %	0,0 (2,0) %
Tarif 2004	0,0 (3,0) %	0,0 (2,0) %
Tarif 2007	0,0 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2008	0,0 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2012	0,0 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2013	0,0 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2015	0,0 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2017	0,0 %	0,0 %

Der Beitragsgewinn gemäß c) kann ab Vertragsbeginn mit der zu zahlenden Rate verrechnet werden. Sonst wird er wie die Gewinnanteile gemäß a) und b), die jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des 2. Versicherungsjahres, für den Tarif 2008, 2012, 2013 und 2015 am Ende des 1. Versicherungsjahres, zugeteilt werden, zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet. Es kann auch der Barbezug der Gewinnanteile vereinbart werden.

Bei der Überschussverwendung Bonus wird der erreichte Bonus bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod oder Ablauf der Versicherungsdauer gezahlt. Bei der Überschussverwendung Erlebensfallbonus wird der erreichte Erlebensfallbonus bei Ablauf der Versicherungsdauer gezahlt. Bei sonstiger Vertragsbeendigung - insbesondere auch bei Rückkauf - wird das Deckungskapital des erreichten (Erlebensfall-) Bonus fällig.

Der (Erlebensfall-) Bonus ist wie eine beitragsfreie Versicherung selbst - nur ohne Sockelbeteiligung, bzw. bei Erlebensfallbonus auch ohne Summengewinn - gewinnberechtigt (s. 1.3).

1.2.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Fälligkeit der Versicherung durch Tod oder Ablauf der Versicherungsdauer wird für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, mit Ausnahme des 1. Versicherungsjahres und der flexiblen Ablaufphase, ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung in Promille der jeweiligen Versicherungssumme gezahlt. Bei sonstiger Vertragsbeendigung - insbesondere auch bei Rückkauf, soweit mehr als ein Drittel der Versicherungsdauer oder mehr als 10 Versicherungsjahre zurückgelegt sind - werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

Der Schlussüberschussanteilssatz inkl. Sockelbeteiligung beträgt ab vollendetem 2. Versicherungsjahr bei

	Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	
	Normaltarif	Gruppen/VML
Tarif 94	0,00 ‰	0,00 ‰
Tarif 2000	0,00 ‰	0,00 ‰
Tarif 2004	1,20 (1,40) ‰	1,00 (1,10) ‰
Tarif 2007	3,00 ‰	2,50 ‰
Tarif 2008	3,50 ‰	3,00 ‰
Tarif 2012	3,00 ‰	2,50 ‰
Tarif 2013	3,00 ‰	2,50 ‰
Tarif 2015	3,00 ‰	2,50 ‰
Tarif 2017	3,00 ‰	2,50 ‰

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

Zusätzlich wird bei Ablauf der Versicherung für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, bei Tarifen vor 2008 mit Ausnahme des 1. Versicherungsjahres, ein Schlussüberschussanteil und eine weitere Sockelbeteiligung in Promille der jeweiligen Versicherungssumme gezahlt. Bei Tod, Heirat und sonstiger Vertragsbeendigung werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig. In der flexiblen Ablaufphase gibt es keine Zuteilungen mehr.

Der Anteilsatz für beide Komponenten in Summe beträgt ab vollendetem 2. Versicherungsjahr

Normalkonditionen	Dauer	
	<20 Jahre	ab 20 Jahre
Tarif 94	0,0 ‰	0,0 ‰
Tarif 2000	0,0 ‰	0,0 ‰
Tarif 2004	1,2 (1,4) ‰	2,4 (2,8) ‰
Tarif 2007	2,0 ‰	4,0 ‰
Tarif 2008	2,0 ‰	4,0 ‰
Tarif 2012	2,5 ‰	5,0 ‰
Tarif 2013	2,2 ‰	4,4 ‰
Tarif 2015	2,2 ‰	4,4 ‰
Tarif 2017	2,7 ‰	5,4 ‰

Bardiv./VmL/ NZ-Verträge	Dauer	
	<20 Jahre	ab 20 Jahre
Tarif 94	0,00 ‰	0,0 ‰
Tarif 2000	0,00 ‰	0,0 ‰
Tarif 2004	0,60 (0,70) ‰	1,2 (1,4) ‰
Tarif 2007	1,00 ‰	2,0 ‰
Tarif 2008	1,00 ‰	2,0 ‰
Tarif 2012	1,25 ‰	2,5 ‰
Tarif 2013	1,10 ‰	2,2 ‰
Tarif 2015	1,10 ‰	2,2 ‰
Tarif 2017	1,35 ‰	2,7 ‰

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

Bei Tarifen mit unterschiedlicher Todes- und Erlebensfallsumme beziehen sich diese Angaben auf die Erlebensfallsumme.

1.2.3 Mindestgewinnbeteiligung (nur TW 94, TW2000 und TW2004)

Ab Versicherungsbeginn wird für beitragspflichtige Versicherungen bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der Schlussüberschussanteile ein Gewinnanteil von mindestens 10 Prozent der Versicherungssumme gezahlt. Das gilt nicht, falls Bardividende vereinbart ist sowie für Versiche-

rungen mit niedrigen Anfangsbeiträgen (NZ Tarife), Versicherungen mit unterschiedlicher Todes- und Erlebensfallsumme, Termfix- und Heiratsversicherungen (Tarife 3 und 3 T) oder wenn Erlebensfallbonus vereinbart ist.

1.3 Versicherungen mit einmaliger Beitragszahlung und beitragsfreie Versicherungen durch Umwandlung oder Tarif

1.3.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

a) Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Alter Tarif	0,00 (0,00) %	3,00 %
Tarif 68	0,00 (0,00) %	3,00 %
Tarif 87	0,00 (0,00) %	3,50 %
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,00 (0,00) %	3,25 %
Tarif 2004	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2007	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2008	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2012	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2013	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,90 %

zuzüglich

b) Summengewinn in Promille der Versicherungssumme, und zwar

	Summengewinn
Alter Tarif	1,50 ‰
Tarif 68	1,50 ‰
Tarif 87	1,25 ‰
Tarif 94	1,00 ‰
Tarif 2000	1,00 ‰
Tarif 2004	0,50 ‰
Tarif 2007	0,50 ‰
Tarif 2008	0,50 ‰
Tarif 2012	0,50 ‰
Tarif 2013	0,00 ‰
Tarif 2015	0,00 ‰
Tarif 2017	0,00 ‰

Der Summengewinn wird aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung fällig. Der laufende Überschussanteil

wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten beitragsfreien Versicherungsjahres, zugeteilt und als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungssumme (Bonus oder Erlebensfallbonus) verwendet bzw. verzinslich angesammelt. Der (Erlebensfall-) Bonus selbst ist wieder gewinnberechtig, bis auf die Sockelbeteiligung.

Der erreichte (Erlebensfall-) Bonus bzw. das verzinslich angesammelte Gewinn Guthaben werden im Leistungsfall wie unter 1.1.1 bzw. 1.2.1 beschrieben fällig.

1.3.2 Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Für Tarif 2008, 2012, 2013, 2015 und Tarif 2017 wird bei Ablauf der Versicherung gegen Einmalbeitrag für jedes Jahr eine Sockelbeteiligung in Höhe von 1 Promille der Versicherungssumme gezahlt. Bei Tod, und sonstiger Vertragsbeendigung werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

1.4 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

2. Risikoversicherungen

2.1 Risiko-(Umtausch-) Versicherungen mit gleich bleibender Versicherungssumme

2.1.1 Versicherungen nach Tarif 87

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr werden 40 Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Zusätzlich wird für Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, ein Todesfallbonus von 20 Prozent der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird ein Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

2.1.2 Versicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007, Tarif 2008 und Tarif 2012

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr werden für Tarife vor 2012 40 Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Bei Tarif 2012 sind es 42,5 Prozent.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden,

wird für Tarife vor 2012 ein Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme gezahlt. Bei Tarif 2012 sind es 160 Prozent.

2.1.3 Versicherungen nach Tarif 2013

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr werden 30 Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Zusätzlich gibt es einen Todesfallbonus von 50 Prozent der fälligen Versicherungssumme.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird ein Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

Ein gegebenenfalls gewährter Familienbonus ist in den erhöhten Sätzen bereits enthalten.

2.1.4 Versicherungen nach Tarif 2015 und Tarif 2017

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr werden 35 Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird ein Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

2.2 Risikoversicherungen mit linear fallender Versicherungssumme

2.2.1 Versicherungen nach Tarif 87

Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme.

2.2.2 Versicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007, Tarif 2008 und Tarif 2012

Versicherungen für Tarife vor 2012, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme. Bei Tarif 2012 sind dies 160 Prozent.

2.2.3 Versicherungen nach Tarif 2013

Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme. Ein gegebenenfalls gewährter Familienbonus ist in den erhöhten Sätzen bereits enthalten.

2.2.4 Versicherungen nach Tarif 2015 und Tarif 2017

Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 Prozent der fälligen Versicherungssumme.

3. Kreditlebensversicherungen

Versicherungen, die im 2018 beginnenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus in Prozent der fälligen Versicherungssumme

	Todesfallbonus
Tarif 2007	55 (80) %
Tarif 2012	55 (80) %
Tarif 2013	50 (75) %
Tarif 2015	50 (75) %
Tarif 2017	50 (75) %

4. Zusatzversicherungen

4.1 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

4.1.1 Versicherungen nach Altem Tarif

Für das in 2018 endende beitragspflichtige Versicherungsjahr wird eine Dividende aus Direktgutschrift in Höhe von 30 Prozent des gewinnberechtigten Zusatzbeitrages gewährt, die verzinslich angesammelt wird.

Auf die ab Versicherungsjahrestag 2018 fällig werdende Rente wird eine Zusatzrente gewährt, soweit mindestens ein Rentenbezugsjahr vollendet ist.

4.1.2 Versicherungen nach Tarif 87, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 und Tarif 2017

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr wird ein Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Bei Verträgen gegen Einmalbeitrag gibt es stattdessen einen Leistungsbonus. Die Sätze, Sofortgewinn bezogen auf den gewinnberechtigten Jahresbeitrag und Leistungsbonus bezogen auf die Rente, lauten:

	Sofortgewinn	Leistungsbonus
Tarif 87	30,0 %	-
Tarif 94	30,0 %	-
Tarif 2000	32,5 %	70,0 %
Tarif 2004	32,5 %	70,0 %
Tarif 2007	35,0 %	70,0 %
Tarif 2008	35,0 %	70,0 %

Ab Tarif 2012 erfolgt beim Sofortgewinn eine Differenzierung nach Berufsgruppen (BG):

	BG1	BG2	BG3	BG4
Tarif 2012 Sofortgewinn	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2012 Leistungsbonus	110 %	80 %	30 %	20 %
Tarif 2013 Sofortgewinn	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2013 Leistungsbonus	110 %	80 %	30 %	20 %
Tarif 2015 Sofortgewinn	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2015 Leistungsbonus	110 %	80 %	30 %	20 %
Tarif 2017 Sofortgewinn	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2017 Leistungsbonus	110 %	80 %	30 %	20 %

Versicherungen im Leistungsbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr ab dem Versicherungsjahrestag eine Rentenanpassung um

	Anpassung	Rechnungszins
Tarif 87	0,00 (0,00) %	3,50 %
Tarif 94	0,00 (0,00) %	3,50 %
Tarif 2000	0,00 (0,00) %	3,25 %
Tarif 2004	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2007	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2008	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2012	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2013	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,90 %

soweit mindestens ein Rentenbezugsjahr vollendet ist.

4.2 Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

4.2.1 Versicherungen nach Tarif 2013, Tarif 2015 und Tarif 2017

Für das 2018 beginnende Versicherungsjahr wird ein Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Bei Verträgen gegen Einmalbeitrag gibt es stattdessen einen Leistungsbonus. Die Sätze, Sofortgewinn bezogen auf den gewinnberechtigten Jahresbeitrag und Leistungsbonus bezogen auf die Rente, lauten (Differenziert nach Berufsgruppen (BG)):

	BG1	BG2	BG3	BG4
Tarif 2013 Sofortgewinn	55 %	40 %	30 %	10 %
Tarif 2013 Leistungsbonus	110 %	80 %	60 %	20 %
Tarif 2015 Sofortgewinn	55 %	40 %	30 %	10 %
Tarif 2015 Leistungsbonus	110 %	80 %	60 %	20 %
Tarif 2017 Sofortgewinn	55 %	40 %	30 %	10 %
Tarif 2017 Leistungsbonus	110 %	80 %	60 %	20 %

Versicherungen im Leistungsbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr ab dem Versicherungsjahrestag eine Rentenanpassung um

	Anpassung	Rechnungszins
Tarif 2013	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,90 %

5. Rentenversicherungen

5.1 Rentenversicherungen nach Altem Tarif

5.1.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

Am Ende eines Versicherungsjahres, für beitragspflichtige Versicherungen erstmalig am Ende des zweiten Versicherungsjahres bzw. für beitragsfreie Versicherungen erstmalig am Ende des ersten beitragsfreien Versicherungsjahres, wird eine Zinsdividende in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals zugeteilt und verzinslich angesammelt.

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr beträgt diese Dividende 0,00 Prozent. Die angesammelten Dividenden werden bei Rentenbeginn zur Erhöhung der tarifmäßig versicherten Rentenleistung verwendet.

5.1.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Auf die ab Versicherungsjahrestag 2018 fällig werdenden Renten wird eine Zusatzrente von 0,00 Prozent gewährt.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird eine weitere Zusatzrente in Höhe von 0,20 (0,10) Prozent fällig.

5.2 Rentenversicherungen nach Tarif 87

5.2.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.2.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

- Zinsgewinn von 0,00 Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals sowie
- Grundgewinn in Höhe von 0,25 Prozent der versicherten Jahresrente

Der laufende Überschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Versicherungsjahres, zugeteilt und als Einmalbetrag für eine zusätzliche Rente (Bonusrente) verwendet, die wie die vertragliche Rente fällig wird. Die Bonusrente ist, bis auf Schlussüberschussanteile, wie eine beitragsfreie Versicherung gewinnberechtigigt.

5.2.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Tod bzw. Ablauf der Aufschubzeit wird ein Schlussüberschussanteil und Sockelbeteiligung in Höhe von zusammen 0,0 Prozent der Jahresrente für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr gewährt. Die Sockelbeteiligung beträgt 70 Prozent des obengenannten Anteilsatzes. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Rückkauf wird, soweit mehr als 10 Jahre zurückgelegt sind, der jeweilige Barwert fällig.

5.2.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn von 0,00 Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird ein weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,20 (0,10) Prozent fällig.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Rentenbezugsjahres, zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

5.2.3

Für Zusatzversicherungen nach den Tarifen WIZ und WAZ wird mit Ausnahme der Schlussdividende und der Sockelbeteiligung analog zur Hauptversicherung verfahren.

5.3 Rentenversicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 (ohne Tarif AGIR) und Tarif 2017 (ohne Tarif AGIR, Tarif ARG-EB und Tarif ARG-Flex-EB)

5.3.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.3.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zugeteilt:

- Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,00 (0,00) %	3,25 %
Tarif 2004	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2005	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2007	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2008	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2012	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2013	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,90 %

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag gilt der Zinsgewinn vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung.

Innerhalb der Tarife 2012 und 2013 gibt es gesondert abgerechnete Verträge der jeweiligen TopZins-Tranche, die einen eigenen Zinsgewinnsatz haben:

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tranche 2012	0,50 %	1,75 %
Tranche 2013	0,50 %	1,75 %
Tranche 2014	0,50 %	1,75 %

Der Ansammlungszinssatz (siehe auch Punkt 10.) wird bei diesen Tranchen jeweils analog (Gesamtzins abzüglich 0,25 Prozent-Punkte) behandelt.

b) Grundgewinn in Höhe von 0,10 Prozent der versicherten Jahresrente für Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004 und Tarif 2005 bzw. bei Tarif 2007 und Tarif 2008 0,10 Promille der garantierten Kapitalabfindung. Bei Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 und Tarif 2017 ist der Grundgewinn 0,00 Promille.

c) Beitragsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags, und zwar

	Einzel-/ Sammelvers.	Gruppenvers.
Tarif 94	0,00 (3,0) %	0,00 (2,0) %
Tarif 2000	0,00 (3,0) %	0,00 (2,0) %
Tarif 2004	0,00 (3,0) %	0,00 (2,0) %
Tarif 2005	0,00 (3,0) %	0,00 (2,0) %
Tarif 2007	0,00 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2008	0,00 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2012	0,00 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2013	0,00 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2015	0,00 (1,0) %	0,0 %
Tarif 2017	0,0 %	0,0 %

Der Beitragsgewinn wird wie die Gewinnanteile gemäß a) und b), die jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Versicherungsjahres, geteilt werden, als Einmalbetrag für eine zusätzliche Rente (Bonusrente) verwendet, oder verzinslich angesammelt. Die Bonusrente ist, bis auf die Sockelbeteiligung, wie eine beitragsfreie Versicherung gewinnberechtigt.

5.3.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Tod bzw. Ablauf der Aufschubzeit wird für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr, nicht aber in einer möglichen Flex-Phase, ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung in Prozent der genannten Bezugsgröße gezahlt. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Rückkauf wird, soweit mehr als zehn Jahre zurückgelegt sind, der jeweilige Barwert fällig.

Normal-konditionen	Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 94	0,00 %	Gar. Rente
Tarif 2000	0,00 %	Gar. Rente
Tarif 2004	1,62 (1,90) %	Gar. Rente
Tarif 2005	1,62 (1,90) %	Gar. Rente
Tarif 2007	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2008	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2012	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2013	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2015	0,25 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2017	0,25 %	Gar. Kapitalabfindung

Gruppen-konditionen	Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 94	0,00 %	Gar. Rente
Tarif 2000	0,00 %	Gar. Rente
Tarif 2004	1,35 (1,58) %	Gar. Rente
Tarif 2005	1,35 (1,58) %	Gar. Rente
Tarif 2007	0,15 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2008	0,15 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2012	0,15 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2013	0,15 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2015	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2017	0,20 %	Gar. Kapitalabfindung

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

Zusätzlich wird bei Ablauf der Versicherung für jedes vor der Flex-Phase zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, nur bei Tarif 94 maximal für 20 Versicherungsjahre, ein Erlebensfall-Schlussüberschussanteil und eine weitere Sockelbeteiligung gezahlt. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Tod oder Rückkauf werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

Erlebensfall-Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 94	0,00 % Gar. Rente
Tarif 2000	0,00 % Gar. Rente
Tarif 2004	3,24 (3,80) % Gar. Rente
Tarif 2005	4,24 (4,80) % Gar. Rente
Tarif 2007	0,45 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2008	0,45 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2012	0,55 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2013	0,55 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2015	0,60 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2017	0,70 % Gar. Kapitalabfindung

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

Abweichend zu obiger Regelung gilt für die BasisRente folgende Regelung:

Zum Zeitpunkt des Übergangs in die Rentenzahlung wird für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr vor der Flex-Phase ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung gezahlt. Diese ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente.

Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 2005	5,86 (6,70) % Gar. Rente
Tarif 2007	0,65 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2008	0,65 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2012	0,75 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2013	0,75 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2015	0,85 % Gar. Kapitalabfindung
Tarif 2017	0,95 % Gar. Kapitalabfindung

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

Für Tarif 2008, 2012, 2013, 2015 und Tarif 2017 gibt es bei Renten und BasisRenten gegen Einmalbeitrag bei Ablauf bzw. Rentenübergang für jedes abgelaufene Jahr vor der Flex-Phase eine Sockelbeteiligung in Höhe von 1 Promille der garantierten Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

5.3.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn analog 5.3.1.1 a) in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird ein weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,20 (0,10) Prozent fällig.

Für in 2018 endende Versicherungen gegen Einmalbeitrag gilt der Zinsgewinn vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Rentenbezugsjahres, zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

5.3.3

Für Zusatzversicherungen nach den Tarifen WIZ und WAZ wird mit Ausnahme der Schlussdividende und der Sockelbeteiligung analog zur Hauptversicherung verfahren.

5.3.4 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

5.4 Rentenversicherungen nach Tarif 2015 und Tarif 2017 (nur Tarif AGIR)

5.4.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.4.1.1 Laufender Überschussanteil

Jeweils am Ende eines Versicherungsmonats wird ein Zinsgewinn auf das gewinnberechtigte Deckungskapital zugeteilt, der sich aus dem jährlichen nachschüssigen Überschusszins errechnet. Der Überschusszins für Monate in 2018 ergibt sich aus dem Gesamtzins von aktuell 2,40 (2,50) Prozent abzüglich des laufzeitabhängigen Rechnungszinses.

5.4.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Ablauf der Aufschubzeit wird für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr ein Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven in Höhe von 7,5 Promille der garantierten Kapitalabfindung gezahlt. Bei Tod oder Rückkauf werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven fällig.

Die Sockelbeteiligung beträgt 70 Prozent des vorher genannten Anteilsatzes. Verträge gegen Einmalbeitrag erhalten für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr eine Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven in Höhe von 1,0 Promille der garantierten Kapitalabfindung.

5.4.2 Verrentung der Leistungen aus der Überschussbeteiligung

Bei Beginn der Rentenzahlung werden alle Überschussguthaben aus der Hauptversicherung gemeinsam mit der vereinbarten Kapitalabfindung mit dem dann gültigen Höchstrechnungszins, zur Zeit 0,90 Prozent, und einer aus der Sterbetafel DAV 2004 R abgeleiteten geschlechtsunabhängigen Mischtafel verrentet.

5.4.3 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn von 2,40 (2,50) Prozent, abzüglich des in 5.4.2 genannten Höchstrechnungszinses, von dem gewinnberechtigten Deckungskapital.

5.5 Rentenversicherungen nach Tarif 2017 (nur Tarif ARG-EB und ARG-Flex-EB)

5.5.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.5.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zugeteilt:

Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 2017	1,50 (1,60) %	0,50 %

Dieser wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und als Einmalbetrag für eine zusätzliche Rente (Bonusrente) verwendet. Die Bonusrente ist, bis auf den Schlussüberschussanteil und die Sockelbeteiligung, wie eine beitragsfreie Versicherung gewinnberechtigigt.

5.5.1.2 Schlussüberschussanteil inkl.

Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Ablauf der Aufschubzeit wird für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr vor der Flex-Phase ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung in Promille der genannten Bezugsgröße gezahlt. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente.

Dabei ist die Höhe des jeweiligen Anteilsatzes in Abhängigkeit von den zurückgelegten Versicherungsjahren in Form einer Staffel festgelegt:

	1.-5.	6.-8.	9.-10.	ab 11.
Tarif 2017	0,00 %	0,50 %	0,75 %	1,00 %

Bei Tod oder Rückkauf werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

5.5.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 2017	1,90 (2,00) %	0,50 %

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird ein weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,20 (0,10) Prozent fällig.

Für in 2018 endende Versicherungen gegen Einmalbeitrag gilt der Zinsgewinn vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Rentenbezugsjahres, zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

5.5.3 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

6. Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen nach Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 und nach Tarif 2017

6.1 Laufender Überschussanteil

Für das 2018 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats ausgeschüttet:

- Risikogewinn in Höhe von 40 Prozent des monatlichen Risikobeitrags für das gegebenenfalls eingeschlossene Todesfallrisiko.

Bei einem gegebenenfalls eingeschlossenen Berufsunfähigkeitsrisiko gibt es einen Risikogewinn von 30 Prozent für Tarife vor 2012. Ab Tarif 2012 erfolgt beim Risikogewinn eine Differenzierung nach Berufsgruppen (BG):

	BG1	BG2	BG3	BG4
Tarif 2012	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2013	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2015	55 %	40 %	15 %	10 %
Tarif 2017	55 %	40 %	15 %	10 %

- b) Kostengewinn in Höhe von 0,00 (1,00) Prozent auf ein Zwölftel des jährlichen Beitragsaufkommens. Beim TW2017 ist dieser Satz 0,00 Prozent.

Die laufenden Überschussanteile werden monatlich dem Fondsguthaben zugeführt.

6.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Ab dem Rentenbeginn wird der Vertrag analog einer klassischen Rentenversicherung geführt. Es gelten daher auch die Ausführungen unter 5.3.2.

6.3 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

7. PrämienRente und PrämienRente Invest nach Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2006, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012 und nach Tarif 2015

7.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

7.1.1 Laufender Überschussanteil

Zum Ende des Kalenderjahres 2018 wird ein Zinsüberschuss von

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 2000	0,00 (0,00) %	3,25 %
Tarif 2004	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2005	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2006	0,00 (0,00) %	2,75 %
Tarif 2007	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2008	0,15 (0,25) %	2,25 %
Tarif 2012	0,65 (0,75) %	1,75 %
Tarif 2015	1,15 (1,25) %	1,25 %

des gewinnberechtigten Kapitals aus der Beitragszahlung zugeteilt. Weiterhin wird ein Kostenüberschuss von 0,00 (0,18) Prozent bzw. bei den Tarifen 2007, 2008, 2012 und 2015 0,000 (0,012) Prozent der gewinnberechtigten Beitragssumme, jedoch erst ab dem 4. Jahr, zugeteilt und verzinslich angesammelt bzw. dem Fondsguthaben zugeführt.

7.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei der PrämienRente besteht in der Abrufphase ein Anspruch auf Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung in Prozent der verzinslichen Ansammlung; bei der PrämienRente Invest in Prozent des Fondsguthabens.

	PrämienRente	PrämienRente Invest
Tarif 2000	8,60 (9,00) %	2,90 (3,00) %
Tarif 2004	10,60 (11,00) %	3,50 (3,70) %
Tarif 2005	10,60 (11,00) %	3,50 (3,70) %
Tarif 2006	10,60 (11,00) %	3,50 (3,70) %
Tarif 2007	12,00 %	4,00 %
Tarif 2008	12,00 %	4,00 %
Tarif 2012	12,00 %	4,00 %
Tarif 2015	12,00 %	4,00 %

Der Schlussüberschussanteil ergibt bei Rentenbeginn eine zusätzliche Rente.

Die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven beträgt jeweils 70 Prozent der obengenannten Sätze.

7.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2018 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn analog 7.1.1 in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird ein weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,20 (0,10) Prozent fällig.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Anfang eines Versicherungsjahres zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

8. BerufsunfähigkeitsRente

8.1 Tarif 2007 und Tarif 2008

Für das in 2018 beginnende Versicherungsjahr erhalten die Verträge einen Sofortgewinn von 37,5 Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrages aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird.

8.2 Tarif 2012, Tarif 2013, Tarif 2015 und Tarif 2017

Ab Tarif 2012 erfolgt beim Sofortgewinn für das Berufsunfähigkeitsrisiko eine Differenzierung nach Berufsgruppen (BG) bzw. auf das Todesfallrisiko:

	BG1	BG2	BG3	BG4	Tod
Tarif 2012	60 %	45 %	20 %	15 %	42,5 %
Tarif 2013	60 %	45 %	20 %	15 %	30,0 %
Tarif 2015	60 %	45 %	20 %	15 %	30,0 %
Tarif 2017	60 %	45 %	20 %	15 %	30,0 %

9. Erwerbsunfähigkeitsrente

Für das in 2018 beginnende Versicherungsjahr erhalten die Verträge einen Sofortgewinn für das Berufsunfähigkeitsrisiko (differenziert nach Berufsgruppen) bzw. auf das Todesfallrisiko:

	BG1	BG2	BG3	BG4	Tod
Tarif 2013	60 %	45 %	35 %	15 %	30,0 %
Tarif 2015	60 %	45 %	35 %	15 %	30,0 %
Tarif 2017	60 %	45 %	35 %	15 %	30,0 %

10. Ansammlungszinssatz

Bei Versicherungen mit verzinslicher Ansammlung der Dividenden wird das Ansammlungsguthaben für das in 2018 endende Versicherungsjahr mit insgesamt 2,15 (2,25) Prozent - geschäftsplanmäßiger Rechnungszins und Ansammlungsüberschuss -, mindestens jedoch mit dem Rechnungszins, verzinst.

11. Bewertungsreserven

Gemäß des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) müssen ab dem 01. Januar 2008 alle anspruchsberechtigten Verträge an den Bewertungsreserven (BWR) des Unternehmens beteiligt werden.

Die Bewertungsreserven, die nach aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Beteiligung der Verträge zu berücksichtigen sind, werden per jedem Monatsletzten ermittelt und zu 50 Prozent auf alle anspruchsberechtigten Verträge rechnerisch verteilt. Um die Abwicklung zu gewährleisten, gelten diese BWR immer für die Vertragsbeendigungen bzw. Rentenübergänge zum 01. des übernächsten Monats, sprich einen Monat und einen Tag später.

Die Verteilung der BWR auf die Verträge erfolgt nach dem vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. vorgeschlagenen Verfahren.

Um eine gleichmäßigere Beteiligung zu gewährleisten wird bei kapitalbildenden Verträgen eine Sockelbeteiligung gezahlt. Diese ist jeweils beim entsprechenden Tarif deklariert und wird auch ausgeschüttet, wenn sonst zu diesem Termin keine BWR vorhanden wäre. Sollte ein möglicher Anteil der BWR zu diesem Termin höher als die Sockelbeteiligung sein, wird der übersteigende Teil ebenfalls ausgezahlt.

Braunschweig, 02. März 2018

**Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig**

Der Vorstand

Maywald

Dr. Hanekopf

Gronert

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig,
Braunschweig

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und

des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir mit der Bewertung der Deckungsrückstellung den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Jahresabschluss)
- b) Prüferisches Vorgehen
- c) Wichtige Erkenntnisse

Bewertung der Deckungsrückstellung

- a) Es wurde eine Deckungsrückstellung in Höhe von Mio. EUR 1.728,7 für die zukünftigen Verpflichtungen der Versicherung gegenüber ihren Versicherungsnehmern gebildet. Dies entspricht einem Anteil an der Bilanzsumme in Höhe von 88,6 %.

Der Bewertung der Deckungsrückstellung liegen ermessenbehaftete Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter zu den Annahmen über künftige Entwicklungen (z.B. Sterblichkeit, Invalidität, Lebenserwartung) zugrunde, die u.a. in den Geschäftsplänen abgebildet sind. Diese beinhalten insbesondere eine Schätzung der mit den Versicherungsverträgen verbundenen zukünftigen Leistungen und Regulierungsaufwendungen.

Für die Bewertung der Deckungsrückstellung sind Annahmen über den Rechnungszins, die Sterblichkeit sowie die Kostensätze besonders relevant. Die Annahmen basieren auf Schätzungen unter Berücksichtigung interner und externer Faktoren.

Die Festlegung der Bewertungsannahmen ist von hoher Bedeutung, da bereits geringe Abweichungen einen signifikanten Einfluss auf die Höhe der zukünftigen Verpflichtungen haben können. Aus diesem Grund haben wir die Bewertung der Deckungsrückstellung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt angesehen.

Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zur Bewertung der Deckungsrückstellung sind in dem Abschnitt „Angaben zur Bilanzierung und Bewertung“ des Anhangs enthalten.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir aktuarielle Spezialisten in das Prüfungsteam eingebunden. Wir haben uns zuerst ein Verständnis von den eingerichteten internen Prozessen verschafft und die Wirksamkeit der prüfungsrelevanten Kontrollen insbesondere hinsichtlich der Vollständigkeit und Genauigkeit der bei den versicherungsmathematischen Berechnungen verwendeten Daten geprüft. Für ausgewählte Tarife der Kapitallebens- und Rentenversicherung haben wir uns von der korrekten Anwendung des Rechnungszinses, der Sterbetafeln, der Kostensätze sowie der Berechnungsformeln zur Berechnung der Deckungsrückstellung anhand einer Stichprobe überzeugt und die Deckungsrückstellung einzelvertraglich nachgerechnet und mit den Bestandsdaten verglichen. Dabei haben wir außerdem die Angemessenheit der verwendeten Annahmen wie zum Beispiel Rechnungszins, Sterblichkeit sowie Kostensätze mithilfe des Erläuterungsberichts des Verantwortlichen Aktuars der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig nachvollzogen.
- c) Die bei der Deckungsrückstellung verwendeten Bewertungsannahmen sind branchenüblich und unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen zur Bewertung der Deckungsrückstellung der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig geeignet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen alle übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Infor-

mationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Abschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet

haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Un-

richtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 18. Mai 2017 als Abschlussprüfer bestimmt. Wir wurden am 18. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2012 als Abschlussprüfer der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Voß.

Hannover, 15. März 2018

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Schenke
Wirtschaftsprüfer

Voß
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

In kontinuierlicher Arbeit hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben aufgrund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich dabei sowohl mit der Geschäftslage im Berichtsjahr als auch mit der Planung für das Jahr 2018 und der Mehrjahresplanung für die Jahre 2019 bis 2022. Dabei wurde über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet. Gegenstand der Berichterstattung und Überwachung durch den Aufsichtsrat war insbesondere die Entwicklung der Risikobedeckung speziell vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Niedrigzinsphase. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Umsetzung der Unternehmensstrategie „Offensive 2030“, regulatorischen Themen wie dem Abschlussprüfungsreformgesetz, dem Investmentsteuerreformgesetz, den Anforderungen gemäß Solvency II zu Fit and Proper und der Richtlinie Corporate Social Responsibility. Aufgrund des Ausscheidens des Vorstandsvorsitzenden, Herrn Michael Doering, zum Jahresende befasste sich der Aufsichtsrat außerdem mit der Nachbesetzung im Vorstand.

Der Arbeitsausschuss des Aufsichtsrates hat sich neben Personalfragen mit grundsätzlichen strategischen Themen, der Risikostrategie und Revisionsthemen befasst.

Der verantwortliche Aktuar berichtete nach § 141 Abs. 4 Versicherungsaufsichtsgesetz im Rahmen der Bilanzsitzung über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat er

eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die versicherungsmathematische Bestätigung, den Erläuterungsbericht und den Angemessenheitsbericht des Verantwortlichen Aktuars (AktuarV) abgegeben. Der Erläuterungsbericht und die Ausführungen des Verantwortlichen Aktuars in der Bilanzsitzung sind durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen worden.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, hat den Prüfungsauftrag in analoger Anwendung von § 111 Abs. 2 Aktiengesetz an die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, erteilt. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Die Abschlussprüfer nahmen an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, stellte ihn in der vorgelegten Form fest und legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Vorschlag des Vorstandes zur Gewinnverwendung und legt ihn der Trägerversammlung zur Entscheidung vor. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Trägerversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 2. Mai 2018

Der Aufsichtsrat

Schulz
Vorsitzender

Bericht des Trägerversammlung

Die Trägerversammlung ist vom Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Sie hat den vom Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschluss 2017 daraufhin bestätigt und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Gewinnverwendung wurde gemäß dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wie folgt beschlossen:

Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.000.000,00 Euro wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Die Trägerversammlung dankt dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 7. Mai 2018

Die Trägerversammlung

Böckmann
Vorsitzender

Weitere Teile des Lageberichts

Versicherungsbranche und -arten

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig betrieb im Berichtsjahr folgende Versicherungsarten:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Lebensversicherung

- Einzelkapitalversicherung (einschließlich Gruppenkapitalversicherung nach Einzeltarifen)
- Vermögensbildungsversicherung
- Einzelrenten- und Pensionsversicherung (einschließlich Gruppenversicherung nach Einzeltarifen)
- Gruppenlebensversicherung (nach Sondertarifen)
- Zusatzversicherung
- Lebensversicherung, bei der das Anlagerisiko vom Versicherungsnehmer getragen wird

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

- Lebensversicherung

Zugehörigkeit zu Verbänden und ähnlichen Einrichtungen

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf
- Wiesbadener Vereinigung, Köln

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

94. Geschäftsjahr

Lagebericht Öffentliche Sachversicherung

Wirtschaftliches Umfeld

Gesamtkonjunktur

Der globale Aufschwung des Vorjahres setzte sich im gesamten Jahr 2017 fort. Unter den Industrieländern entwickelte sich die Konjunktur in den USA und im Euroraum schwungvoll. Insgesamt hat die globale Konjunktur im Vergleich zum Vorjahr an Breite gewonnen.

Für das Jahr 2017 wurde für die EU-28 (+2,3 Prozent) sowie die Eurozone (+2,2 Prozent) ein Wirtschaftswachstum erwartet, das auf dem Niveau der USA (+2,2 Prozent) liegt. Das wirtschaftliche Wachstum der EU-28 sowie der Eurozone liegt im Jahr 2017 über dem Vorjahr.

Die konjunkturelle Lage Deutschlands war im Jahr 2017 durch einen äußerst stabilen Aufschwung ohne große Schwankungen geprägt. Das deutsche Wirtschaftswachstum wird mit 2,2 Prozent und somit stärker als im Vorjahr prognostiziert. Damit liegt das deutsche Wirtschaftswachstum auf dem Niveau der USA sowie der Eurozone.

Aufgrund der im Allgemeinen ausgezeichneten Stimmungslage der Wirtschaft bleiben die Wachstumserwartungen auch für das Jahr 2018 optimistisch. Vor dem Hintergrund der bereits hohen Erwerbstätigkeit könnte sich zunehmend ein Fachkräftemangel als Wachstumsbremse erweisen. Dennoch wird für das Jahr 2018 erneut ein Wirtschaftswachstum oberhalb von 2 Prozent erwartet.

Entwicklungen der Kapitalmärkte

Anfang 2017 bewegte der Amtsantritt des neuen US-Präsidenten kurzzeitig die Märkte, über das Jahr gesehen war der Einfluss Trumps auf die Kapitalmärkte jedoch eher gering. Diverse Wahlergebnisse in Europa (u. a. Italien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien), sehr gute Konjunkturdaten, gute Unternehmensergebnisse sowie die anhaltende Niedrigzinsperiode beflügelten das weltweite Wirtschaftswachstum im Jahr 2017. So erhöhte die US-Notenbank (FED) den Leitzins im Jahresverlauf in drei Schritten von 0,5 Prozent bis 0,75 Prozent auf nun 1,25 Prozent bis 1,50 Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ dagegen ihren Leitzins unverändert, kündigte aber im Oktober den vorsichtigen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik an und wird diesen zunächst über eine Reduktion der monatlichen Anleihekäufe ab 2018 umsetzen.

In diesem Umfeld stiegen die Renditen der Euro-Swap-Kurve in nahezu allen Laufzeitenbereichen bis zu 26 Basispunkte (30 Jahre). Die US-Staatsanleihen-Kurve verflachte dagegen im Jahresverlauf erheblich. Während es in den kurzen Laufzeiten infolge der Leitzinsanhebungen zu Anstiegen zwischen 71 Basispunkten (2 Jahre) und 24 Basispunkten (5 Jahre) kam, sanken die Zinsen in den langen Laufzeiten bis zu 26 Basispunkte (20 Jahre). In Verbindung mit rückläufigen Kreditrisikoaufschlägen, ins-

besondere in den schwächeren Bonitäten, entwickelten sich die weltweiten Rentenmärkte positiv (+1,3 Prozent in lokaler Währung). Die europäischen und nordamerikanischen Renten konnten auf Jahressicht um 0,4 Prozent bzw. 2,5 Prozent (in lokaler Währung) zulegen.

Im Kontext guter Konjunkturdaten und des anhaltenden Niedrigzinsniveaus vollzogen die globalen Aktienmärkte eine sehr positive Entwicklung. Der währungsungesicherte Euro-Investor musste allerdings durch den deutlich gestärkten Euro größere Performanceeinbußen hinnehmen. Die weltweiten Aktienmärkte verzeichneten Anstiege von 7,5 Prozent (in Euro). Die Emerging Markets konnten mit 20,6 Prozent (in Euro) am stärksten zulegen, gefolgt von Europa mit 13,4 Prozent, den Aktien der Pazifischen Region mit 9,5 Prozent (in Euro) und den nordamerikanischen Aktien mit 6,2 Prozent (in Euro). Auch der DAX steigerte mit 12,5 Prozent seinen Wert und erreichte in 2017 einen neuen Höchststand von 13.479 Punkten. Der Ölpreis stieg auf Jahressicht um 12,5 Prozent auf 60,42 US-Dollar/Barrel.

Angaben zur Branchenstruktur und -konjunktur

Für das Geschäftsjahr 2017 stellt der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) um 1,7 Prozent gestiegene Beitragseinnahmen von 197,7 Milliarden Euro und damit eine über der ursprünglichen Prognose liegende Entwicklung fest.

Die Beitragseinnahme in der Schaden- und Unfallversicherung stieg um 2,9 Prozent auf 68,2 Milliarden Euro an. In allen Sparten der Schaden- und Unfallversicherung, insbesondere in den beiden größten Bereichen Kraftfahrt- und Sachversicherung, wurden Beitragszuwächse verbucht. Die Kraftfahrtversicherung erlangte ein Beitragswachstum in Höhe von 4,1 Prozent auf 27,0 Milliarden Euro. In der Sachversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 3,0 Prozent auf 19,3 Milliarden Euro. Die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherung stiegen insgesamt um 3,2 Prozent auf 50,8 Milliarden Euro an und wuchsen somit stärker als die Beiträge. Die Combined Ratio der Schaden- und Unfallversicherung liegt mit 95 Prozent leicht über dem Vorjahr.

Für das Jahr 2018 prognostiziert der GDV in der Schaden- und Unfallversicherung die Fortführung des Beitragswachstums in Höhe von etwa 3,0 Prozent.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig im Verband der öffentlichen Versicherer

Die Öffentliche Versicherung ist seit Jahrzehnten im Verband der öffentlichen Versicherer (VöV) integriert und organisiert. Hier werden mit großem Erfolg die Aktivitäten der öffentlichen Versicherer gebündelt, für die sich ein gemeinschaftliches Vorgehen anbietet. Neben den etablierten Gemeinschaftsunternehmen für die Rück-, Kranken-, Rechtsschutz- und Reiseversicherung gibt es weitere gemeinsa-

me Aktivitäten wie beispielsweise für die Schadenverhütung und -forschung, das baV-Geschäft oder aber auch die Internetgestaltung. In dieser Form der Zusammenarbeit werden kontinuierlich erhebliche Synergieeffekte realisiert.

Die Entwicklungen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig im Geschäftsjahr 2017 werden im Folgenden ausführlich dargestellt.

Das Geschäftsjahr bei der Öffentlichen Sachversicherung

Geschäftsentwicklung

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Überschuss vor Steuern in Höhe von 8,2 Millionen Euro. Das versicherungstechnische Ergebnis fiel mit rund 17.000 Euro auch in 2017 positiv aus.

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft erhöhten sich um 1,2 Prozent.

Die Combined Ratio brutto erhöhte sich von 95,5 Prozent im Vorjahr auf 99,9 Prozent. Hierbei wirken bei leicht angestiegenem Aufwand für den Versicherungsbetrieb vor allem die durch die vier Kumulschadeneignisse Paul, Alfred, Xavier und Herwart gestiegenen Aufwendungen für Versicherungsfälle. Nach Beteiligung der Rückversicherer ergab sich sogar eine verbesserte Combined Ratio netto von 94,6 Prozent (Vorjahr 96,1 Prozent). Der Rückversicherungssaldo betrug entsprechend nach -2,9 Millionen Euro im Vorjahr in 2017 10,8 Millionen Euro.

Nach einer Zuführung von 5,0 Millionen Euro im vergangenen Geschäftsjahr wurden in 2017 im selbst abgeschlossenen Geschäft erneut 7,7 Millionen Euro der Schwankungsrückstellung zugeführt.

Aus dem Kapitalanlageergebnis in Höhe von 25,6 Millionen Euro der Öffentlichen Sachversicherung ergab sich eine Nettorendite in Höhe von 3,6 Prozent.

Unsere Kunden

Am 31. Dezember 2017 umfasste der Gesamtkundenbestand der Öffentlichen Versicherung (Lebens- und Sachversicherung) 353.670 Kunden, davon 323.610 Privatkunden.

Personal

Der Personalbestand verringerte sich im Innendienst der Öffentlichen Sachversicherung auf 484 (Vorjahr 491) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch im angestellten Außendienst war der Personalbestand mit 41 Personen (Vorjahr 53) rückläufig.

In 2017 wurde gemäß den Vorgaben nach Solvency II die aktuell angewendete Vergütungssystematik erneut geprüft und bestätigt.

Die Fluktuationsquote für das Jahr 2017 ist so gut wie nicht existent. So ist nur eine Kündigung durch einen Arbeitnehmer festzuhalten.

Im Jahr 2017 wurde die Öffentliche Versicherung erfolgreich mit der dauerhaften Zertifizierung der berufundfamilie gGmbH ausgezeichnet. Besonders hervorzuheben sind die weiterhin positive Entwicklung der Telearbeitsplätze, das Angebot der Krippenplätze sowie die Kinderferienbetreuung. Unter dem Schlagwort „mobiles Arbeiten“ wurden in 2017 erste Prüfungen zum Einsatz weiterer, flexibler Arbeitsmöglichkeiten vorgenommen. Diese werden im kommenden Jahr weiter verfolgt.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement setzte in 2017 die ersten Grundsteine für eine bedarfsgerechtere Ausrichtung der Angebote. Die Befragung zur psychischen Belastungsanalyse wurde in elf Abteilungen des Hauses durchgeführt.

Weitere Daten zum Personalbestand sind auf Seite 79 im Anhang aufgeführt.

IT-Entwicklung

In der Öffentlichen Sachversicherung werden auf Basis der weitgehenden Bebauung mit SAP-Anwendungssoftware Bearbeitungsprozesse immer effizienter gestaltet. Alle Antragsprozesse erfolgen inzwischen mit hohen Quoten vollständig automatisiert. In der gewerblichen Sachversicherung hat sich das voll integrierte Verkaufsfrontend in fünf Versicherungssparten bewährt. Die Funktionalitäten unseres Kundenportals wurden erheblich erweitert. Neben dem Versand von Versicherungsdokumenten per Post bietet die Öffentliche nun auf Wunsch der Kunden auch den Versand per E-Mail an. Die Zusammenarbeit mit den Werkstätten der Region über eine automatische, medienbruchfreie Kommunikation wurde ausgebaut und ein entsprechendes Verfahren für die Kommunikation mit Handwerksbetrieben der Region entwickelt. Zur Betrugsabwehr in der KFZ-Versicherung wurde ein neues SAP-System in unser Claims-System integriert.

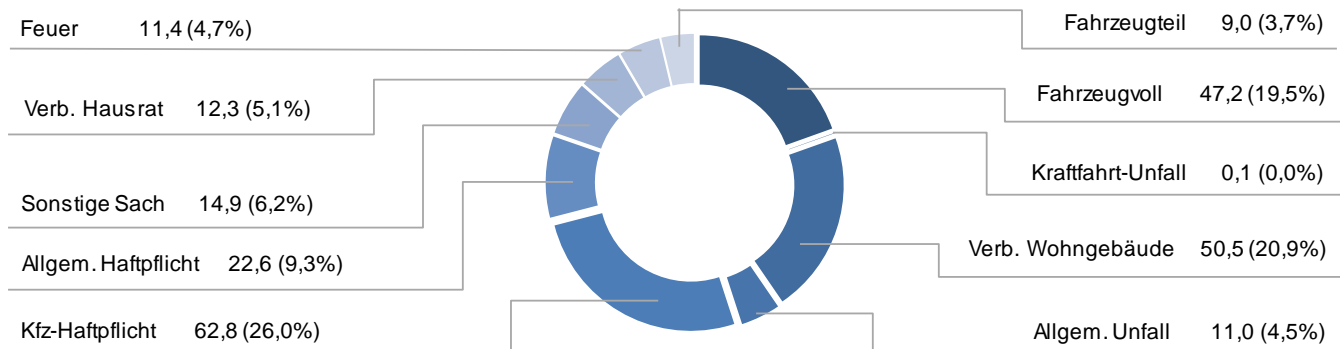
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Versicherungsbestand

Die Vertragsanzahl des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes sank im Geschäftsjahr leicht um 0,9 Prozent auf insgesamt 1.136.410 Stück.

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes nach Versicherungszweigen ist auf Seite 79 dargestellt.

Zusammensetzung der Beitragseinnahmen selbst abgeschlossen in Millionen Euro (Prozentanteil)



Beiträge

Beitragseinnahme Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	2017 TEUR	Anteil %	2016 TEUR	Anteil %	± %
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	62.809	26,0	60.978	25,5	3,0
Fahrzeugvollversicherung	47.210	19,5	46.906	19,6	0,6
Fahrzeugteilversicherung	8.974	3,7	9.262	3,9	-3,1
Kraftfahrt gesamt	118.994	49,2	117.146	49,0	1,6
Allgemeine Unfall	10.951	4,5	10.781	4,5	1,6
Kraftfahrt-Unfall	78	0,0	73	0,0	6,7
Unfall gesamt	11.030	4,5	10.854	4,5	1,6
Allgemeine Haftpflicht	22.588	9,3	22.767	9,5	-0,8
Feuerversicherung	11.402	4,7	11.444	4,8	-0,4
Verbundene Hausrat	12.348	5,1	12.119	5,1	1,9
Verbundene Wohngebäude	50.451	20,9	49.548	20,8	1,8
Sonstige Sachversicherungszweige	14.931	6,3	14.942	6,3	-0,1
Gesamt	241.743	100,0	238.820	100,0	1,2

Die gesamte Brutto-Beitragseinnahme erhöhte sich um 5,1 Millionen Euro auf 258,5 Millionen Euro (+2,0 Prozent). Hiervon stammen 241,7 Millionen Euro (+1,2 Prozent) aus dem selbst abgeschlossenen und 16,8 Millionen Euro (+15,2 Prozent) aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Für eigene Rechnung verblieben 219,6 Millionen Euro. Der Selbstbehalt beträgt 84,9 Prozent.

Schadenverlauf

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresversicherungsfälle insgesamt erhöhten sich auf brutto 205,9 Millionen Euro (+7,1 Prozent), wovon 9,4 Millionen Euro aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft stammen. Die Bruttoschadenquote für Geschäftsjahreschäden des gesamten Geschäftes stieg auf 79,9 Prozent (Vorjahr 76,1 Prozent) und folgte damit dem Schadenaufwand.

Entwicklung der Geschäftsjahresschäden selbst abgeschlossenes Geschäft in Millionen Euro



Die Anzahl der gemeldeten Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes stieg gegenüber dem Vorjahr um 3.143 Stück bzw. 3,5 Prozent. Während die Anzahl der Geschäftsjahresschäden um 9,0 Prozent stieg, sank die Zahl der Vorjahresschäden (-16,3 Prozent). Von dem gesamten Anstieg an Geschäftsjahresschäden entfielen auch infolge der Kumulereignisse allein 7.272 Stück auf die Verbundene Wohngebäudeversicherung sowie 980 Stück auf die Sturmversicherung. Von 93.626 gemeldeten Schäden waren 77.162 Geschäftsjahresschäden.

Entwicklung der Geschäftsjahresschäden selbst abgeschlossenem Geschäft (Stückzahl)

2013	90.314
2014	77.591
2015	90.102
2016	70.822
2017	77.162

Der bilanzielle Aufwand für Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Geschäfts von 171,9 Millionen Euro (+13,2 Millionen Euro) folgt bei leicht angestiegenem Abwicklungsergebnis weitgehend dem Anstieg des Aufwands für Geschäftsjahresschäden.

Kosten

Die Bruttokostenquote des selbst abgeschlossenen Geschäfts ist bei nahezu konstantem Aufwand für Versicherungsbetrieb in 2017 mit 28,6 Prozent (Vorjahr 28,8 Prozent) im vierten Jahr in Folge rückläufig.

Schwankungsrückstellung

Die Schwankungsrückstellung einschließlich Großrisikorangestellungen beträgt nach den erforderlichen Zuführungen und Auflösungen 60,6 Millionen Euro. Das bedeutet eine Erhöhung um 10,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Hervorzuheben sind hierbei die Zuführungen innerhalb der Verbundenen Wohngebäudeversicherung in Höhe von 4,8 Millionen Euro.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft ergibt sich ein Verlust in Höhe von 0,7 Millionen Euro (Vorjahr +4,0 Millionen Euro). Das übernommene Geschäft weist einen Gewinn in Höhe von 0,8 Millionen Euro aus.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind durch zur Bedeckung geeignete Vermögenswerte zu 251 Prozent bedeckt.

Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungsarten

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Allgemeine Unfallversicherung Mit 43.470 Verträgen liegt der Vertragsbestand in der Unfallversicherung um 2,2 Prozent unterhalb des Vorjahreswertes. Die gebuchte Beitragseinnahme ist dagegen um 1,6 Prozent auf 11,0 Millionen Euro angestiegen. Der Brutto-Schadenaufwand für Versicherungsfälle ist in 2017 um 2,9 Prozent auf 8,1 Millionen Euro gesunken.

Kraftfahrtunfallversicherung Obwohl der Bestand nach wie vor rückläufig ist (-5,4 Prozent), konnte die Beitragseinnahme gesteigert werden. Bei weiterhin geringen Schadenaufwendungen wurde ein technischer Überschuss erzielt, der allerdings deutlich geringer als im Vorjahr ausfiel.

Allgemeine Haftpflichtversicherung Der Vertragsstückzahl ist um 0,5 Prozent auf 162.904 Verträge gesunken. Die Beitragseinnahme beträgt 22,6 Millionen Euro (-0,8 Prozent zum Vorjahr). Der Brutto-Schadenaufwand ist um 12,9 Prozent auf 7,5 Millionen Euro gesunken.

Kraftfahrt gesamt Trotz leichter Bestandsverluste, die im Wesentlichen aus dem Jahreswechselgeschäft herrühren, konnte die Beitragseinnahme im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent gesteigert werden. Nach dem im letzten Jahr ein Kraftfahrt-Haftpflichtschaden mit rund 8 Millionen Euro die Schadenzahlen erheblich beeinflusst hatte, war das Jahr 2017 stärker durch die Kumulereignisse geprägt, die die Netto-Schadenaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhten.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Dem Bestandsrückgang von rd. 1,3 Prozent steht ein Wachstum bei der Beitragseinnahme von rd. 3,0 Prozent gegenüber. Deutlich geringere Schadenaufwendungen führen - trotz einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung - zu einem um mehr als 30 Prozent besseren Ergebnis als im Vorjahr.

Fahrzeuqvollversicherung Analog der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sind auch hier Bestandsrückgang (-0,8 Prozent) und Beitragszuwachs (+0,7 Prozent) zu verzeichnen. Durch die erhöhten Brutto-Schadenaufwendungen, insbesondere aber durch die erneute Zuführung zur Schwankungsrückstellung, wird ein technischer Verlust ausgewiesen.

Fahrzeuteilversicherung Wie in der Vollkasko ist auch hier ein Bestandsabrieb (-1,8 Prozent) zu verzeichnen. Entgegen den anderen K-Sparten ist allerdings auch die Beitragseinnahme mit 3,1 Prozent rückläufig. Trotz höherem Schadenaufwand und erneuter Zuführung zur Schwankungsrückstellung konnte ein positives Ergebnis erreicht werden, das deutlich über dem des Vorjahres liegt.

Industrie-Feuerversicherung Trotz eines rückläufigen Vertragsbestandes um 11,4 Prozent auf 163 Verträge ist die Beitragseinnahme um 4,4 Prozent auf 1,4 Millionen Euro gestiegen. Bedingt durch das Ausbleiben von Großschäden ist der Brutto-Schadenaufwand auf rund 332.000 Euro gesunken (-57,0 Prozent zum Vorjahr).

Landwirtschaftliche Feuerversicherung Bei einem Vertragsrückgang von 2,5 Prozent beträgt die Beitragseinnahme nahezu unverändert 2,8 Millionen Euro. Der Brutto-

Schadenaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert und beläuft sich auf rund 541.000 Euro.

Sonstige Feuerversicherung Bei leicht rückläufigem Vertragsbestand von 15.806 Verträgen (-0,5 Prozent) und Beitragseinnahmen von 7,2 Millionen Euro (-1,4 Prozent) in der sonstigen Feuerversicherung steigt der Brutto-Aufwand für Versicherungsfälle um 18,6 Prozent auf 5,0 Millionen Euro.

Verbundene Hausratversicherung In der Hausratversicherung konnte die Beitragseinnahme bei leicht rückläufiger Vertragsanzahl um 1,9 Prozent gesteigert werden. Bei 101.044 Verträgen beläuft sich die gebuchte Beitragseinnahme auf 12,3 Millionen Euro. Der Brutto-Schadenaufwand hat sich ebenfalls leicht um 4,0 Prozent auf 6,1 Millionen Euro erhöht.

Verbundene Wohngebäudeversicherung Bei ebenfalls leicht rückläufiger Vertragsstückzahl ist die gebuchte Beitragseinnahme um 1,8 Prozent auf 50,5 Millionen Euro gestiegen. Bedingt durch die Kumulereignisse ist der Brutto-Schadenaufwand im Vorjahresvergleich um 40,8 Prozent auf 46,7 Millionen Euro deutlich angestiegen.

Aufgrund der großen Bedeutung der Verbundenen Wohngebäudeversicherung für die Sachversicherungszweige - mehr als 50 Prozent der Beitragseinnahmen in den Zweigen der Sachversicherung entfallen auf die Wohngebäudeversicherung - ist es unmittelbar evident ein positives versicherungstechnisches Ergebnis in der Sparte zu erreichen. Daher wird im Hinblick auf die seit Jahren zunehmende Belastung der Ergebnisse in der Wohngebäudeversicherung - speziell hervorgerufen durch Leitungswasserschäden - der Bestand im Rahmen eines umfassenden Profitabilitätsprogramms systematisch saniert. Neben der ständigen Optimierung dieser Maßnahmen liegt der Fokus ab dem Geschäftsjahr 2016 ferner auf einer systematischen Sanierung von Teilbeständen, mit dem Ziel ganze Geschäftsbeziehungen unter Ertrags Gesichtspunkten positiv zu gestalten.

Aufgrund des in 2017 deutlich negativen Spartenergebnisses ist zur Absicherung der zukünftigen Entwicklungen nach der Auflösung in 2016 wieder eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 0,7 Millionen Euro gestellt worden.

Sonstige Sachversicherungszweige

Einbruchdiebstahlversicherung Sowohl die Vertragsstückzahl (6.584) als auch die gebuchten Beiträge (1,7 Millionen Euro) stagnieren. Eine positive Entwicklung haben die Schadenaufwendungen genommen: Der Brutto-Schadenaufwand ist um 17,0 Prozent auf rund 595.000 Euro gesunken.

Leitungswasserversicherung Der Vertragsbestand erhöhte sich leicht um 1,3 Prozent auf 10.945 Verträge. Die gebuchte Beitragseinnahme stieg um 3,5 Prozent auf 2,6 Millionen Euro. Der Brutto-Schadenaufwand hat sich um 8,5 Prozent auf 3,0 Millionen Euro erhöht.

Glasversicherung Sowohl die gebuchten Beiträge als auch die Vertragsstückzahlen sind rückläufig. Der Beitrag ist um 0,9 Prozent gesunken und beläuft sich auf 2,9 Millionen Euro. Die Vertragsstückzahl von 46.373 hat um 0,7 Prozent abgenommen. Der Brutto-Schadenaufwand liegt mit 1,0 Millionen Euro um 3,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Sturmversicherung Bei leicht auf 12.866 erhöhter Vertragsanzahl (+ 1,6 Prozent) konnte die Beitragseinnahme um 2,0 Prozent auf 3,4 Millionen Euro erhöht werden. Der Brutto-Schadenaufwand hat sich durch die Sturmereignisse in 2017 um 271,4 Prozent auf 5,5 Millionen Euro erhöht.

Elektronikversicherung Während der gebuchte Beitrag (1,2 Millionen Euro) um 0,7 Prozent gesunken ist, hat sich die Vertragsstückzahl um 2,5 Prozent auf 4.754 erhöht. Der Brutto-Schadenaufwand in Höhe von rund 682.000 Euro bedeutet eine Steigerung um 51,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund der geringen Bestandsgröße werden zufallsbedingte Sondereffekte kaum ausgeglichen.

Bauleistungsversicherung Diese Sparte wird seit dem 01. Januar 2015 nicht mehr aktiv von der Öffentlichen Sachversicherung betrieben. Der letzte aktive Vertrag dieser Sparte läuft in 2018 aus und hat daher auch keinen gebuchten Beitrag mehr.

EC-Versicherung Der gebuchte Beitrag sinkt um 8,5 Prozent auf 1,2 Millionen Euro. Die Vertragsstückzahlen vermindern sich um 10,2 Prozent auf 309 Verträge. Der Aufwand für Versicherungsfälle stieg um 81,2 Prozent auf rund 577.000 Euro.

Betriebsunterbrechungsversicherung Bei 165 Verträgen beträgt die Beitragseinnahme rund 695.000 Euro. Nachdem im Vorjahr durch das Abwicklungsergebnis ein Gewinn erzielt wurde, beläuft sich der Brutto-Schadenaufwand in diesem Jahr auf rund 319.000 Euro.

Schutzbrief-Versicherung Bei einer stabilen Anbündelungsquote für die PKW von fast 52 Prozent steht dem Bestandsrückgang (-0,8 Prozent) eine leichte Beitragssteigerung von 1,0 Prozent gegenüber. Erhöhte Brutto-Schadenaufwendungen und Kosten führen zu einem leicht negativen Ergebnis.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Die Beitragseinnahme des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäftes hat sich um 15,2 Prozent auf 16,8 Millionen Euro erhöht. Die Schadenaufwendungen betragen 7,1 Millionen Euro (Vorjahr 8,9 Millionen Euro). Es entstand ein technischer Gewinn von 0,8 Millionen Euro.

Verlauf und Ergebnisse des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäftes hängen von den Geschäftsverläufen bei den verschiedenen Erstversicherern ab.

Entwicklung der Versicherungszweige des in Rückdeckung übernommenen Geschäftes

	Geschäftsjahr			Vorjahr	
	Beitrags- einnahme TEUR	Veränd. %	Schaden- quote %	Ergebnis f. e. R. TEUR	Ergebnis f. e. R. TEUR
Allgemeine Unfall	0	0,00	>100	0	0
Allgemeine Haftpflicht	71	-80,49	<0	148	118
Verbundene Hausrat	264	23,74	27,15	72	35
Verbundene Wohngebäude	4.197	29,62	41,61	-369	-278
Rechtsschutz	6.577	4,53	54,07	715	-338
Leben	50	-71,83	<0	120	32
Sonstige	5.596	31,32	36,75	67	-340
Gesamt Geschäftsjahr	16.755	15,16	42,92	752	-770
Gesamt Vorjahr	14.550	5,17	60,80	-770	

Kapitalanlagen

Der Buchwert der Kapitalanlagen ist von 690,7 Millionen Euro per 31. Dezember 2016 um 4,7 Prozent auf 722,9 Millionen Euro per 31. Dezember 2017 angestiegen. Der Kurswert sämtlicher Kapitalanlagen hat sich im Jahresverlauf 2017 von 796,1 Millionen Euro um 6,4 Prozent auf 847,4 Millionen Euro erhöht. Die Kapitalanlagereserven (inkl. Agio-/Disagio-Beträge) betragen 124,5 Millionen Euro (17,2 Prozent des Gesamtbuchwertes der Kapitalanlagen) und liegen somit um 19,0 Millionen Euro oberhalb des Vorjahreswertes.

Bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen zu Buchwerten haben Investmentanteile mit 75,9 Prozent (Vorjahr 76,0 Prozent) den größten Buchwertanteil. Die Investmentanteile der Öffentlichen Sachversicherung werden schwerpunktmäßig über einen Masterfonds (OESB) systematisch und hoch diversifiziert insbesondere in internationale Aktien-, Zins-, Credit- und Währungsrisiken sowie in alternative Anlagen (z. B. Immobilien, Infrastruktur) investiert. Der Anteil der im Direktbestand befindlichen Inhaberschuldverschreibungen ist mit 1,9 Prozent zu Buchwerten gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Vorjahr 1,4 Prozent).

Der Anteil an Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erhöht sich auf 10,5 Prozent (Vorjahr 8,1 Prozent). Der Anteil der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen verringert sich gegenüber dem Vorjahr auf 3,1 Prozent (Vorjahr 5,6 Prozent). Auf das gesamte Beteiligungsportfolio wurden im Geschäftsjahr 2017 saldiert Zu- und Abschreibungen in Höhe von 0,2 Millionen Euro vorgenommen.

Die Buch- und Zeitwerte sowie Reserven der zu Anschaffungskosten respektive zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen sind entsprechend der jeweiligen Bilanzposition der Seite 75 zu entnehmen.

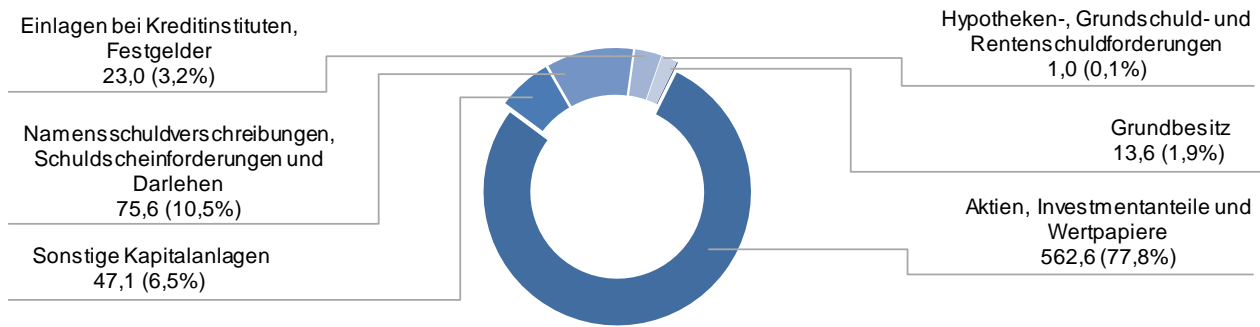
Entwicklung der Kapitalanlagen in Millionen Euro



Der Buchwertanstieg der Grundstücke und grundstückgleichen Rechte ist durch die Anwachsung der Öffentliche Facility Management Sach GmbH & Co. KG auf die Öffentliche Sachversicherung und die Übertragung der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte per 01. Januar 2017 geprägt und beträgt per 31. Dezember 2017 13,6 Millionen Euro (1,9 Prozent der Kapitalanlagen).

Im Geschäftsjahr 2017 wurden freie Mittel in Höhe von 24,6 Millionen Euro in Rentenpapiere des Direktbestands investiert (Restlaufzeit zwischen 14 und 18 Jahre, mittlere Kaufrendite 1,3 Prozent). Daneben wurden aus dem Masterfonds OESB Fondserträge in Höhe von 22,0 Millionen Euro geschüttet und vollständig zur Wiederanlage gebracht. Die Mittel wurden zur Weiterentwicklung und Rebasierung der Zielstruktur der Strategischen Asset Allocation genutzt. Der Buchwert des Masterfonds OESB vermindert sich zum Jahresresultato 2017 auf 495,5 Millionen Euro (Vorjahr 522,5 Millionen Euro). Diese Entwicklung ist auf eine Änderung des Investmentsteuergesetzes und eine damit verbundene Übertragung eines Investitionsvehikels aus dem Masterfonds in den Direktbestand zurückzuführen. Der OESB-Fonds weist per 31. Dezember 2017 eine Reserve in Höhe von 53,7 Millionen Euro auf. Die ungesicherte Aktienquote der Öffentlichen Sachversicherung liegt per Ultimo 2017 insgesamt bei 22,1 Prozent (Vorjahr 23,9 Prozent).

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Millionen Euro (Prozentanteil)



Der OESB-Masterfonds verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 im Umfeld weltweit positiver Konjunktorentwicklungen und der expansiven Geldpolitik der Zentralbanken insgesamt einen Wertzuwachs von 7,5 Prozent. Dabei erfuhren die globalen Aktienfonds Wertentwicklungen von 8,4 Prozent, Emerging-Markets-Aktien konnten sogar um 20,7 Prozent zulegen. Die globalen Rentenmandate erzielten Kursentwicklungen zwischen 3,5 Prozent und 3,7 Prozent, das Staatsanleihenportfolio mit Credit-Overlay hat im ersten vollständigen Geschäftsjahr 1,6 Prozent gewonnen. Emerging-Markets- und High-Yield-Renten verzeichneten Performances von 3,5 Prozent bzw. 5,1 Prozent. Die Immobilien- und Infrastrukturfonds haben im gewichteten Durchschnitt eine Performance von 2,7 Prozent erreicht. Das Private Equity-Vehikel der Öffentlichen Sachversicherung gewann auf Jahressicht sogar 11,7 Prozent. Im Rentendirektbestand der Öffentlichen Sachversicherung werden traditionell keine Risikoinvestments getätigt. Zum Kaufzeitpunkt der Wertpapiere wurden stets die unternehmensinternen Anforderungen an die Bonität von mindestens AA und an gesonderte Deckungsmassen erfüllt.

Im Ergebnis liegen die Erträge aus Kapitalanlagen in 2017 bei 33,5 Millionen Euro, die Aufwendungen (inkl. Abschreibungen) betragen insgesamt 8,0 Millionen Euro. Das Nettoergebnis der Kapitalanlage ergibt sich somit zu 25,6 Millionen Euro, was einer Nettorendite von 3,6 Prozent entspricht. Die durchschnittliche Nettorendite der letzten 12 Jahre beträgt 4,6 Prozent. Die laufende Rendite aus Kapitalanlagen (berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode) ergibt sich zu 3,4 Prozent.

Die Öffentliche Sachversicherung verfügt über ein unternehmensweites Risikosteuerungssystem auf Basis der Solvency II-Standardformel. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen über ein dezentrales Risikomesssystem gesteuert. Dabei steht beim rechnungslegungsorientierten Risikocontrolling die Bedeckung der bilanziellen Risiken im Fokus und beim betriebswirtschaftlichen Risikocontrolling (ALM-Kontext) das ökonomische Eigenkapital (Nettovermögen). Das aufsichtsrechtliche Risikocontrolling fokussiert

sich auf die Bedeckung des Sicherungsvermögens. Diese risikoadjustierte Portfoliosteuerung hat sich wie in den Vorjahren bewährt. Detaillierte Ausführungen hierzu finden sich bei den „Risiken der zukünftigen Entwicklung“.

Zusammengefasst strebt die Öffentliche Sachversicherung für ihre Kapitalanlagen ein optimales Rendite-Risiko-Profil im Rahmen der verfügbaren Risikotragfähigkeiten und nach den Grundsätzen der Mischung und Streuung an. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden hierbei stets eingehalten und durch strengere interne Anlagerichtlinienvorgaben konkretisiert. Die risikoadjustierte Portfoliosteuerung bewertet Exposures über einen Value-at-Risk Ansatz und bringt eingegangene Marktrisiken mit verfügbaren Risikotragfähigkeiten in Einklang.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 74 dargestellt.

Liquiditätslage

Die Steuerung durch das Liquiditätsmanagement in Verbindung mit dem Kapitalanlagemanagement gewährleistet auch bei großen Schadensfällen jederzeit ausreichende Liquidität.

Überschuss

Das Geschäftsjahr 2017 brachte einen Überschuss nach Steuern von 9,3 Millionen Euro. Der negative Steueraufwand des Geschäftsjahres von -1,1 Millionen Euro resultiert u.a. aus der Abwicklung der im Geschäftsjahr beendeten steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2012-2014.

Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat und der Trägerversammlung vorschlagen, nach Einstellung von rund 6,5 Millionen Euro in die Sicherheitsrücklage den verbleibenden Bilanzgewinn von 2,8 Millionen Euro im Verhältnis der Anteile an die Träger auszuschütten.

Gesamtbewertung

Das Geschäftsjahr 2017 ist aus Sicht der Öffentlichen Sachversicherung als positiv zu bewerten. So konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Beitragseinnahme trotz

eines leicht rückläufigen Bestands weiter ausgebaut werden. Hierzu haben im Wesentlichen die Verbundene Gebäude- und die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung beigetragen.

Nachdem im Geschäftsjahr 2016 größere Kumulereignisse ausgeblieben waren, war das Jahr 2017 von den vier Ereignissen im Sommer und Herbst geprägt. Entsprechend war ein deutlicher Anstieg der Geschäftsjahresschäden - vor allem in der Verbundenen Gebäude- und der Sturmversicherung - zu beobachten. In diesem Zusammenhang ist die hohe Beteiligung der Rückversicherer an diesen Schäden als ein Ausdruck der Effektivität des Rückversicherungsprogramms der Öffentlichen Sachversicherung zu werten.

Während in 2016 die Neuregelung des Bemessungszeitraums für den Rechnungszins zur Abzinsung der Pensionsrückstellungen zu einer Entlastung des sonstigen Ergebnisses führte, war hier in 2017 erwartungsgemäß ein dem erneuten Absinken des Rechnungszinses folgender Aufwand zu verzeichnen.

Das gute Kapitalanlageergebnis lag im Geschäftsjahr wieder oberhalb des vergangenen Jahres.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Nichtfinanzielle Erklärung wird als separater Bericht erstellt und zusammen mit dem Lagebericht im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Ausblick und Chancen

Chancen

Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Versicherung beschränkt sich auf das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Braunschweig. Die Fokussierung auf dieses Geschäftsgebiet führt zu einem hohen Identifikationsgrad und einer starken Marktdurchdringung. Dies gilt für die Bürger, das Gewerbe, die Kommunen, die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft und die Feuerwehren gleichermaßen. Die regionale Verwurzelung ermöglicht es, die Kundenbedürfnisse durch die Bereitstellung eines umfassenden, sorgfältig ausgewählten Angebots finanzieller Dienstleistungen bedarfsgerecht zu bedienen. Darüber hinaus zeigt die Öffentliche Versicherung Engagement für die Region: das Unternehmen fördert u. a. den Fußballverein Eintracht Braunschweig, das Basketballteam der Basketball Löwen Braunschweig, das Braunschweigische Staatstheater, die Feuerwehren, Schulen und Universitäten/Hochschulen der Region. Zudem ermöglicht ein Servicenetz mit rund 160 Geschäftsstellen eine besonders vorteilhafte Kundennähe. Mit dem Konzept der Zukunftsberatung, mit der breiten um Produkte der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) vervollständigten Produktpalette und der Eröffnung zahlreicher Finanzcenter hat

der Finanzdienstleister es geschafft, den Wandel vom erfolgreichen Versicherungsvertrieb zu einem professionellen Finanzdienstleister zu vollziehen. Die Offensive Kooperation mit der BLSK trägt dazu bei, zusätzliche Wachstumspotenziale am Markt zu nutzen, um die derzeitige Marktstellung weiter auszubauen. Durch die Offensive Kooperation werden die jeweiligen Kundenstämme mit den Produkten beider Häuser umfassend versorgt.

Um insgesamt zur Rentabilität der Öffentlichen Versicherung beizutragen, werden die regionalen Wachstumspotenziale konsequent ausgeschöpft. Darüber hinaus prägen auch in Zeiten niedriger Zinsen die Kapitalanlageergebnisse das Gesamtergebnis des Unternehmens. Mit der strategischen Ausrichtung wird ein adäquater Weg aufgezeigt, der letztlich auch den Bedürfnissen der Region in Richtung Sicherheit und Stabilität des Wirtschaftsfaktors Öffentliche Versicherung entspricht.

Durch die Zusammenarbeit mit den Partnern im öffentlich-rechtlichen Verbund ist die Öffentliche Versicherung in der Lage, ihren Kunden Lösungen für alle Fragen in Bezug auf die wirtschaftliche Sicherheit zu bieten. Hieraus resultiert das Selbstverständnis als regionaler Rund-um-Service-Versicherer.

Abgleich Vorjahresausblick

Die Beitragseinnahme der Öffentlichen Sachversicherung liegt aufgrund der Entwicklung in den HUS-Sparten unter Plan. Die Planabweichung resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung in der Wohngebäudeversicherung aufgrund des Teilverlustes eines Großvertrages und der Entwicklung in den Sparten der Sonstigen Sachversicherung.

Der Schadenaufwand des Jahres 2017 liegt aufgrund der Kumulschadeneignisse deutlich über dem Schadenaufwand 2016 und damit auch deutlich über Plan. Die Schadenbeteiligung der Rückversicherer liegt entsprechend deutlich über dem Plan.

Die Aufwendungen für Versicherungsbetrieb liegen bei nahezu konstanter Entwicklung zum Vorjahr unter Plan. Sowohl Provisionen als auch Sach- und Personalkosten liegen z. T. deutlich unter Plan.

Das Kapitalanlageergebnis liegt aufgrund des geringeren Ertragsbedarfs unter Plan. Die Reserven auf Kapitalanlagen wurden entsprechend geschont und liegen über Plan.

Ausblick

Die Öffentliche Sachversicherung rechnet im Geschäftsjahr 2018 und in den Folgejahren mit stabil steigenden Beitragseinnahmen. Der Anstieg der Beitragseinnahme wird sich in den Planjahren zwischen 2,5 Prozent und knapp über 4 Prozent bewegen.

Die Schadenaufwendungen werden sich 2018 gegenüber den hohen Aufwendungen in 2017 wieder normalisieren. Die Entwicklung der Schadenaufwendungen in den Folgejahren orientiert sich an der positiven Bestandsentwicklung, wird aber aufgrund des Schadenmanagements weniger stark steigen als die Beitragseinnahme und somit zu leicht sinkenden Schadenquoten führen. Mitte Januar 2018 ist mit Wirkung in 2018 das Kumulereignis Friederike eingetreten.

Im Planungszeitraum wird sich das versicherungstechnische Ergebnis durch höhere Beitragseinnahmen bei normalisiertem Schadenverlauf und sinkenden Betriebskostenquoten kontinuierlich verbessern.

Der Saldo aus sonstigen nichtversicherungstechnischen Erträgen und Aufwendungen wird aufgrund der hohen zinsbedingten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zunächst deutlich negativ erwartet. Gegen Ende des Planungszeitraumes wird aufgrund geringerer Zuführungsnotwendigkeit zu den Pensionsrückstellungen mit einem verbesserten Saldo gerechnet.

Die Öffentliche Sachversicherung hat die Sicherheitsrücklage auch in 2017 weiter gestärkt und ist auf dieser starken Basis nach wie vor in der Lage, einen beachtlichen Teil des Kapitalanlagebestandes systematisch, hoch diversifiziert und langfristig an den internationalen Kapitalmärkten anzulegen. Die Nettoerndite der Kapitalanlagen in 2018 und 2019 wird um 4,6 Prozent bzw. 4,7 Prozent prognostiziert. Das sehr positive Kapitalanlageergebnis kann aufgrund der bestehenden Reserven realisiert werden und wird u.a. zum Ausgleich der hohen Zuführung zu den Pensionsrückstellungen benötigt. Mit abnehmender Zuführungsnotwendigkeit werden die Reserven der Kapitalanlagen weiter geschont. Auf dieser Basis wird für die Jahre 2018 und 2019 mit stabilen positiven Ergebnissen gerechnet, so dass wie gewohnt eine angemessene Trägerkapitalverzinsung sowie eine Zuführung zur Sicherheitsrücklage möglich sein werden.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Organisation der Risikomanagements

Die Öffentliche Sachversicherung verfügt über eine Risikostrategie, die aus der Geschäftsstrategie des Unternehmens abgeleitet ist. Diese beschreibt die risikostrategischen Rahmenbedingungen nach denen die operative Risikosteuerung erfolgt. Die Risikostrategie wird jährlich durch den Vorstand überprüft und wenn nötig an ein verändertes Risikoprofil angepasst.

In diesem Rahmen hat die Öffentliche Sachversicherung in den letzten Jahren ein effektives Risikomanagementsystem etabliert, welches in alle wesentlichen Entscheidungs-

prozesse des Unternehmens integriert ist. Hierzu gehören angemessene Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren, die dazu dienen, die möglichen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.

Mit dem Risikofrüherkennungssystem sind Risiken, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken frühzeitig erkennbar und steuerbar. Die Identifikation und Bewertung aller bestehenden und künftigen Risiken erfolgt bei der Öffentlichen Sachversicherung dezentral durch die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Geschäftsbereiche. Als Risikoverantwortliche gelten der Vorstand, sowie die Bereichsleiter, Stabsabteilungsleiter und die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften. Jeder Risikoverantwortliche ist dabei für die Beobachtung der in seinem Geschäftsbereich vorhandenen und künftig entstehenden Risiken verantwortlich. Das Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig von der Internen Revision und den Jahresabschlussprüfern geprüft.

Der Risikomanagementprozess dient der regelmäßigen Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von aktuellen und künftigen Risiken und umfasst die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand.

Einmal im Kalenderjahr wird bei der Öffentlichen Sachversicherung die Risikoinventur durchgeführt. Hierbei erfolgt eine Abfrage durch die Risikomanagementfunktion an die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Geschäftsbereiche ihre aktuellen und künftigen Risiken zu identifizieren und zu bewerten. Maßnahmen zur Risikoreduzierung sind ebenfalls durch die Risikoverantwortlichen zu erfassen. Die gemeldeten Risiken werden durch die Risikomanagementfunktion validiert und die Ergebnisse der Risikoinventur an den Vorstand berichtet.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken ergeben sich durch die Möglichkeit, dass die für das Versicherungsgeschäft wesentlichen Zahlungsströme von ihrem Erwartungswert abweichen und damit die Versicherungsleistungen die eingemommenen Beitragseinnahmen übersteigen. Die Öffentliche Sachversicherung begegnet den versicherungstechnischen Risiken, indem sie ein ausgewogenes Versicherungsportfolio mit dem Schwerpunkt im Privatkundengeschäft anstrebt. Die Schwerpunkte im Bestand der Öffentlichen Sachversicherung bilden die Kraftfahrt- und die Wohngebäudeversicherung. Aufgrund eines hohen Marktanteils in diesen Bereichen und gleichzeitiger Begrenzung des Geschäftsgebietes bekommen Naturereignisse, insbesondere Elementarereignisse und Kumule, eine hohe Bedeutung.

Als wichtige Steuerungsinstrumente dienen vor allem eine ausgewogene Annahmepolitik, eine angemessene Tarifkalkulation sowie ein umfassendes Bestandscontrolling.

Mögliche Risiken sind durch unterschiedliche Rückversicherungslösungen -unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit- risikoorientiert und wirtschaftlich sinnvoll abgesichert.

Zusätzlich wird den Risiken durch eine angemessene Bildung von Schadenrückstellungen begegnet. Wesentliche Risiken, die aus der Unsicherheit über die Auskömmlichkeit der HGB-Schadenrückstellungen resultieren, werden durch aktuarielle Schadenreserveuntersuchungen einschließlich Schadenanalysen bewertet und bestehen zurzeit nicht. Aus der Abweichung der tatsächlichen Schadenbelastungen von den Schadenreserven resultieren entsprechende Abwicklungsergebnisse. Die Entwicklung der versicherungstechnischen Risiken wird quantitativ über das Limitsystem überwacht.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen (Kreditrisiken)

Forderungsausfälle können insbesondere aus der Zahlungsunfähigkeit von Versicherungsnehmern, Vermittlern oder Rückversicherern entstehen. Bei der Öffentlichen Sachversicherung bestehen erfahrungsgemäß jedoch keine wesentlichen Risiken aus dem Ausfall solcher Forderungen. Zur Verringerung der Ausfallrisiken von Rückversicherern wird grundsätzlich auf eine gute Bonität geachtet und nur mit Rückversicherern, die mindestens ein A-Rating aufweisen, zusammengearbeitet. Aus Ausfällen von Forderungen ist zurzeit kein erhöhtes Risiko für die Öffentliche Sachversicherung gegeben.

Risiken aus Kapitalanlagen (Marktrisiken)

Die Öffentliche Sachversicherung konnte durch ihre bestehende mittelfristige Rentenanlage mit Papieren allerhöchster Bonität sowie der strategischen Anlage in Rendite-Risikoinvestments im sehr freundlichen Aktienmarktumfeld eine sehr gute Wertentwicklung vollziehen. Aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase ist -wie in der gesamten Branche- die Wiederanlage von Geldern weiterhin problematisch.

Die Kapitalanlagepolitik der Öffentlichen Sachversicherung beruht auf der Erkenntnis, dass ein Konzept der risikoorientierten Portfoliosteuerung mit integrierter Steuerung der Aktiv-Passiv-Position ein essentieller Erfolgsfaktor im Kapitalanlagemanagement ist. Darüber hinaus ist ein Großteil des Anlageerfolges das Ergebnis einer strategischen Asset Allocation. Ziel dabei ist es, eine auskömmliche Nettorendite zu erwirtschaften.

Neben der risikoarmen Rentendirektanlage erfordert dies Investitionen in internationale Aktien-, Zins-, Credit- und Währungsrisiken sowie die Beimischung alternativer Investments. Diese (Marktpreis-) Risiken werden mehrdimensional über ein Ampelsystem gesteuert. Im Vordergrund steht hierbei die unternehmensweite Risikosteue-

rung auf Basis der Solvency II-Standardformel. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen ergänzend über ein mehrdimensionales dezentrales Risikosteuerungssystem gemessen, geplant, gesteuert und kontrolliert (rechnungslösungsorientierte und betriebswirtschaftliche Risikosteuerung sowie Bedeckung des Sicherungsvermögens vor und nach Risiko). Aufgrund des laufenden mehrdimensionalen Risikocontrollings (regelmäßige Limitprüfungen, zzgl. aktuellen Informationen aus täglichen/wöchentlichen/ monatlichen ausführlichen Risikoberichten der Kapitalanlage) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen sehr zeitnah erkenntlich und der Geschäftsleitung kommuniziert.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Die Bewertung der operationellen Risiken auf Basis der Solvency II-Standardformel wird regelmäßig durchgeführt und im Limitsystem abgebildet. Exponierte Einzelrisiken mit einem hohen Schadenerwartungswert werden bei Überschreiten eines definierten Schwellenwertes nach einem festgelegten Verfahren dem aus Solvency II folgenden Wert der operationellen Risiken hinzugerechnet. Derzeit werden keine exponierten Einzelrisiken bei der Öffentlichen Sachversicherung gesehen. Im Rahmen der Risikoinventur wurden die aktuellen und künftigen operationellen Risiken der Öffentlichen Sachversicherung identifiziert und bewertet. Folgende Risiken können exemplarisch aufgeführt werden:

IT-Risiken: Die ständig zunehmende Technikabhängigkeit führt zu Risiken, die durch den Ausfall von Systemen entstehen. IT-Risiken gewinnen daher immer mehr an Bedeutung. Aufgrund entsprechender Vorsichtsmaßnahmen und existierender Notfallpläne werden jedoch wesentliche negative Einflüsse auf die Öffentliche Sachversicherung nicht erwartet.

Risiken aufgrund Veränderung äußerer Rahmenbedingungen: Auf Risiken aus der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen -z. B. an wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und/oder sozialen Einflüssen- wird durch ständige Beobachtung des relevanten Umfeldes und durch aktive Einbindung in die Verbandstätigkeiten (GDV und VÖV) zeitnah reagiert. Zusätzlich werden regelmäßig etwaige Risiken, die z. B. aus der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen entstehen erfasst und dokumentiert. Auch hier sind Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Sachversicherung mit realistischer Eintrittswahrscheinlichkeit nicht erkennbar. Risiken aufgrund der ständigen Veränderung fiskalpolitischer und aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen sind jedoch nicht gänzlich vermeidbar.

Projektrisiken: Zur Risikosteuerung von Projektrisiken existiert ein detailliertes prospektiv ausgerichtetes Verfahren zur unternehmensweiten Großprojektsteuerung. Dieses Verfahren bildet zum einen den aktuellen Status der Großprojekte ab, zum anderen werden die Planung von Kapazitäten und Priorisierungen für das nächste Geschäftsjahr unterstützt.

Terror-Risiken: Die Öffentliche Sachversicherung sieht sich nicht als potenzielles Ziel eines Terroranschlages, allgemeine Sicherheitsvorkehrungen (z. B. Notfallpläne, Gebäudeversicherungen) wurden jedoch getroffen.

Sonstige Risiken: Als sonstige Risiken wurden bei der Öffentlichen Sachversicherung strategische Risiken und Reputationsrisiken identifiziert.

Strategische Risiken können durch externe in der Regel nicht zu beeinflussende Entwicklungen des Versicherungsmarktes entstehen und die strategische Positionierung des Unternehmens mittel- bis langfristig beeinflussen. Aufgrund der demographischen Veränderung und der zunehmenden Digitalisierung hat die Öffentliche Sachversicherung die in 2015 fixierte Strategie „Offensive 2030“ und die sich daraus ergebenden Maßnahmen in 2016 und 2017 weiter verfolgt.

Des Weiteren ist der Versicherungsmarkt der Öffentlichen Sachversicherung vor allem durch das begrenzte Geschäftsgebiet einem starken Preiskampf und Verdrän-

gungswettbewerb ausgesetzt. Die Öffentliche Sachversicherung hat sich jedoch dazu entschieden als Serviceversicherer am Markt zu fungieren und zeichnet sich durch eine serviceorientierte Beratung und Betreuung ihrer Kunden, sowie ein gut ausgebautes Filialnetz aus. Strategische Risiken sind derzeit für die Öffentliche Sachversicherung nicht erkennbar.

Reputationsrisiken ergeben sich vor allem aus einer negativen Wahrnehmung des Unternehmens in der Öffentlichkeit und können einen nachhaltigen Imageverlust zur Folge haben. Aufgrund des begrenzten Geschäftsgebietes der Öffentlichen Sachversicherung und der starken Zugehörigkeit in der Region bekommen Reputationsrisiken eine hohe Bedeutung. So werden sowohl primäre als auch sekundäre, sich aus dem Eintritt anderer Risiken ergebende Reputationsrisiken im Rahmen der Risikoinventur besonders beobachtet. Als Steuerungsmaßnahmen existieren das laufende Monitoring z. B. der Medien und des Marktes und ein effektives Krisenmanagementkonzept. Auch ein offenes Beschwerdemanagement empfängt und behandelt die Anliegen der Kunden schnell und effektiv. Wesentliche Auswirkungen möglicher Reputationsrisiken werden für die Öffentliche Sachversicherung derzeit nicht gesehen.

Abschließend ist festzuhalten, dass es derzeit keine Risiken in der Öffentlichen Sachversicherung gibt, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens bedrohen.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Lizenzen			1,00		54,00
II. Geschäfts- oder Firmenwert		134.269,00			179.027,00
			134.270,00		179.081,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		13.635.171,00			5.601.808,00
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.253.000,00				25.235.000,00
2. Beteiligungen	13.168.601,52				13.158.313,24
		22.421.601,52			38.393.313,24
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	549.040.268,83				525.106.284,42
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.547.640,00				9.873.030,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	955.431,90				1.083.074,42
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	45.000.000,00				35.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.623.685,49				21.005.815,27
c) Übrige Ausleihungen	24.697.015,37				23.635.952,87
		100.320.700,86			79.641.768,14
5. Einlagen bei Kreditinstituten	23.000.000,00				31.000.000,00
		686.864.041,59			646.704.156,98
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		26.950,08			29.238,00
			722.947.764,19		690.728.516,22
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice					
				68.054,39	19.066,15
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer	4.785.751,67				5.282.705,07
2. Versicherungsvermittler	245.841,10				96.335,62
		5.031.592,77			5.379.040,69
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft:					
davon an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
EUR 2.097.880,64 (Vorjahr EUR 1.085.302,74)					
III. Sonstige Forderungen:		12.057.267,99			9.595.586,78
davon an verbundene Unternehmen:			23.327.065,06		19.186.270,35
EUR 825.179,58 (Vorjahr EUR 1.142.290,68)					
davon an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
EUR 0,00 (Vorjahr EUR 704.162,45)					
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte		1.108.771,16			1.184.100,05
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		8.323.579,26			3.231.033,70
III. Andere Vermögensgegenstände		60.629,95			66.553,62
			9.492.980,37		4.481.687,37
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.112.322,18			880.782,94
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		59.804,08			74.420,39
			1.172.126,26		955.203,33
				757.142.260,27	715.549.824,42

Für die Versicherungszweige Allgemeine Unfallversicherung, Allgemeine Haftpflichtversicherung und Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II.1. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Braunschweig, den 28. Februar 2018

Der verantwortliche Aktuar
Gutacker

Passiva	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		16.400.000,00		16.400.000,00
II. Gewinnrücklagen				
1. Sicherheitsrücklage		258.452.258,50		254.196.734,34
III. Jahresüberschuss		9.318.167,65		7.055.524,16
			284.170.426,15	277.652.258,50
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	18.771.561,47			18.170.865,18
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>554.719,58</u>			<u>610.648,79</u>
		18.216.841,89		17.560.216,39
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	312.801.257,73			290.162.122,39
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>143.627.220,43</u>			<u>123.198.707,29</u>
		169.174.037,30		166.963.415,10
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	1.161.308,08			1.192.756,01
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>10.154,26</u>			<u>10.386,45</u>
		1.151.153,82		1.182.369,56
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		60.639.042,99		50.000.792,29
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	2.752.777,27			1.855.517,32
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>-817.586,36</u>			<u>-113.494,52</u>
		3.570.363,63		1.969.011,84
			252.751.439,63	237.675.805,18
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
II. übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	68.054,36			19.065,73
		68.054,36		19.065,73
			68.054,36	19.065,73
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		160.245.304,00		143.852.373,00
II. Steuerrückstellungen		38.273,00		3.243.174,12
III. Sonstige Rückstellungen		12.770.741,61		10.943.092,81
			173.054.318,61	158.038.639,93
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
			22.460.340,22	15.773.053,31
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	13.103.344,97			13.234.402,20
2. Versicherungsvermittlern	<u>1.300.101,21</u>			<u>3.757.537,74</u>
		14.403.446,18		16.991.939,94
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft:		1.065.978,45		3.081.489,10
III. Sonstige Verbindlichkeiten:		9.146.069,93		6.317.572,73
davon:			24.615.494,56	26.391.001,77
gegenüber verbundenen Unternehmen:				
EUR 2.772.454,94 (Vorjahr EUR 1.586.531,70)				
aus Steuern: EUR 2.503.744,41 (Vorjahr EUR 3.904.260,09)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 78.003,51 (Vorjahr EUR 100.461,72)				
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
			22.186,74	0,00
			757.142.260,27	715.549.824,42

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Gesamtes Versicherungsgeschäft	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung					
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung					
a) Gebuchte Brutto-Beiträge	258.498.437,40				253.369.326,82
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	38.954.734,46	219.543.702,94			40.773.257,87
c) Veränderung der Brutto-Beitragsüberträge	-600.696,29				-790.073,13
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Brutto-Beitragsüberträgen	55.929,21	-656.625,50			8.927,12
				218.887.077,44	211.797.068,70
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung				-89.416,13	-1.550,54
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				320.764,55	252.035,10
davon aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice: EUR 3.930,42 (Vorjahr EUR 946,99)					
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a) Zahlungen für Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag	156.401.131,05				172.701.316,71
bb) Anteil der Rückversicherer	13.656.642,84	142.744.488,21			22.841.913,15
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag	22.639.135,34				-5.101.232,08
bb) Anteil der Rückversicherer	20.428.513,14	2.210.622,20			-2.046.191,85
				144.955.110,41	146.804.363,33
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen					
a) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		1.644.512,47			-3.633.895,77
				1.644.512,47	-3.633.895,77
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				357.729,29	538.676,83
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung					
a) Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		74.474.569,44			73.384.389,63
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		15.428.996,20			17.010.082,42
				59.045.573,24	56.374.307,21
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				2.460.275,58	2.364.166,20
9. Zwischensumme				10.655.224,87	9.599.935,46
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen				-10.638.250,70	-6.402.471,53
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				16.974,17	3.197.463,93
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung					
1. Erträge aus Kapitalanlagen					
a) Erträge aus Beteiligungen	613.994,57				840.741,09
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 259.146,83)					
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen					
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten u. Bauten	3.782.785,00				2.098.835,53
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.031.475,99	30.814.260,99			14.770.362,01
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.279.718,80			1.070.289,40
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		11.956,79			2.292.317,84
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	820.667,46				853.822,18
		33.540.598,61			21.926.368,05
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen:					
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	3.343.904,92				2.654.791,08
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	1.893.175,29				1.513.477,44
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	82.244,12				9.562,00
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.638.190,50				835.114,75
		7.957.514,83			5.012.945,27
		25.583.083,78			16.913.422,78
3. Technischer Zinsertrag		-339.922,00			-346.117,00
				25.243.161,78	16.567.305,78
4. Sonstige Erträge		6.710.734,00			9.769.713,58
5. Sonstige Aufwendungen		23.755.454,23			17.373.023,98
				-17.044.720,23	-7.603.310,40
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				8.215.415,72	12.161.459,31
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-382.197,97		4.072.519,71
8. Sonstige Steuern			-720.553,96		1.033.415,44
				-1.102.751,93	5.105.935,15
9. Jahresüberschuss				9.318.167,65	7.055.524,16

Grundlagen der Gesellschaft

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig hat ihren Sitz in Braunschweig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig unter HRA 8875 eingetragen.

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Aktiva

Der aktivierte **Geschäfts- oder Firmenwert** aus der Übernahme eines Teilversicherungsbestandes der Haftpflichtversicherungsanstalt Braunschweig (HVA) wird planmäßig über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben, da sich die längste Auswirkung aus der Übernahme auf diesen Zeitraum erstreckt

Grundstücke und Gebäude wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend den auch steuerlichen Sätzen bewertet. Bei der Herstellung des Gebäudes Braunschweig, Theodor-Heuss-Straße 10, wurde in 1993 und 1994 eine Sonderabschreibung von 50 Prozent gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB aufgrund ZRFG vorgenommen. Beim Übergang auf das BilMoG zum 31. Dezember 2010 ist in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 4 EGHGB eine Beibehaltung der niedrigeren steuerlichen Wertansätze erfolgt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen wurden mit dem Anteil am Trägerkapital bewertet.

Ein **Investmentfonds** sowie der weit überwiegende Teil der Aktien wurden anders als die übrigen Fonds und Aktien nicht nach den Vorschriften für das Umlaufvermögen, sondern gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen bilanziert.

Der **NORD/LB AM OESB-Fonds** stellt ein strategisches Investment dar. Er dient dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und ist daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Investitionsschwerpunkte sind Renten und Aktien. Eine Beschränkung in der täglichen Rückgabe der Anteile besteht nicht. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktwert 549.126.880,78 Euro und der Buchwert (= historische Anschaffungskosten) 495.474.827,09 Euro, so dass eine stille Reserve in Höhe von 53.652.053,69 Euro resultierte. Für 2017 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von 24.538.537,63 Euro.

Die Anteile an der Brunswick GPE SICAV-SIF, welche sich nicht im Dispositions- und Anlagestock für die LöwenRente Garant+ befinden, stellen ebenfalls ein strategisches Investment dar. Sie dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb

und sind daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Investitionsschwerpunkt ist Private Equity. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktwert 58.248.865,39 Euro und der Buchwert (= historische Anschaffungskosten) 50.939.831,53 Euro, so dass eine stille Reserve in Höhe von 7.309.033,86 Euro resultierte.

Inhaberschuldverschreibungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Hypothekenforderungen sowie übrige Ausleihungen wurden in Höhe des noch ausstehenden Forderungsbetrages ausgewiesen.

Namenschuldverschreibungen sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agio- und Disagioträge werden mittels der linearen Methode über die Laufzeit aufgelöst.

Eine unter den **übrigen Ausleihungen** ausgewiesene stille Beteiligung im Nominalwert von 25,0 Millionen Euro wurde mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen befinden sich im Anlagestock, dessen Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Festgelder, Termingelder, Tagesgelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten wurden ebenso wie **Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** mit Nominalbeträgen angesetzt. Das Gleiche gilt für die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, für Kassenbestände, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie Zins- und Mietforderungen**. Zum Teil wurden Pauschalwertberichtigungen abgesetzt.

Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB zu den Anschaffungskosten, vermindert um die gemäß § 253 Abs. 3 Satz 2 HGB vorgenommenen Abschreibungen, ausgewiesen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter von 150,01 Euro bis 1.000,00 Euro netto wurden in einen Sammelposten eingestellt, der im Jahr der Anschaffung und in den darauffolgenden vier Jahren gleichmäßig mit jeweils 1/5 abgeschrieben wird.

Vorräte wurden zu Einstandspreisen bewertet.

Nicht erwähnte Posten der Aktiva wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um die zulässigen Abschreibungen und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Passiva

Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft sind nach Maßgabe des koordinierten Ländererlasses vom 09. März 1973 (VerBAV 1973, S. 106) errechnet, wobei das 1/360-System angewandt wurde.

Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers übernommen.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft für jeden gemeldeten Schaden einzeln gebildet und bei neueren Erkenntnissen verändert. Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen werden abgesetzt. Die Erfassung der Spätschäden erfolgte in pauschaler Form. Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22. Februar 1973. Die RPT-Forderungen aus bereits abgewickelten Versicherungsfällen wurden gesondert erfasst und entsprechend ihrer Einbringlichkeit bewertet. Die Anteile des Rückversicherers wurden aus dessen Berechnung übernommen. Die Berechnung der Rentendeckungsrückstellung erfolgte unter Verwendung der Sterbetafeln DAV 2006 HURM bzw. DAV 2006 HURF mit einem Rechnungszins von 2,25 Prozent, 1,75 Prozent für ab dem 01. Januar 2012, 1,25 Prozent für ab dem 01. Januar 2015 und 0,9 Prozent für ab dem 01. Januar 2017 neu angelegte Renten. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers bilanziert. Wegen zu spätem Vorliegen endgültiger Abrechnungen wurde teilweise der Wertansatz geschätzt.

Für **Beitragsrückerstattung** wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft 0,3 Millionen Euro in der Kraftfahrtversicherung der erfolgsunabhängigen Rückstellung zugewiesen.

Schwankungs- und ähnliche Rückstellungen wurden gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 und § 30 RechVersV gebildet.

Die **Stornorückstellung** für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Für **drohende Verluste** wird nach Erfahrungswerten in den Sparten Leitungswasser und Verbundene Wohngebäude in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung gebildet.

Die **versicherungstechnischen Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**, werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt.

Hierbei werden die Fondsanteile am Bilanzstichtag mit den dann gültigen Kursen (Zeitwert) bewertet.

Pensionsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 3,68 Prozent, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,0 Prozent sowie Rentenanpassungen von 1,0 bis 3,25 Prozent.

Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,8 Prozent, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,0 Prozent sowie Rentenanpassungen von 1,0 bis 3,25 Prozent.

Rückstellungen für Krankheitsbeihilfen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,8 Prozent und zu erwartender Kostensteigerungen von 2,0 Prozent.

Eine **Rückstellung für Aufbewahrungskosten** wurde auf Grundlage der per 31. Dezember 2017 gültigen Abzinsungssätze und zu erwartender Kostensteigerungen von 2,0 Prozent bewertet.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt, soweit es hierfür Anhaltspunkte gibt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr werden nicht abgezinst.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie aus dem Rückversicherungsgeschäft wurden mit Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Nicht erwähnte Posten der Passiva wurden mit Erfüllungswerten angesetzt.

Angaben zur Bilanz

A. Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte 2016 TEUR	Zugänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Abgänge TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Abschrei- bungen TEUR	Bilanzwerte 2017 TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. entgeltlich erworbene Lizenzen	0	0	0	0	0	0	0
II. Geschäfts- oder Firmenwert	179	0	0	0	0	45	134
Summe A.	179	0	0	0	0	45	134
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	5.602	9.925	0	0	0	1.891	13.635
Summe B. I.	5.602	9.925	0	0	0	1.891	13.635
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.235	0	0	15.982	0	0	9.253
2. Beteiligungen	13.159	0	0	196	206	0	13.169
Summe B. II.	38.394	0	0	16.178	206	0	22.422
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	525.106	73.011	0	49.080	4	2	549.040
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.873	3.675	0	0	0	0	13.548
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.083	0	0	128	0	0	956
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	35.000	10.000	0	0	0	0	45.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	21.006	14.625	0	5.007	0	0	30.624
c) Übrige Ausleihungen	23.636	0	0	8	1.069	0	24.697
5. Einlagen bei Kreditinstituten	31.000	286.000	0	294.000	0	0	23.000
Summe B. III.	646.704	387.311	0	348.222	1.073	2	686.864
Insgesamt	690.878	397.236	0	364.400	1.279	1.938	723.055

Der Gesamtbuchwert der zum überwiegenden Teil von den Unternehmen der Öffentlichen Versicherung genutzten Immobilien beträgt 4.978.716 Euro.

Beteiligungen der Öffentlichen Sachversicherung

	Anteil	Abschluss jahr	Ergebnis Euro	Eigenkapital Euro	Buchwert Euro
B. II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen					
Braunschweig-Beteiligungs GmbH, Braunschweig	100%	2017	820.667,46	6.197.000,00	6.200.000,00
Braunschweig-Infomationstechnologie GmbH, Braunschweig	100%	2017	-2.224.119,83	3.159.941,83	3.000.000,00
Braunschweig-Advisors GmbH, Braunschweig	100%	2017	11.907,35	292.942,49	25.000,00
Öffentliche Facility Management GmbH, Braunschweig	100%	2017	-414.070,67	25.000,00	28.000,00
B. II. 2. Beteiligungen					
Braunschweig-Grundstücksentwicklungs GmbH, Braunschweig	50%	2016	2.444,99	40.887,07	12.500,00
Braunschweig-Grundobjektgesellschaft Driebeberg mbH und Co KG, Braunschweig	33%	2016	564,94	369.280,32	50.001,00
ÖSA Feuer	15%	2016	900.000,00	33.688.543,00	3.300.000,00
ÖSA Leben	15%	2016	1.100.000,00	25.342.249,00	1.350.000,00
Allianz für die Region GmbH Braunschweig	4,35%	2016	7.187,09	994.439,27	1.200,00
TLN Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG	2,51%	2016	8.468.320,46	68.654.686,67	1.449.044,96
Klaro GmbH & Co. KG	3,80%	2016	4.002.465,43	0,00	1,00
SDirektVerwGmbH & Co. KG	3,20%	2016	6.055.642,15	17.897.874,88	1.888.115,89
OEV Online Dienste GmbH	4,19%	2016	1.023.467,09	3.438.755,90	109.813,92
Beteiligungsges. f. betriebl. Altersvers. der öffentlichen Versicherer	1,40%	2016	-11.490.258,28	9.743.708,00	136.220,00
Consal Beteiligungsgesellschaft AG	0,89%	2016	43.533.000,00	315.799.705,00	4.871.704,75

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Buchwert	Agio/Disagio	Zeitwert	Saldierte Reserven	darin enthaltene unterlassene Abschreibungen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	13.635.171		64.056.000	50.420.829	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.253.000		10.143.799	890.799	
2. Beteiligungen	13.168.602		15.856.141	2.687.539	
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	549.040.269		610.282.178	61.241.909	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.547.640		14.491.498	943.858	
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	955.432		955.432	0	
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	45.000.000	9.407	48.342.480	3.333.073	232.379
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.623.685	0	35.573.330	4.949.645	298.555
c) übrige Ausleihungen	24.697.015		24.704.681	7.666	
5. Einlagen bei Kreditinstituten	23.000.000		23.000.000	0	
Summe	722.920.814		847.405.539	124.475.318	530.934

Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da davon ausgegangen wird, dass es sich bei der Wertminderung zum Bilanzstichtag um eine nicht dauerhafte Wertminderung handelt, die nur auf kurzfristige, zinsinduzierte (und nicht auf bonitätsinduzierte) Kursschwankungen zurückzuführen ist.

Erläuterung zu den Bewertungsverfahren der Kapitalanlagen

Immobilien Zur Zeitwertermittlung der Immobilien werden die Verkehrswertgutachten des Jahres 2013 herangezogen. Die Bewertung erfolgte mittels der Ertragswertmethode.

Aktien Die Zeitwertermittlung der Brunswick GPE SICAV-SIF erfolgt anhand des Net-Asset-Values.

Investmentfonds Als Zeitwert werden die durch die Investmentgesellschaften bzw. die Verwahrstelle zugelieferten Rücknahmepreise übernommen.

Nicht börsennotierte Papiere des Direktbestands Die Bewertung von Namenspapieren und Schuldscheindarlehen wird anhand der Zinskurve (Swap) unter Berücksichtigung eines individuellen Spreads vorgenommen. Die Spreadauswahl erfolgt unter Zuhilfenahme der Informationsquelle Bloomberg.

Börsennotierte Wertpapiere des Direktbestands Zur Bewertung werden Börsenkurse aus Bloomberg herangezogen.

Beteiligungen; Anteile an verbundenen Unternehmen; Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis Die Zeitwertermittlung erfolgt entweder nach dem Ertragswertverfahren oder nach dem Substanzwertverfahren.

Hypothekendarlehen; übrige Ausleihungen Die Bewertung der übrigen Ausleihungen, welche nicht grundpfandrechtlich gesichert sind, erfolgt anhand der Zinskurve unter Berücksichtigung eines entsprechenden Spreads. Eine Bewertung der Hypotheken und übrigen Ausleihungen,

welche grundpfandrechtlich gesichert sind, findet nicht statt. Als Zeitwert wird der Buchwert zugrunde gelegt.

Einlagen bei Kreditinstituten Bei Tages- und Termingeldern (Restlaufzeit i.d.R. kürzer sechs Monate) erfolgt als Zeitwert ein Nennwertansatz.

Erläuterung weiterer Aktivposten

Forderungen Es bestehen Forderungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr in Höhe von 17.501.478,43 Euro und von mehr als fünf Jahren in Höhe von 5.825.586,63 Euro. Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und weniger als fünf Jahren bestehen nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten Der sonstige Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 59.804,08 Euro (Vorjahr 74.420,39 Euro) enthält Agiobeträge in Höhe von 9.406,74 Euro.

Zu C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Anteile am	ISIN	Stück	Buchwert
		31.12.2017	31.12.2017
			EUR
Brunswick GPE SICAV-SIF	LU0623684387	0,36367	68.054
Gesamtbuchwert			68.054

B. Passiva

Entwicklung der Sicherheitsrücklage

	2017 EUR	2016 EUR
Stand am 1.1.	254.196.734,34	251.493.429,87
Einstellung aus dem Jahresüberschuss des Vorjahres	4.255.524,16	2.703.304,47
Stand am 31.12.	258.452.258,50	254.196.734,34

	Brutto-Rückstellung für Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	
	2017 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2016 EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	18.361.120,25	14.592.799,70	0,00	0,00	19.608.732,67	15.831.316,71
Haftpflichtversicherung	23.586.296,55	23.856.170,13	1.364.632,00	2.046.948,00	27.956.946,08	29.017.715,75
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	182.179.083,62	185.067.922,25	20.627.640,00	20.171.925,00	206.062.460,72	208.405.862,19
Sonstige Kraftfahrtversicherung	12.750.088,38	8.946.270,85	7.143.038,00	5.312.936,00	22.252.835,81	16.554.179,28
Feuerversicherung	13.586.578,06	10.943.357,37	3.029.636,00	1.879.355,00	17.352.954,22	13.569.526,33
Verbundene Hausratversicherung	2.743.084,99	2.605.606,63	1.461.679,00	1.609.235,00	5.961.294,24	5.925.318,36
Verbundene Wohngebäudeversicherung	34.124.850,16	22.230.029,56	10.165.279,00	5.388.291,00	50.234.968,95	32.417.281,63
Sonstige Sachversicherung	11.247.746,52	7.771.816,57	8.539.339,00	8.255.282,00	22.174.973,75	18.313.874,12
Selbst abgeschlossenes Geschäft	298.578.848,53	276.013.973,06	52.331.243,00	44.663.972,00	371.605.166,44	340.035.074,37
Übernommenes Geschäft						
Unfallversicherung	1,19	1,54	0,00	0,00	1,19	1,54
Haftpflichtversicherung	456.097,56	710.802,10	663.174,73	617.372,00	1.147.886,60	1.358.748,38
Feuerversicherung	2.608.200,00	2.547.400,00	1.132.276,00	351.879,00	3.883.885,67	3.033.970,19
Verbundene Hausratversicherung	48.100,00	40.000,00	0,00	0,00	70.522,35	63.699,11
Verbundene Wohngebäudeversicherung	1.558.600,00	1.255.000,00	4.142.533,00	2.899.909,00	6.022.827,07	4.456.913,67
Sonstige Sachversicherung	9.551.410,45	9.594.945,69	2.369.816,26	1.467.660,29	13.395.658,22	12.433.645,93
Übernommenes Geschäft	14.222.409,20	14.148.149,33	8.307.799,99	5.336.820,29	24.520.781,10	21.346.978,82
Gesamtes Versicherungsgeschäft	312.801.257,73	290.162.122,39	60.639.042,99	50.000.792,29	396.125.947,54	361.382.053,19

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen In den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen sind Rückstellungen für drohende Verluste in der Leitungswasser- (1,2 Millionen Euro) und der Verbundenen Wohngebäudeversicherung (0,7 Millionen Euro) enthalten.

Pensionsrückstellungen Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 28,5 Millionen Euro. Dem für die Ausschüttung gesperrten Unterschiedsbetrag stehen freie Rücklagen in ausreichender Höhe entgegen, so dass eine Verzinsung des Trägerkapitals erfolgen kann.

Sonstige Rückstellungen In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen in Höhe von 3,8 Millionen Euro und für vorgezogene Altersversorgung in Höhe von 3,0 Millionen Euro enthalten.

Verbindlichkeiten Es bestehen Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr in Höhe von 24.548.902,68 Euro und von mehr als einem Jahr in Höhe

von 66.591,88 Euro. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.029.521,39 Euro.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte gesichert sind, bestehen nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind abgegrenzte Mieten in Höhe von 22.186,74 Euro enthalten (Vorjahr 0,00 Euro).

Haftungsverhältnisse Zur Insolvenzsicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter mehrerer öffentlich-rechtlicher Versicherungsunternehmen und deren Servicegesellschaften verpflichtet sich die Öffentliche Sachversicherung gesamtschuldnerisch mit der Öffentlichen Lebensversicherung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 12 Millionen Euro zu befriedigen.

Als Mitglied des "Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer" hat das Unternehmen eine Deckungszusage gege-

ben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 4,16 Millionen Euro beschränkt.

Als Mitglied der "Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft" hat das Unternehmen eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Poolmitglieder zahlungsunfähig wird.

Gegenüber einem Kooperationspartner besteht eine gegenseitige uneingeschränkte Haftungsfreistellungsvereinbarung für die Vermittlungstätigkeit.

Gegenüber einem Beteiligungsunternehmen des Direktbestands besteht eine gesamtheitliche Haftungsvereinbarung aller Kommanditisten für Verluste und Verbindlichkeiten des Komplementärs.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen Das Unternehmen ist Mitglied im Verband Öffentlicher Versicherer mit einem satzungsgemäßen Anteil von 477.380,80 Euro an dem bisher nicht eingezahlten Stammkapital.

Das Unternehmen ist ferner Mitglied im Verein "Verkehrsofferhilfe e.V.". Aufgrund dieser Mitgliedschaft besteht die

Verpflichtung, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend dem Anteil an den Beitragseinnahmen aller Mitgliedsunternehmen aus dem vorletzten Kalenderjahr.

Gegenüber Beteiligungsunternehmen des Direktbestandes bestehen Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt ca. 0,9 Millionen Euro.

Hinweise auf Inanspruchnahmen der Verpflichtungen liegen nicht vor.

Aus Commitments des Masterfonds resultierten noch ausstehende Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von ca. 23,6 Millionen Euro (Immobilien 8,9 Millionen Euro und Infrastruktur 14,6 Millionen). Zusätzlich bestehen im Direktbestand Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von ca. 19,8 Millionen Euro (Private Equity).

Finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen bis zum Ablauf der Verträge bestehen im betriebsüblichen Umfang.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

	Gebuchte Bruttobeiträge		Verdiente Bruttobeiträge		Verdiente Nettobeiträge	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	11.029.559,29	10.853.991,57	11.013.646,29	10.848.073,57	7.741.635,57	7.742.810,96
Haftpflichtversicherung	22.587.566,12	22.766.637,46	22.632.643,20	22.680.191,46	18.028.004,26	18.115.073,83
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	62.809.383,08	60.978.100,30	62.770.999,08	61.042.367,30	50.287.033,06	48.548.205,49
Sonstige Kraftfahrtversicherung	56.184.386,96	56.168.201,41	56.231.268,96	56.253.974,41	53.153.091,24	53.154.586,47
Feuerversicherung	11.402.397,26	11.443.957,95	11.397.894,26	11.335.633,95	5.726.574,06	4.876.510,96
Verbundene Hausratversicherung	12.348.370,62	12.118.942,94	12.294.962,62	12.037.725,94	12.118.027,56	11.851.122,93
Verbundene Wohngebäudeversicherung	50.450.852,17	49.548.159,27	50.011.016,17	48.953.696,27	43.912.026,43	42.233.279,89
Sonstige Sachversicherung	14.930.563,15	14.941.611,52	14.900.342,15	14.837.995,52	11.464.539,51	10.847.272,50
Selbst abgeschlossenes Geschäft	241.743.078,65	238.819.602,42	241.252.772,73	237.989.658,42	202.430.931,69	197.368.863,03
Übernommenes Geschäft						
Übernommenes Geschäft gesamt	16.755.358,75	14.549.724,40	16.644.968,38	14.589.595,27	16.456.145,75	14.428.205,67
Gesamtes Versicherungsgeschäft	258.498.437,40	253.369.326,82	257.897.741,11	252.579.253,69	218.887.077,44	211.797.068,70

	Brutto-Schadenaufwand		Brutto-Abwicklungsergebnis in % zum Brutto-Schadenaufwand		Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	EUR	EUR	in %	in %	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	8.057.622,86	8.301.363,49	10,89%	-9,99%	4.784.854,28	4.815.309,00
Haftpflichtversicherung	7.546.025,95	8.660.681,45	41,38%	20,89%	9.695.038,77	9.627.012,00
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	44.458.460,15	50.553.474,90	28,31%	37,37%	13.948.707,27	13.887.048,00
Sonstige Kraftfahrtversicherung	40.833.858,98	38.822.241,38	5,39%	7,75%	10.494.771,45	10.479.359,00
Feuerversicherung	5.876.794,42	6.077.247,66	21,96%	-14,32%	3.674.538,61	3.757.603,00
Verbundene Hausratversicherung	6.057.846,71	5.823.453,34	10,08%	-3,78%	6.025.916,15	5.966.621,00
Verbundene Wohngebäudeversicherung	46.664.738,05	33.149.030,85	5,92%	2,78%	13.835.876,24	13.956.725,39
Sonstige Sachversicherung	12.401.177,52	7.341.761,70	9,16%	14,38%	6.653.317,16	6.118.707,00
Selbst abgeschlossenes Geschäft	171.896.524,64	158.729.254,77	14,30%	14,97%	69.113.019,93	68.608.384,39
Übernommenes Geschäft						
Übernommenes Geschäft gesamt	7.143.741,75	8.870.829,86	32,22%	9,81%	5.361.549,51	4.776.005,24
Gesamtes Versicherungsgeschäft	179.040.266,39	167.600.084,63	15,02%	14,70%	74.474.569,44	73.384.389,63
Abschlusskosten					32.773.853,87	32.540.640,00
Verwaltungskosten					41.700.715,57	40.843.749,63

	Brutto-Aufwendungen für Beitragsrückerstattung		Rückversicherungssaldo (gem. § 51 Abs. 4 Nr. 1 f)		Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	0,00	0,00	388.019,14	971.247,93	-1.439.021,44	-1.275.197,07
Haftpflichtversicherung	18.797,55	39.137,51	-457.138,43	533.974,56	5.673.561,76	5.696.912,81
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	317.784,49	478.763,78	2.704.260,85	7.455.883,23	6.247.618,01	4.529.088,97
Sonstige Kraftfahrtversicherung	0,00	0,00	-2.046.671,09	-2.071.255,81	911.044,21	743.387,25
Feuerversicherung	0,00	0,00	53.536,90	-1.830.265,64	250.881,66	1.273.188,74
Verbundene Hausratversicherung	0,00	0,00	423.502,78	-251.819,26	419.596,26	327.957,58
Verbundene Wohngebäudeversicherung	0,00	0,00	7.359.188,79	-4.865.106,49	-10.495.739,60	-6.366.017,94
Sonstige Sachversicherung	12.542,65	0,00	2.348.927,76	-2.803.449,47	-2.302.984,35	-962.314,53
Selbst abgeschlossenes Geschäft	349.124,69	517.901,29	10.773.626,70	-2.860.790,95	-735.043,49	3.967.005,81
Übernommenes Geschäft						
Übernommenes Geschäft gesamt	8.604,60	20.775,54	-270.138,19	-115.590,32	752.017,66	-769.541,88
Gesamtes Versicherungsgeschäft	357.729,29	538.676,83	10.503.488,51	-2.976.381,27	16.974,17	3.197.463,93

Die Rückstellung für Versicherungsfälle am Ende des Vorjahres war so dotiert, dass in den meisten Versicherungszweigen Abwicklungserträge erzielt wurden.

Der technische Zinsertrag wird nach § 38 RechVersV ermittelt.

Die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen belaufen sich auf 0,00 Euro. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 6,0 Millionen Euro.

In den sonstigen Aufwendungen sind 7,9 Millionen Euro aus der Änderung des Rechnungszinses für die Pensionsrückstellung enthalten.

Im Berichtsjahr sind außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 HGB in Höhe von 1.852,29 Euro angefallen.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

Die Einkommen- und Ertragsteuern resultieren aus den ordentlichen Ergebnissen der Vorjahre sowie einem Steueraufwand aus der beendeten Betriebsprüfung.

Passive latente Steuern aus dem handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansatz von Immobilien wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze der Pensionsrückstellungen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,59 Prozent angewendet.

Bestand an mindestens einjährigen Versicherungsverträgen	2017	2016
Selbst abgeschlossenes Geschäft		
Allgemeine Unfallversicherung	43.470	44.445
Kraftfahrt-Unfallversicherung	1.200	1.268
Unfallversicherung gesamt	44.670	45.713
Haftpflichtversicherung	162.904	163.789
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	276.009	279.583
Sonstige Kraftfahrtversicherung	218.568	221.176
Feuerversicherung	21.480	21.728
Verbundene Hausratversicherung	101.044	101.766
Verbundene Wohngebäudeversicherung	117.155	117.735
Sonstige Sachversicherung	194.580	195.321
Gesamt	1.136.410	1.146.811

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Überschuss des Geschäftsjahres nach Steuern belief sich auf 9,3 Millionen Euro (Vorjahr 7,1 Millionen Euro).

Der Vorstand wird dem Aufsichtsrat und der Trägerversammlung vorgeschlagen, nach Einstellung von 6,5 Millionen Euro in die Sicherheitsrücklage den verbleibenden Bilanzgewinn von 2,8 Millionen Euro im Verhältnis der Anteile an die Träger auszuschütten.

Personelles

Provisionen und sonstige Bezüge Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2017 TEUR	2016 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	26.900	27.633
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	31.256	30.234
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	5.176	6.650
5. Aufwendungen für Altersversorgung	4.892	3.442
6. Aufwendungen insgesamt	68.224	67.959

Während des Geschäftsjahres waren in den Kompositbereichen durchschnittlich 290 Mitarbeiter beschäftigt. Weiterhin wurden im Innendienst durchschnittlich 193 Mitarbeiter sowie 31 Auszubildende gemeinsam mit der Öffentlichen Lebensversicherung beschäftigt.

Im Außendienst beschäftigte das Unternehmen gemeinsam mit der Öffentlichen Lebensversicherung 41 Mitarbeiter.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes des Unternehmens beliefen sich auf 1.035.397,71 Euro, die ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 466.036,27 Euro.

Für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene wurden Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.269.583,00 Euro gebildet.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates und des Beirates bestanden am 31. Dezember 2017 nicht.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in Höhe von 93.793,99 Euro gezahlt.

Vergütungen an die Mitglieder des Beirates wurden in Höhe von 23.760,00 Euro gezahlt.

Die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Trägerversammlung sowie des Beirates sind auf Seiten 10 bis 12 genannt.

Sonstige Angaben

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Außerbilanzielle Geschäfte oder marktunübliche Geschäfte mit Related Parties wurden nicht getätigt.

Bestehende Verpflichtungen aus der Wandlung von Entgelt und ähnlichen Ansprüchen in Arbeitnehmerzeitwertkonten in Höhe von 1.084.480,49 Euro werden mit dem Zeitwert der Fondsanteile als Erfüllungsbetrag bilanziert. Diese sind durch einen Treuhänder vertraglich insolvenzgesichert und die entsprechenden Vermögensgegenstände sind dem Zugriff aller anderen Gläubiger entzogen. Eine Saldierung der Verpflichtungen mit den zugrundeliegenden Fondsanteilen gemäß § 246 Abs. 2 HGB erfolgt nicht, da die Ansprüche der Mitarbeiter auch zu weiteren Zwecken als der Altersversorgung oder ähnlichen langfristigen Verpflichtungen verwendet werden können. Die Fondsanteile werden nach den Grundsätzen des Umlaufvermögens bewertet. Ihr Zeitwert entspricht der ausgewiesenen Verpflichtung.

Im Vergleich zu den Vorjahren werden für Versorgungsansprüche von Mitarbeitern, zu denen die Öffentliche Sachversicherung Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen hat, die entsprechenden Bilanzpositionen sowie die Aufwendungen und Erträge nicht mehr gemäß § 246 Abs. 2 HGB saldiert ausgewiesen.

Honorar des Abschlussprüfers	2017
	EUR
	ohne MwSt
Abschlussprüfungsleistungen	218.945,38
andere Bestätigungsleistungen	0,00
Steuerberatungsleistungen	0,00
Sonstige Leistungen	0,00
Gesamt	218.945,38

Aus der Abwicklung der Rückstellungen für Abschlussprüfungsleistungen für das Vorjahr ergaben sich ein Ertrag in Höhe von 117,65 Euro sowie ein zusätzlicher Aufwand von 1.847,80 Euro.

Ende 2017 ist durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eine freiwillige Prüfungsleistung im Kontext von Solvency II erbracht worden. Diese wird in 2018 abgeschlossen.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Öffentlichen Sachversicherung von besonderer Bedeutung gewesen wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Braunschweig, 28. Februar 2018

**Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig**

Der Vorstand

Maywald

Dr. Hanekopf

Gronert

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig,
Braunschweig

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Öffentliche Sachversicherung Braunschweig für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“

unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Angaben zur Bilanzierung und Bewertung, Unterabschnitt Passiva. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt Risiken der zukünftigen Entwicklung enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen EUR 312,8 Mio. Dies sind 41,3 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen. Die Rückstellung für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle betrifft einen wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne eine Gleichgewichtung von Chancen

und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, das diese nicht oder nicht in ausreichender Höhe berücksichtigt werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Erfassung von Schäden im Bestandsführungssystem und zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen und die wesentlichen eingerichteten Kontrollen auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft.
- Auf Basis einer unbewussten Auswahl haben wir die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung sowie eine angemessene Bandbreite mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.

- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittliche Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zur Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle sind angemessen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Angaben zur Bilanzierung und Bewertung, Unterabschnitt Passiva.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Pensionsrückstellung in Höhe von EUR 160,2 Mio aus. Dies sind 21,2 % der Bilanzsumme.

Die Pensionsrückstellung ergibt sich grundsätzlich als Summe der einzelvertraglich ermittelten Pensionsrückstellung je Versorgungsberechtigten.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrags mittels des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode).

Dabei sind die handelsrechtlichen Vorschriften, etwa zum Rechnungszins, sowie die Versorgungsordnungen zu beachten. Außerdem sind angemessene Annahmen zu biometrischen Größen (insbesondere Sterbetafeln) und Trends (insbesondere Rentenerhöhung, Gehaltsdynamik und Fluktuation), zu treffen.

Das Risiko einer über- oder unterbewerteten Pensionsrückstellung besteht insoweit in einer Verwendung von inkonsistenten, nicht angemessenen Parametern und ergibt sich darüber hinaus aus der hohen Komplexität bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Pensionsrückstellung haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben geprüft, ob die in dem Personalverwaltungssystem erfassten Personaldaten vollständig in die Pensionsrückstellungen eingeflossen sind. Hierbei haben

wir uns auf die von der Gesellschaft eingerichteten Kontrollen gestützt, und geprüft, ob sie von ihrer Funktionsweise geeignet sind und durchgeführt werden. Zusätzlich haben wir im Rahmen von Abstimmungen zwischen Berechnungen und dem Hauptbuch geprüft, ob diese fehlerfrei übertragen wurden.

- Zur Prüfung, dass die einzelvertraglichen Berechnungen der Pensionsrückstellungen entsprechend den Versorgungsordnungen vorgenommen wurden, haben wir für einen Teilbestand von Personen die Pensionsrückstellung mit eigenen EDV-Programmen berechnet und die Ergebnisse mit den von der Gesellschaft bzw. dem aktuariellen Gutachter ermittelten Werten verglichen. In diesem Zusammenhang haben wir auch geprüft, dass die zur Ermittlung der Pensionsrückstellung verwendeten Parameter (Rechnungszins, Sterbetafeln und Trendannahmen) zulässig bzw. angemessen sind.
- Außerdem haben wir die Entwicklung der Pensionsrückstellungen hinsichtlich der Rückstellungshöhe, der Anzahl der Personen pro Versorgungsordnung und der durchschnittlichen Rückstellungshöhe analysiert.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung steht im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Die verwendeten Parameter sind angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen

angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeut-

samen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen. Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung am 18. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 als Abschlussprüfer der Öffentliche Sachversicherung Braunschweig tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Florian Möller.

Hannover, den 15. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller
Wirtschaftsprüfer

Brüning
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

In kontinuierlicher Arbeit hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben aufgrund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich dabei sowohl mit der Geschäftslage im Berichtsjahr als auch mit der Planung für das Jahr 2018 und der Mehrjahresplanung für die Jahre 2019 bis 2022. Dabei wurde über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet. Gegenstand der Berichterstattung und Überwachung durch den Aufsichtsrat war insbesondere die Entwicklung der Risikobedeckung speziell vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Niedrigzinsphase. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Umsetzung der Unternehmensstrategie „Offensive 2030“, regulatorischen Themen wie dem Abschlussprüfungsreformgesetz, dem Investmentsteuerreformgesetz, den Anforderungen gemäß Solvency II zu Fit and Proper und der Richtlinie Corporate Social Responsibility. Aufgrund des Ausscheidens des Vorstandsvorsitzenden, Herrn Michael Doering, zum Jahresende befasste sich der Aufsichtsrat außerdem mit der Nachbesetzung im Vorstand.

Der Arbeitsausschuss des Aufsichtsrates hat sich neben Personalfragen mit grundsätzlichen strategischen Themen, der Risikostrategie und Revisionsthemen befasst.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, hat den Prüfungsauftrag in analoger Anwendung von § 111 Abs. 2 Aktiengesetz an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, erteilt. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Die Abschlussprüfer nahmen an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, stellte ihn in der vorgelegten Form fest und legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Vorschlag des Vorstandes zur Trägerkapitalverzinsung und legt ihn der Trägerversammlung zur Entscheidung vor. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Trägerversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 2. Mai 2018

Der Aufsichtsrat

Schulz
Vorsitzender

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung ist vom Vorstand der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Sie hat den vom Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschluss 2017 daraufhin bestätigt und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Gewinnverwendung wurde gemäß dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wie folgt beschlossen:

Der nach Ausschüttung der Verzinsung des Trägerkapitals in Höhe von 2.800.000,00 Euro im Verhältnis ihrer Anteile an die Träger verbleibende Jahresüberschuss von 6.518.167,65 Euro wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Die Trägerversammlung dankt dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 7. Mai 2018

Die Trägerversammlung

Böckmann
Vorsitzender

Weitere Teile des Lageberichtes

Versicherungsbranche und -arten

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig betrieb im Berichtsjahr folgende Versicherungsarten:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

- ◉ Allgemeine Unfallversicherung
- ◉ Allgemeine Haftpflichtversicherung
- ◉ Kraftfahrtversicherung
 - Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
 - Fahrzeugversicherung
 - Kraftfahrt-Unfallversicherung
- ◉ Feuerversicherung
 - Feuerindustrierversicherung
 - Landwirtschaftliche Feuerversicherung
 - Sonstige Feuerversicherung
- ◉ Einbruchdiebstahlversicherung
- ◉ Leitungswasserversicherung
- ◉ Glasversicherung
- ◉ Sturmversicherung
- ◉ Verbundene Hausratversicherung
- ◉ Verbundene Wohngebäudeversicherung
- ◉ Elektronikversicherung
- ◉ Extended Coverage (EC)-Versicherung
- ◉ Betriebsunterbrechungsversicherung
- ◉ Bauleistungsversicherung
- ◉ Schutzbrief

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

- ◉ Lebensversicherung
- ◉ Allgemeine Unfallversicherung
- ◉ Allgemeine Haftpflichtversicherung
- ◉ Luftfahrtversicherung
- ◉ Feuerversicherung
- ◉ Einbruchdiebstahlversicherung
- ◉ Leitungswasserversicherung
- ◉ Sturmversicherung
- ◉ Verbundene Hausratversicherung
- ◉ Verbundene Wohngebäudeversicherung
- ◉ Hagelversicherung
- ◉ Maschinenversicherung
- ◉ Einheitsversicherung
- ◉ Extended Coverage (EC)-Versicherung
- ◉ Atomanlagensachversicherung
- ◉ Rechtsschutzversicherung
- ◉ Ausstellungsversicherung
- ◉ Betriebsschließungsversicherung
- ◉ Verkehrshaftungsversicherung
- ◉ Montageversicherung
- ◉ Bauwesen-/ Bauleistungsversicherung
- ◉ Elektronikversicherung
- ◉ Seuchen-Betriebsschließungs-Versicherung
- ◉ Elementarschadenversicherung
- ◉ Ertragsausfallversicherung

Zugehörigkeit zu Verbänden und ähnlichen Einrichtungen

- ◉ Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- ◉ Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf
- ◉ Deutsche Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft, Köln
- ◉ Deutscher Luftpool, München
- ◉ Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft, München
- ◉ Rothenburger Vereinigung, Köln
- ◉ Wiesbadener Vereinigung, Köln

Impressum

Herausgeber

Öffentliche Versicherung
Braunschweig
Theodor-Heuss-Straße 10
38122 Braunschweig
Telefon 05 31/20 20
Telefax 05 31/20 21 500
www.oeffentliche.de
service@oeffentliche.de

Fotografie

Thomas Gasparini, Peine

Zur besseren Lesbarkeit haben wir ausschließlich die männliche Schreibform der Personen verwendet.



ÖFFENTLICHE